

Parlamentssitzung vom 20.09.2021

Protokoll

Aula, Oberstufenzentrum Köniz
19:00 – 23:00 Uhr

Vorsitz

Katja Niederhauser-Streiff (EVP), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Katharina Gilgen-Studer (SVP), 1. Vizepräsidentin
Tatjana Rothenbühler (FDP), 2. Vizepräsidentin
Arlette Mürger-Stauffer (SP), Stimmzählerin
Iris Widmer (Grüne), Stimmzählerin

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (glp)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Lucas Brönnimann (glp)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Claudia Cepeda Fria (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (CVP)
Isabelle Feller (Grüne)
Lydia Feller (SP)

Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Andreas Lanz (BDP)
Michael Lauper (SVP)
Cathrine Liechti (SP)
Ruedi Lüthi (SP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Junge Grüne)
Sandra Röthlisberger (glp)
Isabelle Steiner (SP)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Casimir von Arx (glp)
Käthi von Wartburg (SP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (glp), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Pascal Arnold, Stellvertreter Leiter Fachstelle Parlament

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Beat Biedermann (BDP)
Markus Bremgartner (EVP)
Vanda Descombes (SP)
Beat Haari (FDP)
Matthias Müller (EVP)
Ronald Sonderegger (FDP)

PAR 2021/85

Traktandenliste und Mitteilungen

1. Traktandenliste und Mitteilungen
Beschluss
2. Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. August 2021
Beschluss
3. Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
4. Kreditabrechnungen
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. V2110 Motion (SP) "Könizer Wohnoffensive: 10% gemeinnützige Wohnungen bis 2040!"
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr verschoben vom 30.8.2021
6. V2113 Motion (SVP) "Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen"
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen, verschoben vom 30.8.2021
7. V2104 Postulat (SP) "Online-Unterricht für immungeschwächte und schwerkranke Schülerinnen und Schüler"
Beantwortung und Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales, verschoben vom 30.8.2021
8. 1907 Motion (CVP, EVP, glp, SP, Junge Grüne, Grüne) "Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz"
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr, verschoben vom 30.8.2021
9. V1910 Richtlinienmotion (U30 Parlamentarier*innen) "Klimanotstand in der Gemeinde Köniz"
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
10. V1908 Postulat (SP) "Als alterspolitisch engagierte Gemeinde macht Köniz bei Socius 2 mit"
Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales
11. V1909 Postulat (SVP-Fraktion) "Verstärkte Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz"
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
12. V2108 Interpellation (EVP, glp, Mitte-Fraktion) "Ist die Gemeinde auf eine ausgedehnte Strommangelange vorbereitet?"
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen, Führungsorgan
13. V2115 Interpellation (EVP-glp-Mitte-Fraktion) "Kann eine geschickte Behebung des Schutzraumdefizits Köniz endlich zu einem Hallenbad verhelfen?"
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
14. V2116 Interpellation (EVP-glp-Mitte-Fraktion) "Entwicklung des Morillonguts oder: Wie viele Planungen kann die Gemeinde parallel vorantreiben?"
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr
15. V2118 Interpellation (EVP-glp-Mitte-Fraktion) "Vollständigkeit der freiwilligen Leistungen am Beispiel der Abgabe von Bauland an Wohnbaugenossenschaften"
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
16. Verschiedenes

Diskussion

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff: Ich begrüsse euch ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung. Es gelten nach wie vor die bestehenden Coronaregeln - ihr kennt sie alle sehr gut. Es herrscht Maskenpflicht, sie darf lediglich beim Rednerpult ausgezogen werden. Ich begrüsse auch die Gäste. Ihr findet auf euren Stühlen ein Formular und ich bitte euch, dieses auszufüllen und beim Verlassen des Raumes in die Kiste zu legen, welche bereitsteht.

Wir kommen zu den Geburtstagen: Wie die meisten wissen, hatte in der Zwischenzeit Toni Eder Geburtstag. Happy Birthday nochmals.

Heute entschuldigt haben sich Beat Biedermann, Beat Haari, Vanda Descombes, Ronald Sonderegger, Markus Bremgartner und Matthias Müller. Wir sind somit 34 Parlamentarier und Parlamentarierinnen und beschlussfähig.

Der Aktenversand erfolgte am 26. August. Die Protokolle vom 23. und 30. August 2021 sind seit dem 13. September online.

Wir kommen zum Traktandum 1. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2021/86

Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. August 2021

Beschluss

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. August 2021 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2021/87

Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

1. Ausgangslage

Die Aareufer in den Gebieten Eichholz und Dählhölzli befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand, an zahlreichen Stellen sind die Ufer stark unterspült. Auf beiden Seiten der Aare befinden sich verschiedene Infrastrukturanlagen, deren Schutz insbesondere bei Hochwasser nicht mehr gewährleistet ist. Um diese Situation zu verbessern, hat das kantonale Tiefbauamt das Projekt «Ufersanierung Aare Eichholz – Dählhölzli» gestartet. Die Gemeinde Köniz beabsichtigt, die Synergien mit diesem Wasserbauprojekt des Kantons zu nutzen und in einem Drittprojekt den schmalen Fuss- und Radweg entlang des Informationszentrums (IZ) Eichholz zu verbreitern. Auch die Stadt Bern plant, den Uferweg oberhalb des Tierparks Dählhölzli zu verbreitern.

Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung zu den Projekten von Kanton, Stadt und Gemeinde Köniz sagten 79 Prozent der Mitwirkenden, die sich zum Könizer Vorhaben äusserten, ja oder eher ja zu einer Verbesserung der Situation für den Fuss- und Radweg im Abschnitt IZ Eichholz. Die breite Zustimmung veranlasste den Gemeinderat, die Umsetzung des Projekts anzugehen. Das nun vorliegende Bauprojekt sieht eine uferseitige Verbreiterung des Wegs auf 2,5 m bis 3 m vor. Für die Ausführung beantragt der Gemeinderat dem Parlament einen Kredit in der Höhe von CHF 270'000 (inkl. MWST). Die Bauarbeiten werden zusammen mit dem Kanton koordiniert, um möglichst viele Synergien zu nutzen. Die Umsetzung erfolgt im Zeitraum ab Oktober 2022.

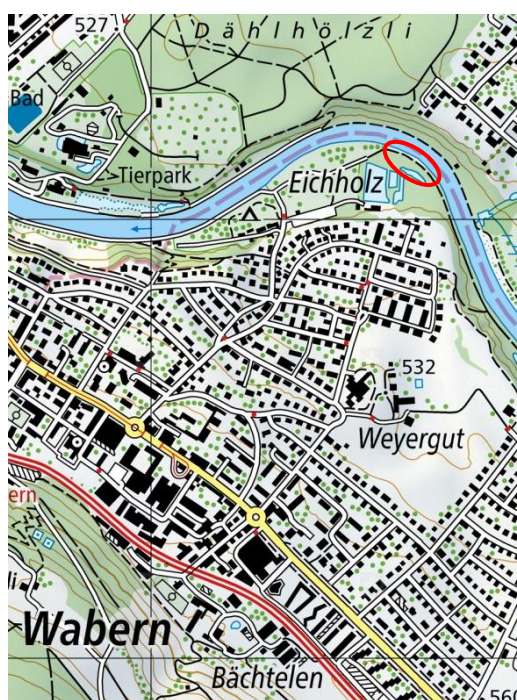


Abb. 1: Planausschnitt mit Projektperimeter

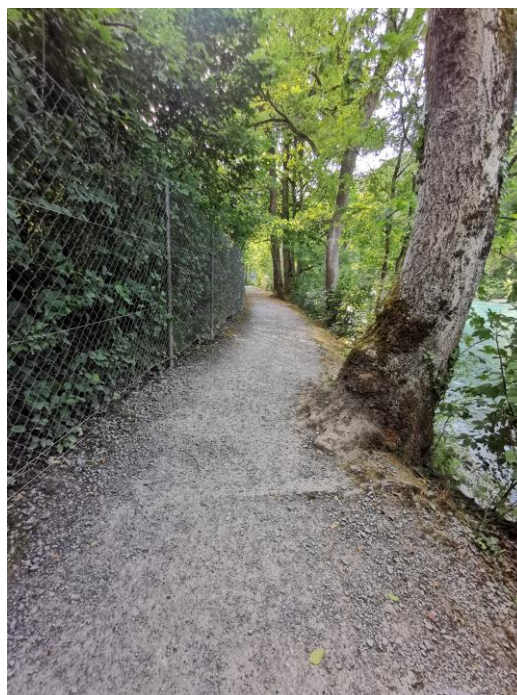


Abb. 2: aktuelle Situation des Fuss- und Radweg entlang IZ Eichholz

2. Kanton, Stadt Bern und Gemeinde Köniz arbeiten eng zusammen

Das Wasserbauprojekt «Ufersanierung Aare Eichholz – Dählhölzli» des Kantons Bern hat zum Ziel, die verschiedenen Infrastrukturanlagen im Projektperimeter beidseitig der Aare vor Hochwasser und Erosion zu schützen und die Ufer aufzuwerten. Auf der Berner Seite betrifft dies insbesondere die ARA-Leitung der Stadt Bern, auf der Könizer Seite die Aaretalleitung 1 des Wasserverbands Region Bern sowie die ARA-Leitung der Gemeinde Köniz. Um den Hochwasserschutz auch in Zukunft sicher zu stellen, will der Kanton die Ufer im Bereich Eichholz–Dählhölzliwald beidseitig sanieren. Dazu werden die veralteten Betonverbauungen entfernt und durch Natursteinblöcke ersetzt, auf denen man verweilen kann. Zudem werden im Rahmen des Projekts gegenüber heute weniger aber dafür breitere Aare-Ein-/Ausstiege, welche auch als Sitzgelegenheiten dienen, geschaffen. Die Böschung zwischen Aare und Uferweg wird mit standorttypischer Vegetation gesichert.

Sowohl die Gemeinde Köniz wie auch die Stadt Bern beabsichtigen im Zuge des Wasserbauprojekts des Kantons ihre jeweiligen Uferwege aufzuwerten und zu verbreitern. Dank koordiniertem Vorgehen bei Planung und Ausführung entstehen für alle beteiligten Projektpartner erhebliche und auch finanzielle Vorteile. Auf nachfolgendem Plan sind die verschiedenen Projektelemente ersichtlich.

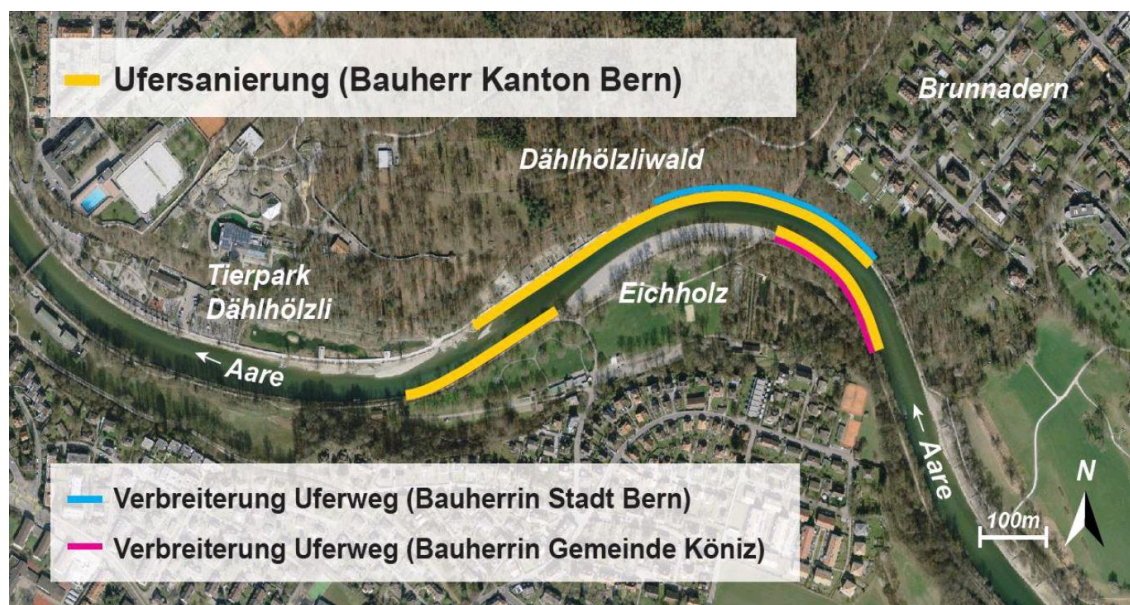


Abbildung 3: Projekte und Partner bei der Ufersanierung an der Aare

3. Perimeter Gemeinde Köniz: Situation heute

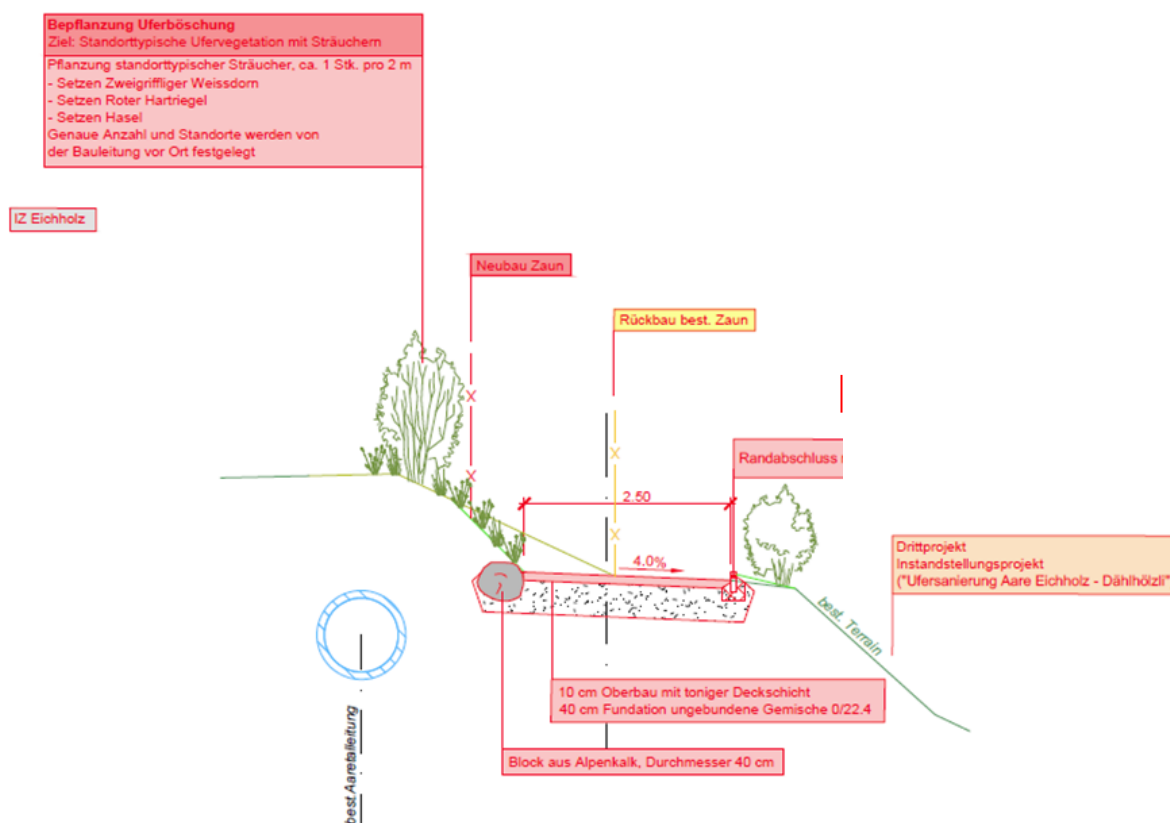
Aareaufwärts nach der Liegewiese Eichholz verläuft oberhalb der Böschung der Kiesweg, welcher als Fuss- und Radweg dient. Der Zaun direkt am Wegrand bildet die Abgrenzung zum Naturreservat und zum IZ Eichholz. Direkt hinter dem Zaun verläuft ein Damm, in den in einer Tiefe von 1 m bis 1,2 m die Aaretalleitung 1 des Wasserverbands Region Bern eingebracht ist. Parallel zur Trinkwasserleitung verläuft rund 4 m zurückgesetzt eine Kanalisationsleitung der Gemeindebetriebe Köniz. Gerade in den wärmeren Monaten des Jahres werden die Aareufer intensiv als Naherholungsgebiet genutzt, entsprechend wird auch der Uferweg oberhalb des Eichholz' von Aareschwimmenden, Fussgänger/innen und Velofahrenden stark frequentiert. Entlang dem Naturreservat und dem IZ Eichholz ist der Weg lediglich 1,5 m bis maximal 2,0 m breit, was insbesondere an schönen Tagen und Wochenenden zu engen Platzverhältnissen und Konfliktsituationen führt. Bedingt durch den Zaun bestehen keine Ausweichmöglichkeiten. Dieser Zaun soll auch nach der Wegverbreiterung erhalten bleiben. Er hat die Funktion, dass sich Fauna und Flora im IZ Eichholz ungestört entwickeln können.

4. Das Projekt

Ziel des Projekts ist, die enge Situation auf dem Uferweg entlang des Naturreservats und IZ Eichholz zu verbessern und Konfliktsituationen zu entschärfen. Eine aareseitige Verbreiterung des Wegs ist gemäss dem Gewässerschutzgesetz nicht bewilligungsfähig, dementsprechend erfolgt die Verbreiterung landseitig. Der Wasserverbund sowie das IZ Eichholz wurden in die Projektentwicklung einbezogen.

4.1. Verbreiterung des Uferwegs

Der Weg wird auf dem ersten Teilstück oberhalb der Liegewiese Eichholz auf 3 m verbreitert. Das längere Teilstück, welches zwischen dem Damm mit der Wasserleitung und der Uferböschung verläuft, wird auf 2,5 m verbreitert. Die Verbreiterung wird umgesetzt, indem der Damm wegseitig um rund 1 m abgetragen und der Zaun nach hinten in die Mitte der Böschung versetzt wird. Nachfolgende Abbildung des Normalprofils illustriert das Vorhaben:



Der Weg wird mit einer rund 40 cm dicken Schicht aus Kies fundiert, darüber folgt eine ca. 10 cm dicke, tonige Deckschicht. Am landseitigen Rand des Wegs werden am Dammfuss Blöcke aus Alpenkalk eingebracht, welche als zusätzliche Sicherung der Aaretalleitung vor Seitenerosion dienen. Der neue Zaun darf nicht direkt auf der Leitung errichtet werden und wird deshalb im oberen Bereich der Böschung montiert. Durch die Rückversetzung wird der Weg hier breiter wirken. Gegen die Aareböschung hin fehlt dem Uferweg heute ein Randabschluss, aus Sicherheitsgründen soll dieser im Rahmen des Projekts erstellt werden.

4.2 Landschaftliche Aspekte und Baumrodungen

Durch die Verbreiterung des Uferwegs wird die Fläche des Naturreservats und des IZ Eichholz geringfügig verkleinert. Die für das Projekt beanspruchte Fläche enthält wenig wertvolles Gehölz mit mässiger Artenvielfalt. Die Verbreiterung des Wegs erfordert eine definitive Rodung von 61 m² sowie eine temporäre Rodung für die Bauarbeiten von 55 m². Die Rodung betrifft jedoch kein zusammenhängendes Waldstück, sondern einen Streifen von rund 1 m Breite entlang des Wegs. Für die definitive Rodung wird eine Ersatzaufforstung beim Reservoir Kühschatten im Spiegel erfolgen, die Fläche der temporären Rodung wird nach Abschluss der Bauarbeiten vor Ort wieder aufgeforstet.

Gefällte Bäume und gerodete Vegetation werden für die ingenieurbioologischen Massnahmen im Wasserbauprojekt des Kantons wiederverwendet.

5. Finanzen

Die baulichen Massnahmen zur Verbreiterung des Uferwegs muss die Gemeinde Köniz selber finanzieren. Bei der Planung und der Kommunikation werden Synergien zwischen den Projekten von Kanton, Stadt Bern und Gemeinde Köniz genutzt, hierfür bezahlt Köniz lediglich einen Anteil an die Gesamtkosten. Für die Erstellung und Nutzung der Baupiste entstehen der Gemeinde Köniz keine Kosten, sie wird vollumfänglich vom Kanton getragen.

5.1 Kosten

Der Kredit setzt sich wie folgt zusammen:

Installationen	CHF	7'000
Abbrüche (Rodungen, Aushub, Transporte, Deponiegebühren)	CHF	48'000
Erstellung (Fundationsschicht, Oberbau, Randabschlüsse, Steinblöcke)	CHF	65'000

Pflanzungen (Neupflanzungen und Ansaat vor Ort, Ersatzpflanzung)	CHF 14'000
Diverses (Ersatz Diagonalgeflechtzaun, Umleitungsmassnahmen)	CHF 32'000
Unvorhergesehenes Baukosten (ca. 10%)	CHF 17'000
Zwischentotal Baukosten	CHF 183'000
Anteilmässige Planungskosten (Bauingenieur)	CHF 37'000
Sonstiges (Geometer, Notar, Baugesuch, Anteil Kommunikation)	CHF 30'000
Total (exkl. MWST)	CHF 250'000
Mehrwertsteuer (7,7%, gerundet)	CHF 20'000
Total (Kreditantrag, inkl. MWST, gerundet)	CHF 270'000

5.2 IAFP 2022

Im IAFP 2022 sind für dieses Projekt folgende Beträge eingestellt:

2021: CHF 150'000

2022: CHF 150'000

2023: CHF 50'000

Total: CHF 350'000

Grundsätzlich sind damit im IAFP genügend Mittel vorhanden. Da der Baubeginn voraussichtlich im Winter 2022 stattfinden wird, verschieben sich die Ausgaben wie folgt:

2021: CHF 20'000

2022: CHF 50'000

2023: CHF 200'000

Total: CHF 270'000

Im Rahmen der Budgetierung zum IAFP 2023 wird der Betrag von CHF 200'000 entsprechend angepasst.

6. Öffentliche Mitwirkung hat stattgefunden

Da die Gemeinden Köniz und Bern ihre Uferwege im Zuge des Wasserbauprojekts «Ufersanierung Aare Eichholz – Dählhölzli» des Kantons sanieren wollen, führten die drei Partner vom 25. Februar bis am 5. April 2019 eine gemeinsame öffentliche Mitwirkung durch. Zusätzlich fand am 6. März 2019 im IZ Eichholz eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.

Zum Uferwegprojekt der Gemeinde Köniz wurde folgende Frage gestellt:

Parallel zur Ufersanierung plant die Gemeinde Köniz, die Situation für den Fuss- und Veloverkehr auf dem Uferweg im Bereich des Informationszentrums Eichholz zu verbessern. Sind Sie damit einverstanden?

Insgesamt gingen 54 Eingaben per Mitwirkungsfragebogen zum Könizer Vorhaben ein. In 30 Eingaben lautete die Antwort «ja» und in 13 «eher ja». 79 Prozent aller Rückmeldungen sind demnach zustimmend.

Es gab auch kritische Rückmeldungen. So wurde etwa die Befürchtung geäussert, die Verbreiterung könnte zu einer Verschärfung der bestehenden Konflikte zwischen Fuss- und Veloverkehr führen, weil die Velofahrenden noch schneller unterwegs sein könnten. Entsprechend wurde auch der Wunsch geäussert, die aktuelle Situation zu belassen, weil sie temporeduzierend wirke. Eine andere Forderung lautete, den Weg nur auf 2 m zu verbreitern.

Hier wurde auf die geltenden Normen für Fuss- und Radwege von 2.4 m hingewiesen. Der heutige Fuss- und Radweg entlang des IZ Eichholz entspricht diesen Anforderungen nicht (vergl. Ziffer 3). Da der Gemeinderat im Bereich des IZ Eichholz weiterhin eine Verbindung sowohl für den Fuss- als auch den Veloverkehr anbieten will, soll der Weg nun den Normen entsprechend verbreitert werden. Motorisierte Fahrzeuge, dazu gehören auch schnelle E-Bikes mit Nummernschildern, sind weiterhin nicht zugelassen.

7. Termine, Bauphase, Kommunikation

Vorbehältlich der Zustimmung des Parlaments zum vorliegenden Geschäft sollen die Bauarbeiten im Winter 2022 / 2023 ausgeführt werden. Der Kanton beabsichtigt, mit den Bauarbeiten für das Ufersanierungsprojekt im Oktober 2022 zu starten. Die Umsetzung des Könizer Projekts dauert rund vier Wochen, der genaue Umsetzungszeitpunkt der Wegverbreiterung hängt vom Bauablauf und Baufortschritt des kantonalen Projekts ab. Die Baukommunikation erfolgt im üblichen Rahmen mit Flyern, Plakaten etc.. Auch hier kommen Synergien zwischen den drei Partnern Kanton, Stadt Bern und Gemeinde Köniz zum Tragen.

8. Folgen bei Ablehnung

Die Situation vor Ort würde von den Nutzerinnen und Nutzern weiterhin als eng und konfliktreich wahrgenommen, und dies direkt am Aarebord. Die Breite des Fuss- und Radwegs entspräche nicht den geltenden Normen und kantonalen Empfehlungen. Angesichts des bisherigen Konfliktpotenzials zwischen Fuss- und Veloverkehr müsste in diesem Abschnitt über Massnahmen, wie etwa ein Fahrverbot für den Veloverkehr ins Auge gefasst werden. Die Chance, die Verbreiterung des Uferwegs im Zuge des kantonalen Wasserbauprojekts zu realisieren und so beträchtliche Synergien zu nutzen, wird verpasst.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Realisierung des Projekts Wabern, Verbreiterung Fuss- und Radweg Aare entlang IZ Eichholz wird ein Kredit von CHF 270'000.00 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2440.5010.0308 Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg bewilligt.

Köniz, 16. Juni 2021

Der Gemeinderat

Beilage

1) Folgekostentabelle

Diskussion

GPK-Referent Ruedi Lüthi, SP: Ich konnte dieses Geschäft mit Gemeinderat Christian Burren und mit dem Leiter der Abteilung Verkehr und Unterhalt, Daniel Matti, vorbesprechen. Vielen Dank für die Unterstützung dieser Vorprüfung.

Auch in der GPK sind zwei Hauptfragen aufgetaucht und zwar, warum diese Sanierung gerade jetzt gemacht wird und ob auch andere Varianten geprüft worden sind.

Gerade in diesem Jahr hat man gesehen, die Hochwassersituation bei der Aare ist etwas, das man ständig beobachten muss und die Aare braucht ihren Raum. Darum macht der Kanton Bern auch regelmässig diese Hochwassersanierungen. Diese sind jetzt, wie etwa alle 20 bis 25 Jahre, wieder notwendig. Dabei hat man auch gesehen, dass man den Uferweg neu machen kann und aus diesem Grund gab es eine öffentliche Mitwirkung, welche der Kanton, die Stadt Bern und die Gemeinde Köniz gemeinsam gemacht haben. Es wurde dann auch eine Informationsveranstaltung im IZ Eichholz durchgeführt und dort hat man verschiedene Varianten vorgestellt.

Damit habe ich auch gleich die zweite Frage beantwortet: Eine Variante war beispielsweise, dass man den Rad- und den Fussweg mit separater Führung hätte machen können. Doch das wäre alles viel teurer gekommen. Wir sehen, es handelt sich hierbei sicherlich nicht um eine Deluxe-Lösung, sondern um eine wirtschaftlich pragmatische.

Der Radweg soll jetzt 2.5m breit werden. Es wurde von allen Beteiligten in der Mitwirkung gewünscht, dass man diesen nicht breiter macht. Dies war der Wunsch aller Parteien, welche mitgemacht haben, sowohl des IZ Eichholz, als auch der des Wabern-Leists. Mit 2.5m erfüllt man die kantonalen Vorgaben von minimal 2.4m und es wird keinen 4m breiten Weg geben, wie man es sonst bei einem Fuss- und Radweg auf der gleichen Fahrbahn macht. Hätte man es breiter geplant, hätte man die Trinkwasserleitung und auch die Kanalisationsleitung, welche beide dort verlaufen, versetzen müssen. Diese beiden Leitungen sind noch in einem einwandfreien Zustand, sie werden also ganz sicher bis zur nächsten Sanierung des Aareufers weiter Bestand haben.

Es wurden noch weitere Fragen gestellt, zum Beispiel zur Baubewilligung, ob diese schon vorliegt? Diese liegt noch nicht vor, doch das ist eigentlich auch normal, dass man den Kredit einholt, bevor das Baubewilligungsverfahren eingeleitet wird. Den Kredit holt man zudem bereits jetzt ein, damit man dann rasch mit dem Bau beginnen kann, sobald der Kanton loslegen will.

Die Mitwirkung wurde gemacht und im Naturreservat Eichholz muss etwas gerodet werden, auch wenn der Damm zwar nicht versetzt wird, so wird doch der Weg breiter und man muss vom Damm etwas wegnehmen. Das wird anschliessend aber wieder aufgeforstet. Auch wird der Zaun neu versetzt. Dieser wird nicht mehr unten am Damm, sondern mehr oder weniger auf dem Damm neu erstellt.

Diese Flächen, welche es aufzuforsten gilt, dies wird im Kühschatten im Blinzern geschehen. So hat man die ganze Aufforstung gesichert.

Die Fussgänger- und Velosituation, welche heute sehr kritisch ist, wird sicherlich etwas verbessert. Es ist immer noch so, dass Fahrräder mit einem Nummernschild dort nicht durchfahren dürfen, es ist also immer noch für Radfahrer und Fussgänger gedacht. So sind es ja hauptsächlich Wanderwege und im Sommer befinden sich auch Badende auf diesem Weg. Es wird sicher etwas besser, doch es ist sicherlich auch nicht eine Luxuslösung. Die Wildtierkorridore, welche heute zwischen dem Naturreservat und der Aare existieren, bleiben bestehen. Dort konnte man mit dem IZ Eichholz eine Lösung finden, welche auch für dieses akzeptabel ist.

Ich komme zu den Finanzen: Im IAFP sind CHF 350'000 eingestellt, man wird aber weniger brauchen. Das ist sicher auch ein weiterer Beweis, dass man hier eine kostengünstige Variante gewählt hat. Man wird nämlich nur rund CHF 250'000 benötigen, also CHF 80'000 weniger als im IAFP eingestellt. Es gibt jedoch eine leichte Verschiebung: Der grosse Brocken fällt neu im Jahr 2023 an und in den Jahren 2021 und 2022 wird etwas weniger benötigt, als im IAFP enthalten war.

Wenn man alles anschaut, kann man sagen, es ist ein gutes Geschäft. Es wurde gut aufgegleist, ist transparent und die GPK empfiehlt euch einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Fraktionssprecher Adrian Burren, SVP: Dem Gemeinderat und der Verwaltung besten Dank für diesen klaren und verständlichen Parlamentsantrag. Die Gemeinde will im Zuge dieser Ufersanierung des Kantons, den bestehenden Weg verbreitern und nach einer öffentlichen Mitwirkung, hat sich auch eine grosse Mehrheit dafür ausgesprochen, dass dieser Weg verbreitert werden soll.

Mir hat sich beim Durchlesen die Frage gestellt, warum ein Weg an dieser Stelle so eng ist? Ein Blick auf die Eigentumskarte hat diesen Sachverhalt geklärt, denn dieser schmale Uferweg, also die Parzelle 6614, gehört dem Kanton Bern und nicht der Gemeinde Köniz, wie wir alle das Gefühl haben. Der Zaun des IZ ist eigentlich ein Grenzzaun zwischen diesen zwei Parzellen – oben nämlich die Parzelle des IZ, welche der Gemeinde Köniz gehört und unten der Wanderweg, welcher dem Kanton Bern gehört. Jetzt fragt ihr euch vielleicht, warum die Gemeinde Köniz uns einen Antrag für die Sanierung eines Weges stellt, welcher ihr gar nicht gehört? Und dazu habe ich vernommen, dass die Gemeinde verpflichtet ist, einen Wanderweg zu unterhalten, auch wenn ihr dieser gar nicht gehört. Oder besser gesagt, es gehört ihr danach der Weg und die Verbreiterung. Um das, was man den Zaun zurückversetzt, dies wird danach auf Könizer Boden sein.

Darum ist es für uns begrüssenswert, dass die Gemeinde zumindest diese Synergien und die Baupiste nutzt und so auch die Kosten im vertretbarem Rahmen halten kann. Denn man muss sehen, jeder Meter dieses Uferweges kostet den Könizer Steuerzahler mehr als CHF 1'000 obwohl ihm der Boden gar nicht gehört. Das ist eigentlich ein stolzer Betrag, aber aus Sicht der SVP und nach der Güterabwägung, welche wir gemacht haben, lohnt sich das und darum stimmen wir diesem Geschäft so auch zu.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Wir danken der Direktion ebenfalls für die Erstellung der Unterlagen. Wie der Sprecher der GPK schon ausgeführt hat, wollen Bern und auch Köniz den Uferweg im Zuge des Wasserbauprojekts des Kantons Bern "Ufersanierung Aare-Eichholz – Dählhölzli" erneuern. Ruedi Lüthi hat auch schon erwähnt, dass die öffentliche Mitwirkung 2019 durchgeführt worden ist und auch im IZ Eichholz eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wurde. 4/5 der damals Beteiligten, waren mit dem Könizer Projekt einverstanden. Für das Flusssufer ist der Kanton zuständig. Die Gemeinde Köniz beabsichtigt, die Synergien aus diesem Wasserbauprojekt des Kantons zu nutzen und in einem Drittprojekt den schmalen Fuss- und Radweg entlang des IZ Eichholz zu verbreitern. Damit - so ist zumindest die Hoffnung - können dann auch die bestehenden Konflikte zwischen Fuss- und Veloweg resp. zwischen deren Benutzenden reduziert werden. Motorisierte und eben auch E-Bikes mit einer Nummer sind weiterhin nicht zugelassen. Vielleicht muss man dann einfach ein grösseres Verbot für diese schnelleren Fahrzeuge machen.

Das vorliegende Bauprojekt sieht eine uferseitige Verbreiterung des Weges von 2.5 bis 3m vor und entspricht nach der Realisierung des Projekts Wabern dann auch den Normen. Wie vom GPK-Referent ebenfalls ausgeführt, bedingt die Verbreiterung des Weges eine definitive Rodung von 61m² und eine temporäre Rodung von 55m² für Bauarbeiten. Für beide Rodungen wird wieder aufgeforstet und das – wie hier auch steht – mit wertvollem Gehölz, damit die Artenvielfalt auch Beachtung findet. Der jetzige Zaun zum IZ Eichholz wird auch nach der Wegverbreiterung erhalten bleiben, so können sich Fauna und Flora im Pro Natura-Zentrum Eichholz entsprechend entwickeln. Die vorliegende Lösung ist die Variante mit der besten Kosten-Nutzen-Bilanz. Im IAFP sind auch genügend Mittel eingestellt. Der beantragte Kredit für Köniz beläuft sich auf CHF 270'000. Voraussichtliche Eigenleistungen von rund 10% sind nicht kreditrelevant. Die Bauarbeiten für das Könizer Projekt finden im Winter 2022/23 statt. Es gilt dort, den tiefen Wasserstand der Aare im Winter zu nutzen.

Wie gesagt, wir danken für die Aufbereitung der Projektvorlagen. Die Fraktion FDP. Die Liberalen, stimmt dem Kreditantrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Fraktionssprecherin Christina Aebischer, Grüne: Die Grüne-Fraktion wird ebenfalls dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen. Es macht absolut Sinn, im Zusammenhang mit dieser geplanten Ufersanierung, das doch sehr enge Wegstück zu verbessern. In der Mitwirkung von 2019 ging es noch um eine Verbreiterung auf 3m oder mehr. Wir haben damals als Grüne an der Mitwirkung teilgenommen und haben 2m vorgeschlagen. Nun haben wir diesen Kompromissvorschlag von 2.5m, mit diesem können wir gut leben. Wir begrüßen, dass hier keine Maximalvariante durchgedrückt worden ist, sondern dass man mit dieser Mitwirkung und auch an der Infoveranstaltung alle gut abgeholt hat und dass man eine gute Variante gefunden hat. Es geht hier um ein sehr vielfältiges, intensiv genutztes Gebiet und Wegstück. Es ist ein Naherholungsgebiet und Spazierweg für die einen, den Veloarbeitsweg für die anderen, es ist der Weg, durch welchen wichtige Wasser- und Abwasserleitungen gehen und es ist die Grenze zum Eichholzreservat, wo wir eine unvergleichliche Artenvielfalt im Aareraum haben und auch weiter schützen wollen. Es ist nicht einfach, in einem solch komplexen Umfeld, eine für alle befriedigende Lösung zu finden, aber wir glauben, das ist hier gelungen.

Besonders ausschlaggebend war für uns auch, dass der Verein Naturzentrum Eichholz stark in die Planung einbezogen wurde und keine Einwände gegen diese Verbreiterung hat, auch wenn das Reservat jetzt rund 60m² verliert. Das ist vertretbar, wenn alle anderen ökologischen Kriterien, wie Sicherung der Querungswege der Wildtiere und auch die Kompensation der Baumfällungen gegeben sind.

Im Weiteren möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Uferschutzsanierungen, für welche der Kanton federführend ist und welche im Winter 2022/23 stattfinden wird, zu einer massiven Belastung des angrenzenden Quartiers führen wird. Das Eichholz wird faktisch sechs Monate zu einer Baustelle und zwar zu einer grossen Baustelle und wir werden tausende Lastwagendurchfahrten durch ein Quartier mit eher engen Strassen und vielen Schulkindern haben. Aber auch dort haben wir das Gefühl, grundsätzlich gut unterwegs zu sein. Es gibt bereits eine Begleitgruppe mit dem Wabern-Leist, mit Leuten aus dem Quartier, mit Schulleitung und Elternräten, damit das Ganze für die Anwohner/innen und insbesondere für die Schulkinder, Velofahrende und Fussgänger/innen abläuft. Darum ist es umso wichtiger, dass hier die Synergien genutzt werden und die ganzen Bautätigkeiten in einem Aufwisch gemacht werden, sowohl die kantonale Ufersanierung, wie eben auch der Weg, für welchen die Gemeinde zuständig ist, denn es wäre für das Quartier nicht zumutbar, wenn es zu zwei zeitlich versetzten Bauphasen kommen würde. Und an diesem Weg muss man so oder so etwas machen. In diesem Zusammenhang hätte ich noch eine Frage an den Gemeinderat, welcher er vielleicht heute oder ein anderes Mal beantworten kann: Die Hochwasser haben grosse Spuren hinterlassen, auch an diesem Weg.

Er wurde teilweise unterspült und ist an mindestens einer Stelle etwas abgesackt und die grossen Bautätigkeiten kommen dann ja erst 2022/23. Es interessiert uns daher, ob der Weg nun einfach so bleibt, oder ob es da noch temporäre Stabilisierungsmassnahmen gibt?

Eine Frage, welche auch bleibt - und das gab in Wabern schon viel zu diskutieren und wird auch weiterhin viel zu diskutieren geben - das ist das Konfliktpotential zwischen Velo und Fussgänger/innen. Doch das ist ein Thema nicht nur auf diesem Wegstück, sondern entlang des ganzen Aareuferweges. Rechtlich ist die Situation klar und wird uns in diesem Bericht auch ausgeführt, doch es reicht vermutlich nicht aus, einfach auf dieses Recht zu verweisen. Es gibt auch Konflikte mit nicht Elektrovelos und mit langsamen E-Bikes, aber auch mit freilaufenden Hunden usw. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, dass die punktuellen Konflikte nicht dramatisiert werden sollen. Es ist nicht so tragisch, es ist nicht so, dass es täglich irgendwelche Raufereien auf diesem Aareweg gibt. Ich weiss, die Sensibilitäten sind unterschiedlich, doch wir finden grundsätzlich geht es um eine gute Koexistenz und wir würden uns wünschen, dass man mutig und kreativ die Frage dieser Koexistenz angeht und sich vielleicht Sensibilisierungsmassnahmen oder Signalisationen überlegt, mit welchen man das auch fördern kann und dies, wenn möglich, mit allen Nachbargemeinden durchgehend der ganzen Aare entlang.

Fraktionssprecher Toni Eder, EVP-glp-Mitte: Wieder so eine Vorlage: Sie ist gut aufgegleist, transparent dargestellt, CHF 1'000 pro Laufmeter – es ist schon schön, diesen Uferweg zu verbreitern, nötig ist es nicht, mit dem Hochwasserschutz hat es nichts zu tun, es ist also nicht sicherheitsrelevant, es ist nicht gefährlich resp. es wird dann allenfalls gefährlich, weil man mit den Fahrrädern schneller fahren kann. Man kann dann noch ein Fahrverbot machen oder so. Jeder Verkehrsingenieur lehrt in einer der ersten Vorlesungen, dass das Verkehrsregime so sein muss, dass die richtige Geschwindigkeit von selber gewählt wird - hier machen wir das Gegenteil. Aber schön der Reihe nach.

Zwischen der Verbreiterung des Uferweges und der Kantonalen Sanierung, eben wegen dieser Erosion des Dammes, da bestehen grosse Synergien und diese gibt es nur jetzt. Einige Bäume werden gerodet, sie werden teils vor Ort und teils an anderen Orten wieder aufgeforstet, auch das ist gut. Es ist unklar, wie der Gemeinderat sicherstellen will, dass die schnellen E-Bikes diesen Weg wirklich nicht brauchen werden, die Polizei hat für Kontrollen keine Kapazität.

Auf der Höhe zwischen Eichholz und Schönausteg gibt es für die Velos vom Eichholz aus keinen Radweg durch das Quartier, das heisst es wäre nicht opportun, wenn dieser Uferwegabschnitt für die Radfahrer gesperrt werden würde, weil er nicht breit genug wäre. Das Projekt findet grossen Anklang, Zuspruch von diversen Seiten. So wie es im Moment aussieht, wird auch das Parlament diesen durchwinken - sogar die FDP ist dafür und die SVP auch.

Ich komme zu den Fragen: Ist das Projekt das Geld in Anbetracht dieser Risiken, welches es hier gibt, wirklich wert? Ist das Projekt nötig oder kommt der Gemeinderat einfach nur darum, weil nun gerade diese Synergie mit der kantonalen Sanierung ansteht? Ich war der Meinung, wir müssten sparen? Wir haben hier stundenlang diskutiert, ich habe mich genervt und jetzt kommt ein solches Projekt. Im IAFP ist das Geld eingestellt, das ist aber nicht die Frage, sondern die Frage ist einfach, ob wir diese CHF 270'000 jetzt nicht sparen könnten? Wir gehen danach in eine Debatte für eine Steuererhöhung und dann wird man gefragt, warum es diese braucht? Dann kann man sagen, man hätte sparen können. Da muss ich fragen: Wer gibt denn jetzt das Geld aus? Vielleicht müssen es sich die FDP und die SVP nochmals überlegen, ob dies wirklich aufgeht?

Der Titel des Geschäfts lautet "Sanierung", das ist ein bisschen ein Etikettenschwindel. Der Kredit der Gemeinde braucht es für die Verbreiterung des Weges und nicht für die Sanierung des Dammes. Es wäre schon gut, sich dies nochmals kurz zu überlegen. Gut, vielleicht habt ihr euch die Meinungen wirklich schon definitiv gemacht, aber wie man das begründen kann, das weiss ich nicht. Wie man dem Volk verkaufen kann, dass wir die Steuern erhöhen müssen, weil wir nirgends sparen können, das ist etwas schwierig.

In unserer Fraktion haben wir auch ziemlich diskutiert. Nicht ganz klar war die Frage wegen des Uferschutzes. Ich glaube, dies ist ziemlich klar, denn aufgrund der Akten hat dieses Projekt nichts mit dem Uferschutz zu tun, dieser wird durch den Kanton bezahlt. Die Frage wegen der zukünftigen Unterhaltszahlungen ist noch aufgekommen und ob sich diese mit einer Verbreiterung des Weges verändern. Vielleicht kann dies der Gemeinderat im Anschluss noch beantworten.

Die Mitte-Fraktion ist grossmehrheitlich für eine Ablehnung dieses Projekts.

Fraktionssprecherin Lydia Feller, SP: Die SP-Fraktion unterstützt dieses Projekt für die Verbreiterung des Fuss- und Radweges entlang des Informationszentrums Eichholz von 2.5m auf 3m einstimmig und bewilligt den Kredit im Betrag von CHF 270'000.

Aktuell ist dieser Weg entlang dieses Naturreservats IZ Eichholz 1.5 bis 2m breit. Diese Verbreiterung bringt eine Verbesserung für Fussgänger und Radfahrer, welche sich in dieser Naturlandschaft erholen und für viele Könizerinnen und Könizer ist dieses Gebiet eine Aufwertung von Lebensqualität in unserer Gemeinde.

Eine öffentliche Information und Mitwirkung hat in der Gemeinde zu diesem Projekt stattgefunden, mit dem Resultat, dass sich eine grosse Mehrheit von 79% für dieses Projekt ausspricht. Im Kern ist das Projekt ein Vorhaben des Kantonalen Tiefbauamts, mit dem Ziel, die Erosionsschäden am Ufer zu sanieren und dadurch die Infrastruktur am Ufer vor Hochwasser zu schützen. Die Stadt Bern nimmt diese Gelegenheit auch wahr und verbreitert den Uferweg oberhalb des Tierparks und für die Gemeinde Köniz bietet sich hier die Möglichkeit, Synergien mit dem Kanton und der Stadt zu nutzen. So ergeben sich insbesondere aus dieser gemeinsamen Gesamtplanung finanzielle Vorteile auch für die Gemeinde Köniz. Landschaftliche Aspekte für die betroffenen Naturreservate sind in diesem Projekt berücksichtigt worden. Die Fläche dieses Reservats wird für die Verbreiterung des Fuss- und Radwegs nur wenig reduziert. So wird auch der bestehende Zaun erhalten bleiben, so dass die Flora und die Fauna geschützt sind und sich weiterhin ungestört entwickeln können. Der Uferweg soll sicherer, sowie einen Randabschluss gegen die Aareböschung erstellt werden. E-Bikes mit Nummernschild sind auf diesem Weg nicht zugelassen.

Die SP-Fraktion sieht in diesem Projekt Sanierung Uferweg Wabern-Eichholz eine Aufwertung des Naherholungsgebietes in der Naturlandschaft Aare und spricht sich für die Bewilligung dieses Kredites aus.

Gemeinderat Christian Burren: Ich bedanke mich für die mehrheitlich gute Aufnahme dieses Geschäftes im Parlament. Auch ein Dank an Ruedi Lüthi für die korrekte Wiedergabe dieses Geschäftes, wie es geprüft worden ist.

Wir haben noch gewisse Fragen: Die Breite von 2.5m ist definitiv eine Kompromisslösung. Das hat man auch aufgrund der Eingaben aus der Bevölkerung so gewählt. Und wie gedenken wir, sicherzustellen, dass die Velofahrer nicht zu schnell fahren? Eigentlich mit der Vernunft der Nutzer. Es ist uns bewusst, dass dieser Konflikt besteht, das ist nicht nur dort so. Heute ist dies ein Engpass und dort wird sicher nicht sehr schnell gefahren, aber weiter unten und weiter oben, öffnet sich der Weg wieder und es ist dieselbe Situation.

Zur Frage noch von Christina Aebischer, wegen des Unwetterschadens: Da bin ich im Moment überfragt und ich werde dem noch nachgehen. Wenn dies sicherheitsrelevant wäre, denke ich, müsste man dort noch etwas machen, denn wir sind ja für den Unterhalt der Wanderwege verantwortlich. Ich kläre das noch und würde dies dann noch beantworten.

Zur grundsätzlich negativen Haltung der Mitte-Fraktion: Selbstverständlich, man kann sich fragen, ist dies nötig? Wir hatten hier das Gefühl, dass hier die Gelegenheit besteht, mit diesem Ufersanierungsprojekt zusammen eine Jahre alte Konfliktsituation zu beheben. Man hat versucht, dies so kostengünstig wie möglich zu machen, doch da kann man selbstverständlich sagen, dass man das nicht will. Die Haltung war klar, man hatte das Gefühl, dass man dies hier macht – es liegt an euch, hier zu entscheiden. Ich bin der Meinung, wenn man die Gelegenheit hat, soll man dies auch machen. Es ist ein viel begangener Weg - ganzjährig viel begangen - und es ist die Frage, welche sich der Steuerzahler stellen muss, ob man so etwas in Zukunft nicht mehr verbessern oder sanieren kann oder ob man den Preis dafür nun mal bezahlen muss.

Beschluss

Für die Realisierung des Projekts Wabern, Verbreiterung Fuss- und Radweg Aare entlang IZ Eichholz wird ein Kredit von CHF 270'000.00 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2440.5010.0308 Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliche Mehrheit)

PAR 2021/88

Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgende Kreditabrechnung geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	P21006	2100.581.0163	DPV DUB	Rahmenkredit Ortsplanungsrevision 2008 - 2012	1'280'000.00 <u>200'000.00</u> <u>1'480'000.00</u>	2008 2013	1'475'647.91	-4'352.09	-0.29		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	23.06.2020	18.12.2020

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit Ortsplanungsrevision 2008 – 2012.

Köniz, 07. Juli 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht zu Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

Diskussion

GPK-Referentin Heidi Eberhard, FDP: Die GPK hat dieses Geschäft geprüft und an der Besprechung vom 6. September haben die GPK-Referentinnen Franziska Adam, für die DPV, und ich als Sprecherin der DPF, die Antworten auf zusätzliche Fragen erhalten. Wir danken an dieser Stelle Annemarie Berlinger, Gemeindepräsidentin und dem Vorsteher DPV, Christian Burren, sowie dem Leiter der Planungsabteilung Stephan Felber und Frau Simone Mathys, Revisorin Finanzkontrolle, für die Beantwortung unserer Fragen.

Es zeigt sich, dass dank der internen Leistungen, die Kreditabweichung mit negativem Vorzeichen abgeschlossen werden konnte und nicht im hohen Plusbereich. Die Eigenleistungen von Total CHF 2'690'767 sind nicht kreditrelevant. Im Bericht des Gemeinderates vom 7. Juli, welcher der GPK im Vorfeld zugestellt wurde, wird dann auch über die Komplexität der OPR und die längere Prozessdauer und der damit verbundene Mehraufwand der Verwaltung hingewiesen. Vorgesehen waren ursprünglich für die OPR fünf Jahre, 2008-2012. Dann hätte diese abgeschlossen werden sollen. Dies geschah dann im Jahr 2021. Die Dauer von 13 Jahren begründet sich mit diversen Einspracheverhandlungen usw. welche Zusatzaufwendungen bedingt haben.

Diese in der Kreditabrechnung aufgeführten Einnahmen von CHF 113'900.75 resultieren insbesondere durch die Zahlung des Kantons für die Erarbeitung des kantonalen Richtplans. Nebst dem Kanton hat auch eine private Eigentümerschaft einen Beitrag an die OPR geleistet.

Mit dem Abschluss der OPR, der Inbetriebnahme Inkraftsetzung erfolgt die Aktivierung. Die Umstellung von HRM1 auf HRM2 hatte auch Auswirkungen auf die Abschreibungen der Einzelkredite der OPR, da diese bereits im Jahr 2009 resp. 2012 bewilligt worden sind. Unter anderem sind auch bei der Umschlüsselung von HRM1 auf HRM2 kleinere Beiträge, welche bis ins Jahr 2013 aufgelaufen sind, direkt und vollständig abgeschrieben worden. Ebenfalls im Rahmen der Umstellung von HRM1 auf HRM2 sind grössere Beträge aktiviert und ab 2016 über 16 Jahre über das bestehende Verwaltungsvermögen Sammelkonto, abgeschrieben worden. Bei der OPR beläuft sich dieser Betrag auf insgesamt CHF 1.5 Mio. Die restlichen Kosten sind per 2020 aktiviert und werden über zehn Jahre abgeschrieben.

Wir hatten noch Fragen: Vor allem empfanden wir die internen Leistungen für die OPR enorm hoch. Das war auch so. Es war einfach definitiv höher, als zu Beginn abgeschätzt. Mehrleistungen resultieren aus der längeren Bearbeitungsdauer, sowie aus den strukturell abgeänderten Endprodukten. Änderungen wurden zum Teil aber auch durch neue gesetzliche und übergeordnete Vorgaben, während der Laufdauer dieser Ortsplanungsrevision notwendig. Über 13 Jahre hinweg, ändert sich hier und da mal etwas. Ein weiterer Bedarf an Koordination, Abstimmung und Leitung der beauftragten Planerteams waren die Folge.

Aus dem Prozess der ganzheitlichen Ortsplanungsrevision wurden aber auch Lehren gezogen: Eine zukünftige Überarbeitung erfolgt in Etappierungen, also in Teilrevisionen.

Die Frage nach eventuellen Folgekosten nach dieser Kreditabrechnung, wurde uns ebenfalls beantwortet: Die OPR ist mit der Inkraftsetzung in der Rechnung der Gemeinde aktiviert worden. Sofern noch irgendwelche Rechnungen kommen, werden diese über die laufende Rechnung verbucht. Die Einschätzung seitens der Gemeinde und auch der GPK zu Kosten und Nutzen der OPR deckt sich mit jener, welche der Kanton geäussert hat: Der verhältnismässig grosse interne Aufwand der Verwaltung und aller Beteiligten, steht letztendlich einem intensiven Austauschprozess und einem modernen, stringenten und nachhaltigen Planungsinstrumentarium mit Vorbildcharakter gegenüber. Nichtsdestotrotz sollte bei einer nächsten Runde unseres Erachtens der interne Aufwand in Grenzen gehalten werden. Der Kanton hat durch die OPR Köniz auch dazu gelernt, so wurde unter anderem das Baugesetz angepasst.

Was auf Wunsch der GPK-Mitglieder hier auch erwähnt wird: Der GPK ist dieser Bericht des Gemeinderates vom 7. Juli zugestellt worden. Wir finden, für die Parlamentsmitglieder ist es wichtig, derartige Informationen direkt nachlesen zu können und nicht aus zweiter Hand, sprich aus der GPK-Zusammenfassung zu erfahren. Der Bericht enthält wichtige Informationen zur Abrechnung des Gesamtkredits und zum Ablauf. Es wurde Gutes geleistet und das darf auch gezeigt werden. Das Licht soll hier nicht unter den Scheffel gestellt werden. Auf Antrag der GPK haben die Parlamentsmitglieder den Bericht dann elektronisch noch zugestellt bekommen.

Abschliessend dankt die GPK allen Beteiligten für den immensen Einsatz, welcher für diese Ortsplanungsrevision geleistet wurde. Der grosse Aufwand hat sich gelohnt, wir haben ein Planungsinstrument mit Vorbildcharakter. Und wie eingangs erwähnt: Dank der beachtlichen Eigenleistungen, konnte der Kredit schlussendlich eingehalten resp. sogar minim unterschritten werden.

Die Beschlüsse der GPK lauten: Die Kreditabrechnung wurde mit 7 zu 0 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir haben auch den Gemeinderat beauftragt, euch den Bericht vom 7. Juli zukommen zu lassen. Dies geschah ebenfalls 7 zu 0 zustimmend.

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft obligatorisch ist.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Die FDP. Die Liberalen dankt allen an diesem ausserordentlichen Projekt OPR beteiligten Personen. Es war ein immenses Werk. Der Weg zum Ziel war hart und für alle fordernd. Dank und Respekt an alle Beteiligten.

Wir folgen dem Antrag des Gemeinderates und nehmen einstimmig zustimmend Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit Ortsplanungsrevision 2008-2012.

Fraktionssprecher Adrian Burren, SVP: Die SVP dankt dem Gemeinderat für die Kreditabrechnung der OPR. Der Kredit in der Höhe von CHF 1.28 Mio. wurde vom damaligen Parlament vor über 13 Jahren bewilligt. Das ist eine Weile her. Die meisten von uns kennen vermutlich den Antrag nicht mehr, welcher der Gemeinderat damals gestellt hat. Darum habe ich diesen nochmals angeschaut und euch einige Punkte herausgepickt.

Der Gemeinderat hat sich damals vorgestellt, dass die OPR in vier Jahren abgeschlossen ist. Wir wissen heute - nach 13 Jahren - dass diese immer noch nicht ganz in Kraft ist und vermutlich auch noch einige Jahre nicht voll in Kraft sein wird. Auch die damalige Kostenschätzung mutet aus heutiger Sichtweise beinahe lächerlich an: Ein Schutzplan für CHF 50'000, eine öffentliche Auflage für CHF 30'000 oder der Gemeinderat kalkulierte CHF 85'000 für Unvorhergesehenes ein.

Unter Punkt 6.2, Schätzung Eigenaufwände Projektierungen, heute also interne Leistungen, waren 2008 2'500 Stunden à CHF 100, sprich CHF 250'000 aufgeführt. Wie wir alle wissen: Es kam anders - langwieriger, teurer. Die OPR wurde für den Gemeinderat zur Daueraufgabe. Man könnte auch sagen, zu einem Moloch. Alles, was der Gemeinderat angepackt hat, wurde um ein vielfaches umfangreicher, komplexer und anspruchsvoller, als er zu Beginn blauäugig gedacht hat. Der Kanton hat mitgesprochen, hat selber eine Revision der Raumplanung gemacht, die Bürger wurden verschreckt, haben sich mehr eingebracht und desto mehr der Gemeinderat an der OPR gegrübelt hat, umso mehr Staub hat er aufgewirbelt. Kurz gesagt: Der Gemeinderat hat zu viel revidiert und ging an die Grenze, insbesondere gegenüber den betroffenen Grundeigentümern. Die Beratungshonorare sind um ein Vielfaches gestiegen, die Sitzungsgelder haben sich überschlagen und auch die Kostenschätzung hat ihren Namen nicht mehr verdient. Der Schutzplan hat beispielsweise das Vierfache gekostet, als angedacht war und der Kostenposten "Einspracheverhandlung" ist in der Kreditabrechnung nicht einmal mehr erwähnt, obwohl hierfür 2008 noch CHF 20'000 dafür eingesetzt waren. Doch Einspracheverhandlungen gab es ganz viele und diese waren auch sehr aufwändig. Der Posten – das ist jetzt meine Annahme – hat man wohl in den Posten "interne Leistungen" integriert, wie so viele andere Posten auch. Denn für die internen Leistungen waren nicht wie geplant 2'500 Stunden, sondern wohl eher 25'000 Stunden, also das zehnfache, notwendig – oder eben zusätzliche CHF 2.69 Mio. Alles, was nicht mehr in diesem ordentlich bewilligten Kredit gepasst hat, hat man wohl in diesen Posten "interne Leistungen" getan. So kann man es auch machen.

Und das Tüpfelchen auf dem i machte der Gemeinderat, als er die internen Leistungen aktiviert und die Kosten damit über ein Jahrzehnt verschoben hat und damit den Jahresabschluss beschönigt hat. Sie werden jetzt – die GPK-Sprecherin hat es gesagt – aktiviert oder wurden beim Wechsel vom HRM1 auf HRM2 aktiviert und werden die nächsten Jahre abgeschrieben. Das heisst, es belastet die Gemeinde im nächsten Jahrzehnt mit rund CHF 160'000 pro Jahr. So kann man es auch machen.

Was lehrt uns jetzt diese Kreditabrechnung? Die OPR-Revision ist – wir haben ja Stand heute erst eine Teilkraftsetzung – zu gross, sie ist zu lange, zu komplex, zu undurchsichtig, zu umfangreich und dadurch auch zu teuer. Die SVP will damit sagen: Nie mehr so! Der Gemeinderat hat sich mit diesem Megaprojekt übernommen und konnte schlussendlich froh sein, dass er das überhaupt zu einem Abschluss bringen konnte. Es hätte auch anders herauskommen können. Die SVP erwartet vom heutigen Gemeinderat, dass er diese Kreditabrechnung als ganz schlechtes Beispiel in seinem Gedächtnis behält.

Die SVP-Fraktion stimmt trotzdem immerhin dieser Kreditabrechnung mehrheitlich teilweise zu.

Fraktionssprecherin Franziska Adam, SP: Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für diesen ausführlichen und transparenten Bericht zur Ortsplanungsrevision und zur Abrechnung des Gesamtkredits.

Wir sehen hier ein Jahrzehnte-Geschäft, im wahrsten Sinne des Wortes. Anstatt vier Jahre, hat der ganze Prozess 13 Jahre gedauert. Das zeigt die Komplexität dieser Ortsplanungsrevision auf. Das zeigt auch, wie komplex heutzutage solche Revisionen sind und wie aufwändig diese Geschäfte in der Planung und im Bau und auch mit dem Kanton sind. Umso erstaunlicher ist diese Punktlandung der Kreditabrechnungen.

Als man bemerkte, dass der Bruttokredit von CHF 1.28 Mio. nicht ausreichen wird, welche man 2008 gesprochen hat, beschloss der Gemeinderat 2013 einen Zusatzkredit im Betrag von CHF 200'000. Daraus sind Kosten im Betrag von CHF 1.48 Mio. entstanden, von welchen man CHF 1'475'697 ausgegeben hat. Das ergibt ein Minus von CHF 4'300. Ganz wichtig ist zu wissen, dass diese Kreditlimite nur eingehalten werden konnte, weil die Eigenleistungen erhöht worden sind. Die internen Leistungen im Umfang von rund CHF 2.6 Mio. sind immens und es ist auch ausserordentlich, was die Verwaltung hier geleistet hat. Das gilt es zu würdigen. Niemand konnte beim Projektstart abschätzen, wie gross der Aufwand dieser OPR sein wird.

Abschliessend kann man sagen, dass die Gemeinde Köniz in dieser OPR eine Vorreiterin ist, dass sie viel Lehrgeld bezahlt hat, dass der Kanton Bern und auch andere Berner Gemeinden von Köniz profitiert haben, dass aber diese Pionierrolle viel gekostet hat und vor allem der interne Arbeitsaufwand riesig war. Das gilt es auch zu berücksichtigen, wenn gewisse Fraktionen wieder mal das Gefühl haben, beim Personalaufwand der Gemeinde könnte man sparen. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass dies oft nicht möglich ist.

Die SP-Fraktion nimmt einstimmig zustimmend Kenntnis von dieser Kreditabrechnung des Rahmenkredits OPR 2008-2012.

Adrian Burren, SVP: Wir haben hier eine Kreditabrechnung über dieses Geschäft im Betrag von CHF 1.48 Mio. In diesem Kreditantrag sind Leistungen im Umfang von zusätzlichen CHF 2.69 Mio. enthalten. Frage an den Gemeinderat: Er soll mir doch bitte die Legitimation für diese internen Leistungen darlegen. Im Kreditantrag vom 15.09.2008 steht wörtlich "Für die Revision der Ortsplanung im Umfang eines Teilpaketes 2008-2012 wird ein Rahmenkredit von CHF 1.28 Mio. zu Lasten Konto 210.581.0163 zuzüglich allfälliger Teuerung bewilligt." Weiter findet man in diesem Antrag Eigenleistungen von ca. CHF 250'000. In diesem Antrag vom Gemeinderat an das Parlament 2008 wurde nirgends etwas über interne Leistungen geschrieben. Die CHF 2.69 Mio. abzüglich ¼ Million wurde nie beantragt. Ich erwarte hier vom Gemeinderat eine kompetente Antwort.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Ich danke als erstes Heidi Eberhard und Franziska Adam seitens der GPK. Wir konnten dieses Geschäft gemeinsam gut vorbesprechen und Heidi Eberhard hat dieses zuvor sehr gut zusammengefasst. Vielen Dank von meiner Seite.

Was den Bericht angeht, welcher zuerst nur die GPK erhalten hat, zwischenzeitlich nun aber alle erhalten haben, so ist dies sehr aussergewöhnlich, dass man eine Kreditabrechnung so ausführlich kommentiert. Ich habe aber wahrgenommen, dass die einen dies sehr gewürdigt haben.

Ich habe mich darüber gefreut, dass sowohl die FDP als auch die SP sich sehr anerkennend geäussert haben und auch die grosse Arbeit, welche in den vergangenen 13 Jahren geleistet wurde, gewürdigt haben. Etwas irritiert hat mich danach das Votum des SVP-Sprechers. Es geht hier um eine Kreditabrechnung und da ist – und das bestreitet auch niemand – alles in Ordnung. Ich glaube, es ist eine starke Leistung, dass man nach 13 Jahren hier nicht mit einem massiven Nachkredit ins Parlament kommen muss. Da hat man dem Geld Sorge getragen, aber man hat dies mit internem grossen Aufwand kompensiert.

Es ist so: Als man 2008 das Projekt OPR gestartet hat, wusste niemand, dass dies schlussendlich eine so grosse Kiste werden wird. Ihr konntet aber auch nachlesen, dass dies nicht etwa so ist, weil dem Gemeinderat unterwegs immer noch neue Sachen in den Sinn gekommen sind, welche man noch hätte machen können. Hier weise ich den Vorwurf zurück, dass man an Orten "gegrübelt" habe, wo es nicht nötig gewesen wäre. Im Gegenteil, die übergeordnete Gesetzgebung hat sich in all diesen Jahren stark verändert. Dem musste man Rechnung tragen und dadurch hat Köniz an einen oder anderen Ort eine Vorreiterrolle einnehmen müssen. Und damit ist es bekanntlich oftmals so, dass man manchmal nicht genau weiss, in welche Richtung es geht. Das haben aber die Leute in der Verwaltung und auch unser Vorgänger-Gemeinderat immer so gut und so nah wie möglich gemacht. Es hat mich etwas irritiert, wie harsch dies gekommen ist, denn die OPR wird allgemein als gelungen angeschaut, auch wenn ich weiss, dass sie erst zum Teil in Kraft ist - es sind noch Fragen offen. Aber man darf hier nicht einfach aufgrund dieser Kreditabrechnung so schlecht darüber sprechen.

Dann noch zum Einzelvotum von Adrian Burren, was die internen Leistungen angeht: Wir haben in der GPK ausführlich erläutert, wie diese zustande gekommen sind.

Es ist so, dass hier alles mit rechten Dingen zugegangen ist und es ist durchaus legitim, dass man interne Leistungen so handhabt, wie man dies hier im Rahmen der Ortsplanungsrevision gemacht hat. Da ist nichts falsch gelaufen. Es ist auch so, dass dies immer richtig bewilligt worden ist. Wir können dies gerne nochmals zusammen anschauen, doch ich glaube, dass ich hier nicht mehr dazu sagen muss.

Das ist von meiner Seite her alles. Wir sind für die Kreditabrechnung zuständig, inhaltlich ist es etwas aus der Direktion Planung und Verkehr. Gibt es von dort noch Ergänzungen?

Gemeinderat Christian Burren: Ja, ich hätte gerne noch etwas ergänzt: Dass die Einspracheverhandlungen – obschon diese weit über 70 waren – einen Aufwand generiert haben und man dies einfach in den internen Leistungen versteckt hätte, das ist nicht der Fall. Denn die Einspracheverhandlungen wurden ausschliesslich von internen Leuten geführt. Dass dies intern ein immenser Aufwand war, das ist so, doch es wäre ansonsten innerhalb des Kredits nicht möglich gewesen, wenn man intern nicht so viel hätte leisten und erbringen können. Darum war es uns auch ein Anliegen, diesen Kredit mit einem Bericht zusammen zu Handen der GPK zur Abrechnung zu bringen und nicht einfach nur mit einem nackten Dreizeiler und uns dann auch noch zu loben, wir seien hier mit CHF 4'500 unter dem Rahmenkredit geblieben. Wir waren vielmehr der Meinung, dass dieses langjährige Werk, diese Zangengeburt, es auch verdient hat, dass man euch entsprechend aufdatiert, wie dies alles zustande gekommen ist.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit Ortsplanungsrevision 2008 – 2012.

(Abstimmungsergebnis: 29 zustimmend, 5 teilweise zustimmend)

PAR 2021/89

V2110 Motion (SP) „Könizer Wohnoffensive: 10% gemeinnützige Wohnungen bis 2040!“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit geeigneten Instrumenten den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in Köniz von heute weniger als 5% bis 2040 auf mindestens 10% zu steigern.

Begründung

Alle Menschen müssen wohnen. Und niemand soll überrissene Mieten dafür bezahlen. Heute sind die Kosten für das Wohnen der grösste Posten im Haushaltsbudget. Damit sinkt die Kaufkraft der Bevölkerung und der finanzielle Spielraum, das Leben frei zu gestalten, wird kleiner.

Heute bezahlen wir oft zu viel und geben einen grossen Teil unseres Lohns an renditeorientierte Anbietende ab. Der Immobilienmarkt ist damit der grösste Umverteilungsfaktor von Arbeit (Löhnen) zu Kapital (Immobilienbesitz). Milliarden von Franken fliessen jährlich zu viel in den Immobilienmarkt, weil renditeorientierte Anbietende überrissene Miete verlangen. Gemeinnützige Anbietende dagegen verzichten auf eine Rendite. Daher soll die Gemeinde aktiv auf den gemeinnützigen Wohnungsbau setzen und damit die Haushalte entlastet.

Das ist auch für die Gemeinde ein interessantes Geschäft, denn Studien zeigen, dass die Steuereinnahmen pro Quadratmeter bei gemeinnützigen Wohnungen höher sind als bei Villenvierteln. Denn dank innovativen Ideen wird der Flächenverbrauch pro Person minimiert. Zudem fördern die Wohngenossenschaften den sozialen Austausch und die Durchmischung.

Die Bevölkerung soll wieder die Möglichkeit haben, beim Wohnen und bei Wohnformen mitzureden und gemeinsames Wohneigentum zu besitzen.

Bereits heute stehen der Gemeinde gewichtige Instrumente zur Verfügung, um vorwärts zu machen beim bezahlbaren Wohnraum in Köniz. So hat die Stimmbevölkerung im Februar 2017 mit rund 56 % den neuen Artikel 26a des Baureglements (preisgünstiges Wohnen) angenommen. Dieser muss somit zwingend aktiv und konsequent angewandt werden. Doch in den letzten vier Jahren ist viel zu wenig passiert! Der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen hat kaum zugenommen und Köniz liegt mit deutlich unter 5% nach wie vor weit hinter vergleichbaren Gemeinden wie Biel, Thun oder Bern¹. Daher ist es notwendig, eine konkrete Zielvorgabe für den gemeinnützigen Wohnbau zu verankern, damit auch in Köniz Meilensteine gesetzt werden können im gemeinnützigen Wohnungsbau.

Eingereicht

15. März 2021

Unterschrieben von 14 Parlamentsmitgliedern

Tanja Bauer, Ruedi Lüthi, Christian Roth, Lydia Feller, David Müller, Matthias Müller, Dominique Bühler, Claudia Cepeda, Simon Stocker, Franziska Adam, Cathrine Liechti, Christina Aebischer, Käthi von Wartburg, Vanda Descombes

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit Erheblichkeitserklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (Beilage 1).

2. Ausgangslage

Gemäss Bundesamt für Wohnungswesen BWO verfügt die Gemeinde Köniz aktuell über 600 Wohnungen, welche von gemeinnützigen Wohnbauträger verwaltet werden. Bei einem Gesamtbestand von knapp 22'000 Wohnungen (Stand Ende 2019) beträgt der Anteil Wohnungen gemeinnütziger Wohnbauträger damit 2.7%. Damit ist diese Wohnbauform in der Gemeinde Köniz wie von den Motionär*innen ausgeführt, im Vergleich zu anderen Städten und der Gesamtschweiz (3.8%; Städte und Gemeinden über 10'000 Einwohner*innen) unterdurchschnittlich vertreten.

3. Gemeinnütziger Wohnungsbau

Als gemeinnützige Wohnbauträger gelten Bauträger, welche sich an der Kostenmiete orientieren und ohne Gewinnabsichten investieren. Dabei kann es sich um Genossenschaften, Stiftungen oder auch Vereine handeln. Die Wohnungen sind dabei langfristig preisgünstig im Sinne der Kostenmiete gesichert. Genossenschaftliche Wohnbauträger bieten eine Zwischenform von selbstgenutztem Wohneigentum und üblichem Mietwohnungsverhältnis, da die Mieter*innen oftmals mittels Anteilsscheinen das Eigenkapital der Genossenschaften oder zumindest einen Teil davon stellen. Genossenschaftsmitglieder haben zudem Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, was den Bau und/oder den Betrieb der Wohnungen betrifft. Entsprechend unterscheidet sich diese Wohnbauform nicht nur über die Preisgestaltung der Wohnungen, sondern primär auch über soziale und insbesondere nachbarschaftliche Aspekte. Gemeinnützige Genossenschaften verpflichten sich zudem grossmehrheitlich zur Einhaltung der in der Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger genannten Zielsetzungen. Dabei gilt es zu beachten, dass nicht alle Wohn- oder Baugenossenschaften auch gemeinnützige sind.

¹ Der aktuelle Anteil gemeinnütziger Wohnungen liegt in Bern derzeit bei 9%, in Thun bei 10% und in Biel bei 14%: <https://www.derbund.ch/bern/gemeinnuetziges-wohnen-kanton-bern-auf-platz-6/story/24964092>

Eine Genossenschaft kann entsprechend auch als Gefäss für den Zusammenschluss von privaten oder juristischen Personen mit der Absicht einer gemeinsamen Realisierung oder Betrieb einer Liegenschaft dienen. Dabei stehen weder mietpreisliche noch nachbarschaftliche Aspekte im Vordergrund.

Der gemeinnützige Wohnungsbau ist dabei abzugrenzen vom preisgünstigen Wohnungsbau, bei welchem gemäss Artikel 26a des Könizer Baureglements die Erstellungspflicht von Wohnungen in Kostenmiete geregelt wird. Hier muss der Bauträger keine Genossenschaft sein, sondern es kann sich auch um einen renditeorientierten institutionellen Anleger handeln.

4. Gründe für den tiefen Anteil in Köniz

Die Gründe für den aktuell tiefen Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern in Köniz ist historisch bedingt. Während in den Städten schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus der Arbeiterbewegung heraus Wohn- und Baugenossenschaften entstanden, blieb diese Entwicklung im ländlichen Raum vorerst aus. Erst die in der Hochkonjunktur der sechziger und siebziger Jahre stark steigenden Boden- und Mietpreise führten dazu, dass vorab bestehende Genossenschaften begannen, Siedlungen ausserhalb der Städte zu erstellen. Diese Bewegung schief rasch wieder ein und erlebte erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine kleine Renaissance, welche sich allerdings auf gewisse Regionen (Raum Zürich, Westschweiz) beschränkte. In diesem Sinne fehlt es in Köniz an Geschichte mit gemeinnützigen Wohnbauträgern. Beim Vergleich mit anderen Städten darf dabei nicht vergessen werden, dass diese den heutigen Anteil an gemeinnützigen Wohnungen primär der Gründerzeit der Wohn- und Baugenossenschaften zu verdanken haben, während ein späterer Zuwachs kaum relevant ist für den Anteil. So ist heute der Anteil an gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften insgesamt rückläufig und selbst in der Stadt Zürich, welche grosse Anstrengungen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnens unternimmt, hat der Anteil in den letzten 10 Jahren um gerade mal 0.5 % zugenommen.

5. Zielsetzung 10% bis 2040

Die Motion nennt einen Anteil von 10% gemeinnütziger Wohnungen am Wohnungsbestand der Gemeinde bis 2040 als Ziel. Bezogen auf den heutigen Gesamtwohnungsbestand würde dies bedeuten, dass rund 1'600 neue gemeinnützige Wohnungen gebaut werden müssen. Da der Wohnungsbestand aufgrund der laufenden Planungen in den nächsten Jahren weiter steigen wird, wäre die absolute Zahl der so zu erstellenden und betreibenden Wohnungen noch höher. In den letzten 20 – 30 Jahren wurden in Köniz im jährlichen Median jeweils 150 im Durchschnitt 175 Wohnungen realisiert. Ausgegangen von einem ähnlichen Wachstum in den Jahren bis 2040 müssten damit 2 von 3 Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern gebaut und realisiert werden. Dabei gilt es zu beachten, dass aktuell grössere Wohnbauprojekte in Planung (z.B. Station Wabern, Station Oberwangen, Spühlirain) oder in Realisierung (Thomasweg) sind, für welche zwar preisgünstige Wohnungen vorgesehen, aber kein Anteil an gemeinnützigen Wohnungen vorgeschrieben ist. Zudem sind die grossen künftigen Wohnbauareale (z.B. weitere Baufelder im Ried, Morillon, Kleinwabern) vorab in grossen Teilen in privatem Grundeigentum.

Die Möglichkeiten der Gemeinde, private Grundeigentümer zur Erstellung von gemeinnützigem Wohnraum zu verpflichten, sind denn auch sehr beschränkt. Zwar verpflichtet der Artikel 26a des Baureglements bei neuen Ein-/Aufzonungen mit zusätzlich mindestens 4'000 m² GF Wohnen die Investoren zur Erstellung von preisgünstigen Wohnungen (Wohnen in Kostenmiete ohne Rendite), welche aber nicht zwingend gemeinnützig verwaltete Wohnungen sind. Zudem kommt diese Vorschrift bei oben genannten Arealen nicht oder nur in untergeordnetem Masse zum Tragen. Darüber hinaus zusätzliche Anteile für gemeinnützigen Wohnungsbau zu sichern, dürfte sich rechtlich und tatsächlich schwierig bis unmöglich gestalten. Im Gegensatz zu Art. 26a müssten solche Vorhaben auch auf diejenige Nutzfläche angewandt werden, die von Grundeigentümerschaften im Rahmen der rechtsgültigen Bau- und Zonenordnung bisher ohne diesbezügliche Auflagen genutzt und entsprechend in Wert gesetzt werden kann. Da bei gemeinnützigem Wohnungsbau auf eine Rendite verzichtet wird, würde dies einen erheblichen Eingriff in das private Grundeigentum darstellen. Die rechtliche Zulässigkeit eines solch starken Eingriffs in das Eigentum müsste geprüft werden und ist zumindest in Frage zu stellen.

In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass die Entwicklung primär auf gemeindeeigenen Parzellen erfolgen müsste.

Selbst wenn sämtliche, bereits im Besitz der Gemeinde befindlichen Flächen einzig dem gemeinnützigen Wohnungsbau gewidmet würden, könnte das anvisierte Ziel nicht erreicht werden. Denn aktuell verfügt die Gemeinde über eigene Grundstücke, welche die Realisierung von schätzungsweise rund 600 Wohnungen ermöglichen würden. Entsprechend hätte die Gemeinde nur mittels Erwerb von zusätzlichen Liegenschaften hier ein wirkungsvolles Mittel in der Hand. Für die übrigen, rund 1'000 gemeinnützigen Wohnungen müsste zusätzlich Land von Dritten erworben werden. Damit dies möglich wäre, bedürfte es einer massiven Aufstockung des Rahmenkredits zur Tötigung von Landgeschäften.

Neben der reinen Verfügbarkeit geeigneter Grundstücke ist zudem zumindest fraglich, ob innerhalb dieser (aus Bau- und Planungssicht) kurzen Frist überhaupt genügend geeignete Bauträger gefunden werden könnten, die die nötigen Ressourcen für die Realisierung einer solch grossen Anzahl an gemeinnützigen Wohnungen aufbringen könnten. Das Fehlen von "Geschichte" und der entsprechenden Genossenschafts-Kultur führt dazu, dass das nötige Engagement und Know-How entweder von extern kommen oder zuerst aufgebaut werden muss.

6. Zinslose Darlehen

Die Motion nennt neben der Abgabe von gemeindeeigenen Grundstücken an gemeinnützige Bauträger das zur Verfügung stellen von zinslosen Darlehen. Das Wohnbauförderungsgesetz (WFG) kennt seit 2003 mit dem Fonds de Roulement ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Schweiz. Insgesamt wurden für diesen Fonds mehr als 2.3 Milliarden Franken gesprochen, welche für zinsgünstige Darlehen für Neubau- oder Erneuerungsprojekte und den Landerwerb sowie weitere Unterstützungsleistungen zu Gunsten gemeinnütziger Bauträger eingesetzt werden. Verwaltet wird der Fonds de Roulement von der gesamtschweizerisch tätigen Dachorganisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Entsprechende und bewährte Instrumente bestehend folglich bereits auf nationaler Ebene und müssen nicht zusätzlich kommunal geschaffen werden.

7. Wohnstrategie

Mit der Richtlinienmotion V1907 wurde der Gemeinderat mit der Erarbeitung einer Wohnstrategie beauftragt. Aktuell laufen die Arbeiten an diesem Instrument auf Hochtouren. In der Wohnstrategie wird sich der Gemeinderat auch zum Thema des gemeinnützigen Wohnungsbaus äussern und sieht Massnahmen vor, die eine Erhöhung des heutigen Anteils ermöglichen sollen. Dem Gemeinderat ist dabei die Bedeutung des gemeinnützigen Wohnens bewusst. Auch wenn eine Anteilserhöhung angestrebt werden soll, hält der Gemeinderat die Festlegung eines verbindlichen Zielwerts, wie ihn die Motionär*innen fordern, aus den oben ausgeführten Gründen für nicht sinnvoll. Vielmehr sollen die Bestrebungen verstärkt werden, gemeinnützige Bauträger zu fördern und zu unterstützen. Dabei ist es dem Gemeinderat wichtig, dass das gemeinnützige Wohnen und die dafür vorgesehenen Massnahmen als integraler Bestandteil des Gesamtpakets Wohnstrategie gesehen und beurteilt werden.

8. Finanzen

Die finanziellen Folgen einer Annahme der Motion sind nur schwer abschätzbar. Bei der Abgabe von gemeindeeigenen Liegenschaften im Baurecht an gemeinnützige Bauträger resultiert, bedingt durch die damit verbundenen Auflagen (preisgünstige Wohnungen), mutmasslich ein reduzierter Baurechtszins. Da gemeinnützige Bauträger aufgrund der Verpflichtung zur Kostenmiete eine erhebliche Ertragseinbusse "erleiden", sind deren Möglichkeiten zur Finanzierung hoher Baurechtszinse sehr beschränkt. Daher muss bei der Abgabe von Land im Baurecht ungeachtet der bei Kauf entstandenen Kosten mit eher reduzierten Baurechtszinsen gerechnet werden. Der Baurechtsnehmer erbringt dafür Leistungen, die schwierig monetarisierbar sind (preisgünstige Mieten, soziale Effekte). Sehr kostenintensiv wird hingegen der Erwerb von neuen Grundstücken mit dem Zweck, diese an gemeinnützige Bauträger abzugeben. Damit die Gemeinde überhaupt die Möglichkeit hätte, auf dem Markt an ausreichend Flächen zur Erstellung der rund 1'000 Wohnungen zu kommen, müsste der entsprechende Rahmenkredit um ein Vielfaches aufgestockt werden.

9. Fazit

Der Gemeinderat anerkennt die Wichtigkeit der gemeinnützigen Wohnbauträger für die Wohnraumentwicklung von Köniz und ist mit der grundsätzlichen Zielrichtung, nämlich einer Erhöhung des heute unterdurchschnittlichen Anteils, einverstanden. Er hält aber die von den Motionär*innen formulierte verbindliche Zielsetzung für nicht realistisch und sinnvoll. Entsprechend beantragt er mit dem Verweis auf die laufenden Arbeiten im Rahmen der Wohnstrategie die Abweisung des Vorstosses.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 23. Juni 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 6. April 2021

Diskussion

Erstunterzeichnerin Tanja Bauer, SP: Ich freue mich sehr, dass wir heute wirklich einmal richtig über den gemeinnützigen Wohnungsbau sprechen können und nicht immer nur anhand einzelner Projekte, bei welchen dies noch kurz angesprochen wird. Wir können uns hier einmal richtig damit auseinandersetzen. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung dieser Motion. Die Antwort ist sehr ausführlich ausgefallen und hat sich wirklich mit der Herausforderung auseinandergesetzt, was ich verdanken möchte.

Ich würde gerne zur Antwort des Gemeinderates einige Anmerkungen machen, um so in die Diskussion einzutreten und auch aufzuzeigen, wo wir von der SP gleicher Meinung sind und wo wir finden, dass noch Handlungsbedarf besteht. Wenn wir hier über das Wohnen sprechen, geht es meistens um die Kosten und zwar meistens aus der Sicht der Gemeinde. Und darum möchte ich gerne mit diesem Aspekt beginnen, auch wenn der Gemeinderat diesen nicht zuoberst schreibt und dies eigentlich gar nicht der wichtigste Aspekt ist.

Wir haben hier schon mehrfach darüber gesprochen, dass sich die Gemeinde gemeinnützigen Wohnungsbau anscheinend nicht leisten kann. Und dagegen möchte ich ganz klar einige Argumente ins Feld führen, welche auch die Beantwortung des Gemeinderates zum Teil aufzeigt. Einerseits ist es so, dass auch Genossenschaften Baurechtszinsen bezahlen, auch wenn diese leicht tiefer ausfallen können, doch dies ist gar nicht immer der Fall. Aber noch viel interessanter ist, dass Genossenschaften eigentlich einen besseren Steuerertrag generieren, als die "guten" Steuerzahler, über welche wir hier immer wieder sprechen. Wieso ist das so? Genossenschaften bauen anders. Der Unterschied zu einer Genossenschaft ist, dass diese keinen Gewinn erwirtschaften darf. Das heisst, sie hat einen ganz anderen Fokus beim Bauen. Sie bauen für das Wohnen der Leute, für die Bedürfnisse der Leute und darum sind die Wohnungen auch ganz anders zugeschnitten. Wer aktuell mal die Huebergass besucht hat, hat gesehen, dass diese dort den Ansatz gewählt haben, viel kleinere Wohnungen zu haben. Mit diesen wenigen m2 wohnen viel mehr Leute auf diesem Land, als man vielleicht einem sogenannten "guten" Steuerzahler zumuten würde. Das heisst, anstelle eines Penthouses hat man eine dichter gebaute Siedlung, in welcher viele Familien wohnen. Auf jeden Fall zeigen Studien über alle Genossenschaften hinweg, dass der Steuerertrag dort am höchsten ist, wo Genossenschaften bauen und nicht dort, wo Einfamilienhäuser stehen oder wo grosse Penthouse Wohnungen gebaut werden. Soviel zum ersten allgemeinen Vorurteil, dass Genossenschaften für eine Gemeinde nicht sinnvoll sind. Aber sie bringen noch einen ganz anderen Vorteil: Wer nämlich nicht renditeorientiert baut, der baut für die Gemeinde.

Der hilft die Gemeinde zu beleben, zu durchmischen und baut mit Herz. Es geht also darum, einen Teil unserer Gemeinde zu bebauen und nicht einfach den maximalen Mietertrag von den Leuten abzukassieren. Das ist eine ganz andere Art zu bauen, das ist etwas, was die Leute gerne haben.

Für Köniz ist es ein riesiger Vorteil, wenn wir mehr gemeinnützigen Wohnungsbau haben. Es ist eine Änderung der Philosophie, wir haben dies ja zum Teil auch schon und wir sehen aktuell auch, was das aus der Stadt Bern macht. Es nimmt die Leute mit, es animiert die Leute dazu, sich für etwas zu begeistern und sie können auch demokratisch mitsprechen, wie es passieren soll. Was aber viel wichtiger und der Hauptpunkt ist, warum man gemeinnützigen Wohnungsbau fördern sollte, ist gar nicht die Sicht der Gemeinde, sondern die Sicht der Bevölkerung. Denn – und darum sind wir von der Gemeinde auch zuständig, diesen gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern – alle Menschen müssen wohnen, das ist nicht etwas, bei dem man sich zwischen Alternativen entscheiden kann. Heute ist es so, dass die meisten Leute – zumindest jene, welche zur Miete wohnen – viel zu viel bezahlen, für das, was sie bekommen und zwar nur deshalb, weil man dies nun mal abschöpfen darf. Die Immobilienbranche ist die bestsubventionierteste Branche. Das hat man im Ried sehr gut gesehen, als wir am Freitag an diesem schönen Fest waren, denn dort können Grundeigentümer Wohnungen bauen, welche aber ohne die Gemeinde, nicht besonders viel wert wären. Denn wir haben dort eine Schule und Sportplätze gebaut sowie Erschliessungen erstellt und das macht dieses Land so wertvoll. Dass man die Möglichkeit hat, dort attraktive Wohnungen anzubieten, hat sehr viel mit den Steuergeldern zu tun, welche wir dort investiert haben. Und genau das macht die Immobilienbranche zur bestsubventionierten Branche. Die Frage ist: Wollen wir das? Wollen wir Grundeigentümer subventionieren, damit sie danach bei der Bevölkerung maximale Mietzinse verlangen können?

Das ist etwas, was alle, welche bei der Steuererhöhung so Mühe haben, überlegen müssten, denn eigentlich schenken die Mieten für die allermeisten Leute viel mehr ein, als die Steuern. Es ist pro Monat ein viel höherer Betrag. Wer sich also gegen eine Steuererhöhung wehrt, sollte sich umso stärker für gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzen, denn genau das verhindert, dass man den Leuten unnötig viel Geld aus der Tasche zieht. Wie gesagt, ist der gemeinnützige Wohnungsbau ein Vorteil und bis dort hat der Gemeinderat in seiner Antwort auch gut aufgezeigt, dass es auch für ihn klar ist, dass gemeinnütziger Wohnungsbau – vielleicht in einem weniger grossen Ausmass als es die SP hier fordert – durchaus seine Vorteile hat. Und zwar weil er eben mit der gemeinnützigen Orientierung mehr Wert bietet für die Entwicklung der Gemeinde, aber auch für das Wohnen und weil er auch eine preisdämpfende Wirkung auf den restlichen Wohnungsmarkt hat, wenn es genug dieser gemeinnützigen Wohnungsbauten gibt. Denn so wissen die Leute wieder, wie hoch eigentlich der richtige Mietzins wäre.

Wo wir aber eine Differenz haben, ist dort, wo der Gemeinderat sagt, dass das Ziel von 10%, welches wir setzen, nicht realistisch sei. Er möchte kein Ziel setzen.

Ich will hier kurz aufzeigen, warum ein solches Ziel eben sehr, sehr sinnvoll ist: Wir haben aktuell eine grosse Chance in Köniz, unsere Gemeinde weiterzuentwickeln. Es gibt viele Bauzonen, wir sprechen sehr viel über Baugeschäfte und wenn es mal gebaut ist, ist es gebaut. Wenn es vergeben ist, ist es vergeben. Die Geschäfte, welche wir abgewickelt haben, überdauern oft 100 Jahre oder mehr. So, wenn wir zum Beispiel Land im Baurecht abgeben, aber auch, wenn wir irgendwelche Parzellen entwickeln und dort Zonenplanungen annehmen. Wir haben jetzt eine riesige Chance und wir haben, wenn wir ehrlich sind, in den letzten vier Jahren in diesem Bereich nur sehr wenig erreicht.

Die Diskussion um das bezahlbare Wohnen dauert schon länger als vier Jahre, doch seit vier Jahren weiss man auch, dass die Bevölkerung diesem Anliegen grundsätzlich wohlgesonnen ist und insbesondere auch griffige Instrumente akzeptiert hat. Und diese müssen zum Einsatz kommen. Wir haben heute nämlich viele Möglichkeiten: Wir haben einerseits – und darauf verweist der Gemeinderat – das eigene Land. Aber gerade beim eigenen Land haben wir beim gemeinnützigen Wohnungsbau relativ konservativ vorwärts gemacht. Doch das alleine reicht nicht aus, da sind wir sogar mit dem Gemeinderat einverstanden: Man muss selbstverständlich auch mit den Grundeigentümern zusammenarbeiten und genau hierfür war ja die Abstimmung. Klar, der Baurechtsartikel 26a besagt, dass Kostenmieten entstehen müssen. Das heisst aber nicht, dass man nicht an Gemeinnützige vergeben darf. Hier hat der Gemeinderat also wirklich eine Möglichkeit, auch mit den Grundeigentümern Verhandlungen zu führen und ins Gespräch zu kommen, weil es so wichtig für Köniz ist. Es ist absolut nicht verboten, wenn es auch nicht zwingend ist, dass man hier mit den Grundeigentümern Lösungen sucht. So viel wie im Immobilienbereich könnt ihr aktuell nirgends verdienen und es ist nicht wahr, dass niemand mehr hier bauen will. Im Gegenteil: Bauen ist extrem attraktiv und als Gemeinde haben wir hier eine Verantwortung, auch das Maximum für die Bevölkerung rauszuholen, weil für diese das Wohnen so wichtig ist.

Das Argument, dass es zu wenige Bauträger, also zu wenige Genossenschaften geben würde, welche dies umsetzen könnten, das sieht man in der Stadt Bern, dass das überhaupt nicht wahr ist. Dort hat sich in den letzten Jahren extrem viel getan und inzwischen gibt es sehr namhafte und grosse Genossenschaften und es können sich auch neue bilden. Genossenschaften sind nicht etwas, welche es seit 20 Jahren geben muss, damit sie das Bauprojekt durchführen können. Im Gegenteil, man sieht, dass sehr viele Leute Interesse daran haben, sich dort auch zu engagieren. Übrigens sehr viel Engagement, welches ehrenamtlich ist.

Land erwerben, auf was der Gemeinderat auch referenziert, ist eine sehr gute Strategie und in keiner Art und Weise eine Kostenstrategie. Das macht Köniz ja heute auch schon. Wir haben den Rahmenkredit und auch wenn wir dies nicht fordern, so wäre es durchaus eine Möglichkeit, dass man diesen Rahmenkredit aufstocken könnte. Aber aktuell haben wir so ein gewisses Budget. Und nochmals: Wenn man Land kauft, dann ist dies keine Ausgabe, sondern ein aktiver Tausch und das ist sehr, sehr wertvoll, denn das Land gewinnt ständig an Wert.

Am Schluss möchte ich noch etwas zur historischen Sicht sagen, welche erklärt, warum Köniz so einen tiefen Genossenschaftsanteil hat. Dort sagt man, dass dies etwas aus der Geschichte entstanden ist und dass wir dies nun mal so akzeptieren müssen. Es ist interessant zu sehen, warum das in Köniz so ist, doch dieser Blick nach hinten sollte man dann sofort wieder mit einem Blick nach vorne ersetzen. Wir haben aktuell Chancen, das zu ändern und mit politischem Willen - weil wir auch die richtigen Instrumente haben - können wir das heute ändern. Die Antwort zeigt für uns vielmehr auf, dass es wirklich notwendig ist, vorwärts zu gehen. Und dass wir noch viel leisten müssen, damit wir hier im Mittelfeld landen und genügend genossenschaftlichen Wohnungsbau haben. Aber auch, dass eine Zielgrösse sehr wichtig ist. Denn ohne diese Zielgrösse, scheint der politische Wille aktuell wirklich zu fehlen. Es braucht einen politischen Willen - auch das sieht man in der Stadt Bern - damit es vorwärtsgehen kann und damit plötzlich Sachen möglich werden, welche jahrelang nicht möglich waren. Darum bitte ich euch, diese Motion der SP anzunehmen. Diese verlangten 10% sind nicht unmöglich, sondern sie sind ein wichtiger Einsatz für die Könizer Bevölkerung, damit bezahlbares Wohnen, aber auch die gemeinsame Entwicklung in unserer Gemeinde, mit mehr Durchmischung und mehr Projekten, bei welchen sich die Leute einbringen können und sich daran erfreuen, Realität wird. Ich bitte euch, stimmt unserer Motion zu.

Fraktionssprecher David Müller, Grüne: Die Forderung der Motion ist im Prinzip ja relativ einfach: Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen ist auf 10% zu erhöhen. Eine Forderung, welche wir von Seiten Grüne/junge Grüne natürlich klar unterstützen.

Die diversen Vorteile hat Tanja Bauer zuvor bereits erläutert, ich denke, darauf muss ich nicht mehr im Detail eingehen und kann das überspringen. Aber: Wohnungen in Kostenmiete ermöglichen insbesondere langfristig preisgünstige Wohnmöglichkeiten. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle bezahlbar sein.

In der Antwort des Gemeinderats erfahren wir diverse spannende Details zur Situation in Köniz. Unter anderem, dass heute erst läppische 2.7% der Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt worden sind. Und obwohl der Gemeinderat gut die diversen Vorteile des gemeinnützigen Wohnungsbaus ausführt, sehen wir bis jetzt kaum Anstrengungen, den Anteil zu erhöhen. Das hat man zum Beispiel auch erst gerade kürzlich beim Rappentöri gesehen, wo man grundsätzlich eine andere Strategie gewählt hat. Aber auch im Weiler Ried oder auch wenn man das Ried als Ganzes anschaut, dann sind dort nur 12% der Wohnungen, bei welchen die Gemeinde ihren Einfluss geltend gemacht hat. Darum fehlt aus Sicht der Grünen in den Erläuterungen des Gemeinderates ein wichtiger Grund für diesen tiefen Anteil: Nämlich der mangelnde politische Wille, welcher bis jetzt hier in Köniz herrscht hat.

Die Einschätzung, dass das geforderte Ziel unmöglich zu erreichen sei, ist in unseren Augen zu fatalistisch. In den nächsten Jahren stehen diverse grössere Planungsvorhaben an, welche die Gemeinde entsprechend steuern kann. Und sich nur auf die gemeindeeigenen Areale zu fokussieren, auch das scheint uns zu mutlos. Auch das Argument, es gebe nicht genügend Wohnbaugenossenschaften, ist in meinen Augen ein Alibi-Argument, denn einerseits hat es auch im Raum Bern immer mehr Genossenschaften und andererseits gab es auch gerade in Olten eine neue Genossenschaft, welche gegründet worden ist und das ist auch nicht eine Stadt wie Zürich, mit einer so grossen Genossenschaftstradition.

Wir sehen darum diesen Vorstoss als Möglichkeit, den Gemeinderat und die Gemeinde als Ganzes zu motivieren, gemeinnützigem Wohnbau künftig eine höhere Priorität zu geben. So oder so sind wir auf die angekündigten Massnahmen im Rahmen der Wohnstrategie gespannt, wie man das gemeinnützige Wohnen fördern will.

In unseren Augen ist aber für eine wirkungsvolle Verbesserung eine Zielgrösse, wie sie im Vorstoss gefordert wird, unabdingbar. Darum wird die Fraktion der Grünen/jungen Grünen diesen Vorstoss einstimmig unterstützen.

Fraktionssprecherin Sandra Röthlisberger, EVP-glp-Mitte: Die EVP-glp-Mitte-Fraktion hat die Motion eingehend diskutiert. Wir teilen im Wesentlichen die Auffassung des Gemeinderats, nämlich, dass die verbindliche Zielsetzung von 10% gemeinnützigen Wohnungen realistischere nicht umsetzbar ist. Wir danken dem Gemeinderat auch für die Einbettung in die Geschichte, die Klärung des Begriff-Wirrwarrs und die Antwort generell.

Wir setzen ebenfalls hohe Erwartungen an die kommende Wohnbaustrategie. Oder eben, in die Wohnstrategie, wie sie laut Fazit unter Punkt 9 neu heisst.

Noch zwei Anmerkungen zur Antwort:

1. Zielsetzung Punkt 5: Bezogen auf den heutigen Gesamtwohnungsbestand müssten rund 1'600 neue gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. Der Gemeinderat vergisst bei dieser Aussage, dass, wenn diese 1'600 Wohnungen gebaut sind, insgesamt 23'600 Wohnungen vorhanden wären. So würden 600 bestehende und 1'600 neue gemeinnützige Wohnungen nicht mehr den 10% aller Wohnungen entsprechen - es würden damit bereits wieder 160 fehlen. Und so weiter und so fort. Diese Klarstellung macht den Vorstoss nicht realistischer, im Gegenteil. Rein mathematisch wäre diese Dynamik in den Griff zu bekommen, punkto Finanzierung allerdings nicht.
2. In seiner Antwort zieht der Gemeinderat leider nicht in Betracht, dass die geeigneten Instrumente aus dem Vorstosstext auch auf Freiwilligkeit beruhen könnten. Sprich, dass institutionelle Bauträger auch preisgünstigen Wohnraum schaffen. So, wie dies übrigens am Thomasweg teilweise passiert, wo eine Anlagestiftung investiert. Der Ansatz ist aber bei einer Anlagestiftung naturgemäss nicht der Verzicht auf Rendite, sondern die Reduktion der Flächen und Volumen. Diese sind nämlich der Kostentreiber. Auch bei der Genossenschaftssiedlung Huebergass in Bern ist dies Programm: Eine 4.5-Zimmerwohnung hat nicht die üblichen 110 m², sondern nur 90 m². Der m²-Preis bleibt gleich, die Miete ist somit aber rund 20% günstiger. Kompakt wohnen – zentrumsnah leben, auf diese Idee kommen eben nicht nur Genossenschaften, liebe Tanja Bauer.

Klar, Genossenschaften hätten den Vorteil, dass Mieterinnen mittels Anteilscheine ihr eigenes Kapital einbringen können. Bei der Berner Huebergass sind dies bei einer 4.5-Zimmerwohnung- CHF 50'000 oder maximal 10% der Anlagekosten gemäss Bundesamt für Wohnungswesen. Rendite auf eigenem Kapital, so verwerflich ist dies nicht - auch im gemeinnützigen Wohnungsbau nicht.

Zurück zum Vorstoss: Die EVP-glp-Mitte-Fraktion steht der Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau nicht ablehnend gegenüber. Es ist aber wie so oft die Frage des Masses, der Finanzierbarkeit und der Verhältnismässigkeit. Wir stimmen dem Antrag vom Gemeinderates zu, die Motion wird abgelehnt und wir würden auch ein Postulat ablehnen.

Fraktionssprecherin Tatjana Rothenbühler, FDP: Ich bedanke mich ebenfalls beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung dieser Motion. Der Antwort ist, wie schon mehrfach erwähnt worden ist, zu entnehmen, dass der aktuell tiefe Anteil der gemeinnützigen Wohnbauträger in Köniz historisch bedingt ist. Und es ist auch interessant zu lesen, dass in Städten wie Zürich, wo Wohn- und Baugenossenschaften viel mehr verankert sind, der Anteil an gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften insgesamt rückläufig ist, obwohl grosse Anstrengungen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnens unternommen werden.

Mit der Philosophie - so wie Tanja Bauer dies dargelegt hat - und mit der ganzen Herleitung haben wir von der FDP.Die Liberalen aber Mühe. Die FDP.Die Liberalen verschliessen sich dem preisgünstigen Wohnen nicht per se. Wir sind jedoch ganz klar dagegen, dass der Anteil von 10% an gemeinnützige Wohnungen an den Wohnbestand der Gemeinde bis 2040 erreicht werden soll, so wie dies die Motionäre fordern. Es muss alles in einem Gleichgewicht zueinanderstehen, verhältnismässig, rechtmässig, so wie dies auch Sandra Röthlisberger zuvor gesagt hat. Preisgünstiges Wohnen soll möglich sein, aber man darf es nicht von Zahlen und Fristen abhängig machen, so wie dies die Motionäre fordern.

Der FDP.Die Liberalen ist der Wirtschaftsstandort Köniz und die Wirtschaftsförderung von Köniz, ein sehr grosses Anliegen. Es sollen kleine, mittlere und grosse Unternehmen nach Köniz ziehen und mit ihnen auch Privatpersonen, welche dort Steuern in die Gemeindekasse fliessen lassen. Insofern wünscht sich die FDP.Die Liberalen, dass Infrastrukturen nicht nur genutzt werden sollen, sondern dass die Nutzenden sich mit ihren Steuergeldern auch an den Infrastrukturkosten beteiligen. Beim gemeinnützigen Wohnungsbau, werden automatisch auch weniger finanzkräftige Mieter angezogen, was legitim ist, aber es muss alles in einem gewissen Gleichgewicht zueinanderstehen.

Und die Gemeinde realisiert derzeit Wohnbauprojekte, in welchen preisgünstige Wohnungen vorgesehen sind, doch es sind keine gemeinnützigen Wohnungen vorgeschrieben. Und die Gemeinde verfügt derzeit schlichtweg nicht über zusätzliche Wohnbauareale.

Um das geforderte Ziel von 10% bis 2040 erreichen zu wollen, müsste in das private Grundeigentum eingegriffen werden, indem private Grundeigentümer zur Erstellung von gemeinnützigem Wohnbau verpflichtet würden. Als liberale Partei, welche das Grundeigentum hochhält, bekunden wir mit diesem Eingriff ins Eigentumsrecht die grösste Mühe. Die andere Möglichkeit wäre, dass die Entwicklung primär auf gemeindeeigenen Parzellen erfolgen müsste, was derzeit gar nicht möglich ist. Wieder müsste zusätzliches Land von Dritten erworben werden, was wiederum eine massive Aufstockung des Rahmenkredits zur Tötigung der Landgeschäfte bedeuten würde. Vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage der Gemeinde erscheint uns die Forderung der Motionäre haltlos und würde die Gemeinde in dieser Hinsicht nur weiter unter Druck setzen.

Viel mehr appellieren wir an euch: Die Gemeinde ist mit einer Richtlinienmotion verpflichtet, eine Wohnbaustrategie zu erarbeiten. Und in dieser Wohnbaustrategie wird sich der Gemeinderat auch zum gemeinnützigem Wohnungsbau äussern. Diese Wohnbaustrategie ist bitte abzuwarten. Die verbindliche Festlegung eines Zielwertes, so wie es die Motionäre fordern, ist nicht sinnvoll und prescht hier vor. Die FDP. Die Liberalen lehnt die Motion einstimmig ab.

Fraktionssprecher David Burren, SVP: Es wurde schon ziemlich viel dafür und dagegen gesagt. Ich möchte hier nur noch ein kurzes Votum halten: Ich will hier unterstreichen, dass unsere Fraktion ganz klar hinter der nachvollziehbaren Antwort des Gemeinderates steht und wir danken in diesem Zusammenhang auch für den ausführlichen und übersichtlichen Bericht.

Für uns wirkt die Zielsetzung dieser Motion, um vielleicht etwas dramatisch zu wirken, fast etwas utopisch. Diese 10% sind so wohl einfach nicht zu erreichen. Im Weiteren stellt sich für mich die Frage, wird jetzt gemeinnütziger Wohnungsraum oder preisgünstiger Wohnungsraum gefordert? Meines Wissens ist das nicht ganz dasselbe.

Weiter verzichte ich hier bewusst auf weitere Erklärungen und Wiederholungen, es wurde schon viel gesagt. Der vorliegende Bericht des Gemeinderates ist sehr ausführlich, fachlich korrekt und widerspiegelt eigentlich unsere Haltung, welche wir hier zu diesem Thema vertreten. Unsere Fraktion wird diesem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen und lehnt diese Motion ab.

Tanja Bauer, SP: Ich gebe es zu, ich bin von dieser Debatte etwas enttäuscht, denn die SP spricht wirklich schon sehr lange über bezahlbaren Wohnungsraum und vor vier Jahren hat die Bevölkerung eine Initiative und den Gegenvorschlag angenommen. Das wären jetzt immerhin vier Jahre gewesen, in welchen man sich auch inhaltlich mit diesem Thema hätte auseinandersetzen können, anstatt einfach immer wieder die gleichen Vorurteile zu wiederholen.

Nochmals das Thema Steuern: Da muss man sich nun mal konkret darum kümmern, was der Steuerertrag pro m2 ist und wo man wirklich etwas verdient, bevor man den "guten" Steuerzahler immer und immer wieder bemüht. Es ist wirklich widerlegt, dass dies nicht stimmt. Auch dass es etwas kostet, dass es für die Gemeinde nicht gut ist. Was machen wir heute, wenn wir beim bezahlbaren Wohnen nicht vorwärtsgehen? Welche Kosten kommen da heute auf? Zum Teil machte mir das FDP-Votum gerade den umgekehrten Eindruck: Wir wollen, dass die Infrastrukturkosten mitgetragen werden und diese nicht schlicht und einfach von Investoren abgeschöpft werden. Auch von Parteien, welche sich so stark gegen Steuern wehren und gleichzeitig kein Problem damit haben, dass solche Gebühren - denn nichts Anderes sind zu hohe Mietzinsen im Grunde - von den Leuten verlangt werden, auch das finde ich enttäuschend. Aber am Meisten enttäuscht mich eigentlich, dass wir so zögerlich vorwärtsgehen, auch gerade von der Mitte. Denn wir machen *jetzt* die grossen Bauprojekte und wir haben die letzten vier Jahre schon sehr mutlos agiert. Es scheint mir, dass wir nicht nochmals vier Jahre Zeit haben, um uns mit der Thematik auseinander zu setzen, sondern dass wir in den nächsten Projekten wirklich vorwärtskommen müssen und dass wir dies auch können.

Und dafür müssen wir diesen Artikel auch anwenden. Das Volk hat "ja" zu diesem Artikel gesagt und damit "ja", dass man einen Eingriff ins Eigentum macht. Darum gibt es diesen Artikel heute. Ich bin der Meinung, dass wir nicht wieder bei null beginnen sollten, sondern dort ansetzen sollten, wo wir einen Konsens haben, wo es einen Volkswillen gibt, um hier vorwärts zu machen. Wir entwickeln Köniz und das sollte für die Bevölkerung sein und es sollte für eine gute Vision von Köniz sein.

Zum Schluss möchte ich noch kurz sagen: Es wurde nun trotzdem wieder von Kostenmiete und Gemeinnützigkeit durcheinandergesprochen. Es geht in diesem Vorstoss um gemeinnützigen Wohnungsbau.

Ganz speziell geht es darum, dass man Organisationen unterstützt, welche nicht renditeorientiert sind, welche für das Wohnen bauen, für die Wahrung dieses Grundbedürfnisses und wo Menschen gemeinsam bestimmen können, wie Wohneigentum aussehen soll. Und nicht, dass man Renditeanbietern für einige Wohnungen sagt, dass sie dort keine Rendite abschöpfen dürfen. Diese Vision ist also grösser und darum geht es in diesem Vorstoss. Darum ein Köniz zusammen zu entwickeln – eben für Alle, statt für Wenige.

Gemeinderat Christian Burren: Nach dem flammenden Wahlkampfvotum von Tanja Bauer kann ich das nicht ganz alles so stehen lassen.

Endlich über gemeinnützigen Wohnungsbau sprechen: Ich glaube, Tanja Bauer, da musst du mir Recht geben, das kann man so nicht einfach sagen. Wir haben in der Vergangenheit häufig bei jeder sich bietenden Gelegenheit über den gemeinnützigen Wohnungsbau gesprochen. Da kommt mir zum Beispiel die Debatte über die Überbauungsordnung im Weiler Ried in den Sinn, das haben wir sicherlich gemacht.

Dann der Vorwurf, wir hätten kein Ziel definiert: Die Motion fordert 10%, wir haben dies in der Antwort geschrieben, das ist wirklich beinahe utopisch. Wenn wir wissen, dass wir zwischen 160 und 170 Wohnungen pro Jahr im Durchschnitt gebaut haben und man weiss, wie viel es bräuchte, damit man dieses Ziel von 10% erreicht, dann ist dies unrealistisch. Die Wohnstrategie, welche der Gemeinderat diskutiert und verabschiedet hat, dort ist sehr wohl ein Ziel enthalten, doch sicherlich nicht diese 10% - diese sind illusorisch.

Das wir in den letzten vier Jahren wenig erreicht haben: Ich glaube, im Gemeinnützigen, ja. Die Nachfrage von gemeinnützigen Institutionen war relativ gering, das ist so. Doch preisgünstig – und ich kenne den Unterschied sehr wohl – dort hat verschiedenes in den letzten vier Jahren stattgefunden.

Man bemüht ja ständig die Vorzeigestadt Zürich, wenn es um den gemeinnützigen Wohnungsbau geht. Einfach nur so als Vergleich: Diese haben in den letzten zehn Jahren den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen gerademal um 0.5% steigern können. Und hier in Köniz wäre die Forderung der Motion das zehnfache. Nur, damit man den Vergleich hat, ob das überhaupt möglich ist. Und ob man dies bei den Privaten dann auch durchsetzen könnte, das ist noch die andere Frage. Selbst wenn wir den neuen Artikel 51 des neuen Baureglements, welcher jetzt rechtskräftig ist, bemühen. Ich glaube, alles in Allem, ist dieser Vorstoss gut gemeint, schiesst jedoch mit diesen 10% weit über das Ziel hinaus. Und darum bitte ich euch, diesem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung dieser Motion auch Folge zu leisten.

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff: Ich halte fest, dass Lucas Brönnimann bei der Abstimmung nicht anwesend ist, somit sind wir 33 Parlamentsmitglieder und immer noch beschlussfähig.

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 18 ablehnen, 15 erheblich erklären)

PAR 2021/90

V2113 Motion (SVP) „Erhöhung der Liegenschaftssteuer ist dem Volk vorzulegen“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung dafür zu sorgen, dass eine allfällige Erhöhung der Liegenschaftssteuer zwingend eine Volksabstimmung bedingt. Neu soll nicht nur bei einer Erhöhung des Steuersatzes der obligatorischen Steuern, sondern auch wenn “nur” der Liegenschaftssteuersatz erhöht werden soll, die Könizer Stimmbevölkerung über das gesamte Paket (Budget, obligatorischer Gemeindesteuersatz und Liegenschaftssteuersatz) entscheiden können.

Es ist zu klären ob dafür zwingend eine Änderung der Gemeindeordnung nötig ist oder ob dieses Ziel auch auf anderem Weg, Beispielsweis mittels einer Verordnung erreicht werden kann. Falls eine Änderung der Gemeindeordnung nötig ist, soll der Gemeinderat dem Parlament und dem Volk eine Änderung vorlegen.

Begründung

Das kantonale Recht sieht vor, dass die Liegenschaftssteuer aufgrund von Artikel 261 des Steuergesetzes ans Budget und an die obligatorischen Steuern gekoppelt sind. Somit werden immer drei Sachen zusammen vom gleichen Organ beschlossen:

- Budget
- Obligatorische Steuern
- Liegenschaftssteuer.

Welches Organ, dass zuständig ist, entscheidet die Gemeindeordnung. Aktuell bestimmen die obligatorischen Gemeindesteuern, ob das Paket vom Parlament oder durch eine Volksabstimmung beschlossen wird. Dadurch können Gemeinderat und Parlament, wenn Gemeindesteuersatz nicht erhöht wird, ohne Einverständnis der Stimmbevölkerung einseitig die Liegenschaftssteuer erhöhen.

Die SVP Fraktion empfindet diese Bestimmung als Hintertüre, um einen Entscheid von grosser Tragweite, hinter dem Rücken der Stimmbevölkerung zu fällen. Dies soll zukünftig nicht mehr möglich sein.

Eingereicht

15. März 2021

Unterschrieben von 14 Parlamentsmitglieder

Reto Zbinden, Kathrin Gilgen, Lydia Feller, Iris Widmer, Florian Moser, Matthias Müller, Burren David, Fritz Hänni, Roland Akeret, Dominic Amacher, Adrian Burkhalter, Mike Lauper, Casimir von Arx, Heidi Eberhard

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (vgl. Motionsprüfung, Beilage 1).

2. Ausgangslage

Das Parlament beschliesst jährlich zusammen mit der Budgetgenehmigung die ordentliche Gemeindesteuer sowie die Liegenschaftssteuer. Die rechtlichen Grundlagen zur Beschlussfassung sind in der Gemeindeordnung der Gemeinde Köniz geregelt (Art. 33, Art. 45 und Art. 46). Eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer bedingt heute nicht zwingend eine Volksabstimmung und müsste in der Gemeindeordnung neu geregelt werden.

3. Rechtliche Grundlagen

Die Kompetenzen in Zusammenhang mit den obligatorischen Steuern und der Liegenschaftssteuer sind in der Gemeindeordnung geregelt (Art. 33, 45, 46). Um das Ziel der Motion zu erreichen, muss die Gemeindeordnung geändert werden; es gibt keine andere Möglichkeit. Das heisst, dass für die Änderung der Kompetenzen eine Volksabstimmung erforderlich wäre.

Soweit ersichtlich wäre die Forderung der Motion mit dem übergeordneten Recht vereinbar. Das kantonale Recht verlangt, dass das ganze Paket (Budget; Anlage der obligatorischen Steuern; Satz der Liegenschaftssteuer) gemeinsam vom gleichen Organ beschlossen wird und dass mindestens das fakultative Referendum offensteht (Art. 23 Gemeindegesetz; Art. 68 Gemeindeverordnung; Art. 261 Steuergesetz).

Inhaltlich wäre die Änderung verhältnismässig klein: Es würde genügen, in den genannten Artikeln 33, 45 und 46 jeweils den Einleitungssatz zu ändern, so dass es für die Frage, welches Organ über das ganze Paket beschliesst, nicht nur auf die Anlage der obligatorischen Steuern ankäme, sondern neu auch auf die Anlage der Liegenschaftssteuer. Einzelheiten der Formulierung wären noch abzuklären (es müsste beispielsweise auf den Fall eingegangen werden, dass die eine Anlage steigen, aber die andere sinken soll).

4. Vergleich mit grössten bernischen Gemeinden

Im Quervergleich zu den sechs grössten bernischen Gemeinden sieht die Situation folgendermassen aus:

- In zwei Gemeinden gibt es jedes Jahr eine Volksabstimmung über Budget, Steueranlage und Liegenschaftssteuer, auch wenn sich nichts ändert. (Bern, Biel).
- In zwei Gemeinden beschliesst das Volk über Budget, Steueranlage und Liegenschaftssteuer, wenn sich an der Steueranlage der obligatorischen Steuern etwas ändern soll. Wenn sich diese Steueranlage nicht ändern soll, entscheidet das Parlament. (Thun, Burgdorf).
- In einer Gemeinde beschliesst immer das Parlament über Budget, Steueranlage und Liegenschaftssteuer, ausser es werde das fakultative Referendum ergriffen. (Ostermundigen).
- Irrtum vorbehalten ändert sich in keiner der genannten Gemeinden etwas an den Kompetenzen, wenn allein die Liegenschaftssteuer geändert wird.

5. Fazit

Mit der Umsetzung der Forderung der Motion wäre die Zuständigkeit für die Erhöhung der Liegenschaftssteuern beim gleichen Organ – also der Stimmbevölkerung – wie bei den ordentlichen Steuern. Aus Sicht des Gemeinderates ist es angezeigt, diese beiden Steueranlagen gleich zu behandeln und somit die Zuständigkeit zur Erhöhung der Liegenschaftssteuern auch der Stimmbevölkerung zu übertragen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 07.07.2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 25.03.2021

Diskussion

Erstunterzeichner Reto Zbinden, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die kurze und knappe, aber auch sehr positive Antwort. Diese Antwort reicht völlig aus und ist im Sinn einer effizienten Vorstossbeantwortung sogar zu begrüßen. Ich werde mich darum auch kurz fassen. Vorab möchte ich

betonen, dass es hier nur um eine Kompetenzregelung geht. Wir diskutieren also lediglich über den Mechanismus zur Änderung des Liegenschaftssteuersatzes und nicht über dessen Höhe. Darum lasse ich alle Argumente gegen eine Liegenschaftssteuerrhöhung weg und hoffe, ihr macht das gleiche, damit wir hier nur über den Mechanismus sprechen und nicht über die Höhe des Liegenschaftssteuersatzes.

Wir haben in der Gemeindeordnung eine formale Hintertür eingebaut, dass man die Liegenschaftsteuer einseitig erhöhen kann, ohne dass das Volk dazu etwas zu sagen hat. Das ist nicht fair. Ich bin auch nicht sicher, ob man dies wirklich so beabsichtigt hat. Ich war damals noch nicht im Parlament, doch denke ich, dass man dies so nicht wollte. Das zeigen auch frühere Diskussionen im Parlament und in der Finanzkommission. Und auch die Antwort des Gemeinderates lässt darauf schliessen, dass dies eher ungewollt so beschlossen wurde. Darum ist es nichts als richtig, dies zu korrigieren und dem Volk in allen Steuerfragen das letzte Wort zu geben. Ich weiss, dass dies bei der Hundesteuer nicht so ist, doch damit können wohl alle leben.

Vermutlich war man sich dessen auch im Parlament nicht bewusst, es steht nämlich auch im Vergleich mit anderen Gemeinden völlig quer. Auch das kann der Antwort des Gemeinderates entnommen werden. Es kann aus ideologischen Gründen nicht sein, dass man sich hier quer stellt und dem Stimmvolk sein Recht verwehrt, das würde ich hier sehr schade finden und auch nicht opportun. Der Aufwand, um dies zu korrigieren, ist überschaubar und das hat der Gemeinderat sehr gut festgehalten. Ich danke auch für die Abklärungen, ob es einen anderen Weg gegeben hätte, aber nein, es braucht eine kleine Änderung in der Gemeindeordnung und es sind noch weitere Vorstösse in der Bearbeitung, welche noch eine solche Änderung bedingen würden. Und vielleicht könnte man dies vielleicht sogar kombinieren.

Ich bitte euch darum für Fairness zu stimmen und dem Gemeinderatsantrag zu folgen.

Fraktionssprecherin Iris Widmer, Grüne: Es ist klar, jede Steuererhöhung gehört vor das Volk. So kann man durchaus argumentieren. Und wenn in Köniz die Steueranlage für die Einkommenssteuer vor das Volk kommt, dann kommt die Steueranlage für die Liegenschaftsteuer auch ganz automatisch vor das Volk. Es gibt ja auch Gemeinden, welche jedes Budget mit jeder Steueranlage jedes Jahr vor das Volk bringen.

Man kann sich aber durchaus fragen, ob die Erhöhung der Liegenschaftsteuer wirklich vor das Volk muss, beziehungsweise, ob das Sinn macht. Die Liegenschaftsteuer ist eine Steuer, welche nicht alle gleichermassen trifft, es trifft ausschliesslich die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer. Der Liegenschaftssteuersatz ist zudem in einem begrenzten Promillebereich durch das übergeordnete Recht in einen engen Rahmen gesetzt worden. Es sind sicher nicht alle Liegenschaftsbesitzende reich, doch die Steuer scheint auch nicht so gross zu sein, dass sie zu untragbaren finanziellen Belastungen führen würde. Wir hier im Parlament, wir repräsentieren das Volk. Wir bilden die Bevölkerung ab, wir können also durchaus auch vertreten, dass das Parlament hier bestens legitimiert ist, darüber zu entscheiden, wie hoch diese Steueranlage sein soll.

Zentral bei der Liegenschaftsteuer ist, dass sich das Volk bereits zur Höhe des Steuersatzes geäussert hat. Art. 261 Abs. 2 des bernischen Steuergesetzes regelt ja, dass der Steuersatz höchstens 1.5 Promille des amtlichen Wertes betragen darf. Dieses Gesetz ist per 1. Januar 2001 in Kraft getreten und unterstand dem obligatorischen Referendum. Mit anderen Worten: Das Volk hat sich grundsätzlich zu einem Steuersatz von 1.5 Promille befürwortend ausgesprochen. Das ist demokratisch legitimiert und das ist fair und man kann jetzt nicht sagen, dass sei nicht fair. Es ist demokratisch legitimiert und man kann auch ganz gut sagen, dass es völlig unnötig ist, dass man jetzt auf Gemeindeebene nochmals darüber abstimmen muss, wie hoch der Steuersatz in diesem sehr engen Rahmen wirklich sein sollte.

Die Grüne-Fraktion ist noch nicht entschieden, sie will sich zuerst die Voten der übrigen Fraktionen anhören und ich werde dann nach den Voten und nach der Antwort des Gemeinderates einen Sitzungsunterbruch beantragen.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP: Dass die FDP keinen Gefallen an der Liegenschaftsteuer findet, daran hat sich bis heute nichts geändert und daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Es bleibt ein alter Zopf: Jede Berechtigung ist mehr als hinterfragbar. Sie dient nur noch dem Zweck der Mittelbeschaffung, notabene ohne irgendwelche Gegenleistungen. Aber die Gemeinde Köniz erhebt die fakultative Liegenschaftsteuer nun mal. Sicher zur Freude aller andersfarbigen Fraktionen – grün wissen wir nicht genau, aber sehr wahrscheinlich rot – hier im Parlament, welche immer wieder diese mittelbringende Steuer heraufschrauben wollen. Doch wie gesagt, nicht zur Freude der FDP.

Es gibt sie also noch, diese Liegenschaftsteuer und mit der vorliegenden Motion machen wir uns Gedanken, wer über eine allfällige Erhöhung entscheiden können soll. Inhaltlich kann die FDP den Argumenten der Motionäre folgen und die Antwort des Gemeinderats nachvollziehen. Auch wir sehen keinen Grund die beiden Steueranlagen betreffend Zuständigkeit unterschiedlich zu behandeln und vor allem auch, weil die FDP mehr Vertrauen ins Augenmass des Volkes hat, als in das, gewisser Couleurs im Parlament, stimmt die Fraktion FDP unter der Prämisse "Wahrung der Einheit der Materie" dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu und wir erklären die Motion erheblich.

Fraktionssprecher Roland Akeret, EVP-glp-Mitte: So viel vorweg: Die Mitte-Fraktion aus glp, EVP und Mitte hat zum vorliegenden Vorstoss Stimmfreiheit beschlossen. Für den Vorschlag spricht, dass die heutigen Kompetenzen für die Steuererhöhung nicht für alle Steuerarten am gleichen Ort angesiedelt sind und die Übertragung das vereinheitlichen würde. Auch würde mit dem Vorschlag das Volksrecht ausgebaut. Im Gegenzug würde das Parlament eine Kompetenz verlieren und es gibt tatsächlich wichtigere Sachen, als diese Liegenschaftsteuer, welche in Parlamentskompetenz liegen und nicht dem Volk vorgelegt werden müssen.

Nicht so klar ist, ob die Motion den Liegenschaftseigentümerinnen und –eigentümer wirklich hilft. Es kann sein, dass das Parlament schnell zu einer Liegenschaftssteuerrhöhung greift, wenn es die abschliessende Verantwortung dafür nicht mehr tragen muss. Auch haben Mieterinnen und Mieter unter den Stimmberechtigten vielleicht gar nichts gegen eine solche Liegenschaftssteuerrhöhung. Schlussendlich hat die Fraktion über die grundsätzliche Berechtigung einer Liegenschaftsteuer diskutiert und genau diese Frage, diese stellt die Motion leider nicht.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti, SP: Was ist besser Parlament oder Gemeindeversammlung? Diese Frage kann nie abschliessend beantwortet werden und ist für jede Gemeinde verschieden. Doch wie würde wohl eine Gemeindeversammlung in Köniz aussehen? Wäre diese noch demokratisch, könnte man diese noch vertreten?

In den letzten Jahren haben wir hier immer wieder über viele Vorstösse diskutiert, welche das Parlament stärken sollen, wie zum Beispiel eine parlamentarische Initiative, eine Hoch- und Tiefbaukommission oder die Stärkung der Fachstelle Parlament. Dabei hatte ich das Gefühl, dass der Gemeinderat immer eher etwas kritisch war. Nun diskutieren wir hier aber über eine Motion, welche dem Parlament Kompetenzen wieder wegnimmt. Da ist der Gemeinderat dafür.

Mit der befristeten Steuererhöhung sind wir nahe daran, das Volk gleich jährlich über das Budget abstimmen zu lassen und nun soll auch noch die Liegenschaftsteuer vom Volk entschieden werden. Dann können wir die Budgetkompetenz des Parlaments dem Volk auch gleich ganz abgeben und damit auch gleich die Verantwortung. Und wenn wir schon dabei sind: Was wollen wir als Parlament denn noch gleich?

Hier ist die SP ganz klar dagegen. Die SP-Fraktion steht klar hinter dem Parlament und ist der Meinung, dass alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier Verantwortung für die Gemeinde Köniz übernehmen müssen, denn dafür sind wir als Volksvertreter gewählt. Wir sind klar dagegen, dass Aufgaben des Parlaments weggenommen und dem Gemeinderat oder dem Volk delegiert werden und lehnen diese Motion aus diesem Grund ab.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger: Zuerst vielen Dank Reto Zbinden für die Anerkennung der kurzen Antwort, wir können das also auch.

Der Auftrag war, einerseits zu schauen, was es bedingen würde. Da war die Antwort darauf, dass es eine Änderung der Gemeindeordnung braucht. Und das Andere war aufzuzeigen, was es denn bedeuten würde. Aus Sicht des Gemeinderates – ihr konntet es lesen – ist es angezeigt, dass beide Steueranlagen gleich zu behandeln sind, also sowohl die ordentlichen Steuern, wie auch die Liegenschaftsteuern sollen durch die Stimmbevölkerung beschlossen werden. Und da muss ich mich gegen die SP wehren, welche hier fand, dass wenn es darum geht, dem Parlament Kompetenzen wegzunehmen, dann ist der Gemeinderat dafür, sonst sei er immer dagegen. Das ist eine Unterstellung und das ist nicht so. Man ist hier wirklich der Auffassung, dass es sinnvoll ist, wenn das vom gleichen Organ beschlossen wird, da es sich ja beide Male um Steueranlagen handelt. Dies soweit von meiner Seite. Ansonsten gibt es zu euren Voten von meiner Seite her nichts zu ergänzen. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde noch ein Sitzungsunterbruch verlangt, dann würde ich mich allenfalls danach nochmals äussern.

Beschluss Sitzungsunterbruch

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zu.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Fortsetzung Diskussion

Iris Widmer, Grüne: Vielen Dank für den Sitzungsunterbruch, wir haben uns in der Pause nochmals besprochen. Wir wollen zu Handen des Protokolls nochmals klar festhalten, dass unsere ablehnende Haltung – zu diesem Schluss sind wir gekommen – zu dieser Motion sich nicht strategisch begründen lässt, sondern vom Umstand herrührt, dass im bernischen Steuergesetz der Rahmen vorgegeben ist und dass das bernische Steuergesetz dem obligatorischen Referendum unterstanden ist. Das heisst, dass das Volk darüber abgestimmt hat und den Rahmen vorgegeben hat. Das heisst, der Steuersatz von 1.5 Promille ist damit hinreichend legitimiert und es ist nicht undemokratisch, wenn wir jetzt in der Gemeinde nicht darüber abstimmen lassen. Und darum werden wir die Motion ablehnen.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.
(Abstimmungsergebnis: 17 erheblich erklären, 17 ablehnen: Stichentscheid Parlamentspräsidentin: erheblich erklärt)

PAR 2021/91

V2104 Postulat (SP) „Online-Unterricht für immungeschwächte und schwerkranke Schülerinnen und Schüler“

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen,

1. wie Schülerinnen und Schüler mit einem relevant eingeschränkten Immunsystem die Teilnahme am obligatorischen Schulunterricht in ihrer Stammklasse während der COVID-19 Pandemie online ermöglicht werden kann.
2. wie nach Abflachung der COVID-19 Pandemie Online-Unterricht für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer schweren chronischen Erkrankung nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, ermöglicht wird. Dabei soll aufgezeigt werden, wo mit bestehenden Angeboten (z. B. Projekt Vediamo; Patientenschule Inselspital) zusammengearbeitet werden kann, wie die Lehrpersonen unterstützt werden und welche Infrastruktur (bestehend und neu) notwendig ist. Datenschutzrechtliche Aspekte sind ebenfalls einzubeziehen.

Begründung

Kinder und Jugendliche mit einer chronischen Erkrankung fehlen häufig und immer wieder über längere Zeit im Unterricht. Neben dem unterbrochenen Lernprozess und Lücken im Unterrichtsstoff sind die Kinder und Jugendlichen in dieser Zeit aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld herausgerissen. Sie verlieren den Anschluss zu ihren Mitschülerinnen und -schülern. Gerade für Jugendliche ist die Peer-Group entwicklungspsychologisch besonders relevant. Der Online-Unterricht in ihrer Stammklasse als eine Art Hybridform hilft nicht nur die Lücken im Unterrichtsstoff schliessen, sondern verringert auch die soziale Isolation der Betroffenen.

Die COVID-19-Pandemie beleuchtet die Thematik neu. So hatten im Lockdown letztes Jahr viele erkrankte Jugendliche und Kinder plötzlich die Möglichkeit, wieder am Unterricht teilzunehmen und erhielten alle Materialien schnell. Genau dies war für die betroffenen Familien vorher ein grosser zusätzlicher Aufwand in einer bereits schwierigen Situation.

Der obligatorische Präsenzunterricht ist seit dem Frühsommer 2020 für viele Schülerinnen und Schüler wieder Alltag. Doch bleiben häufig Kinder mit einem relevant eingeschränkten Immunsystem durch Krankschreibungen der Schule fern, auch wenn im Kindesalter keine Risikogruppe in der COVID-19-Pandemie besteht. Gerade deshalb sind die Ressourcen des Projektes Vediamo* durch die Pandemie seit Monaten mehr als ausgelastet.

Langfristig müssen die aktuellen Erfahrungen mit Online- und Hybrid-Unterricht genutzt werden, damit Schülerinnen und Schüler mit schweren chronischen Erkrankungen den Unterricht in ihrer Stammklasse nicht verpassen. Die betroffenen Familien können dadurch entlastet werden.

Die Prüfung des Postulats ist wichtig, da die Gemeinde Köniz den obligatorischen Schulunterricht für alle Schülerinnen und Schüler gewährleisten muss und ein entsprechendes Angebot die Lebensqualität der betroffenen Kinder und Jugendlichen relevant erhöhen würde.

15. März 2021

Cathrine Liechti

* Vediamo stellt durch die Swisscom die Infrastruktur für die online Teilnahme am Unterricht in der Stammklasse für Kinder im Spital zur Verfügung.

Eingereicht

15. März 2021

Unterschrieben von 18 Parlamentsmitgliedern

Cathrine Liechti, Lydia Feller, Iris Widmer, David Müller, Ruedi Lüthi, Dominique Bühler, Katja Niederhauser, Claudia Cepeda, Simon Stocker, Christian Roth, Roland Akeret, Franziska Adam, Kathrin Gilgen, Christina Aebischer, Käthi von Wartburg, Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Andreas Lanz

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Die Pandemie führte im Frühjahr 2020 zum Unterbruch des Präsenzunterrichts an Schulen und dem notfallmässigen Bedarf, Fernunterricht durchzuführen. In kurzer Zeit musste Fernunterricht organisiert und entwickelt werden, damit die Schülerinnen und Schüler (SuS) gefördert werden konnten. Neben dem deutlichen Mehraufwand für alle Beteiligten, speziell für die Lehrpersonen, wurden durch diesen Lockdown aber weitere Schwachpunkte und Risiken, jedoch auch Chancen erkannt, die es nun für die Zukunft entweder zu vermeiden oder dann zu fördern gilt.

Der Fernunterricht ist eine Notlösung – und wird es in absehbarer Zeit so auch bleiben. Er ist gemäss Bildungs- und Kulturdirektion Bern (BKD) aktuell keine offizielle Unterrichtsform. Wenn SuS vor der Pandemie über längere Zeit krankgeschrieben waren und den Unterricht nicht vor Ort miterleben konnten, sahen die Einzellösungen in der Regel wie folgt aus:

Eltern und/oder Mitschülerinnen / Mitschüler brachten den krankgeschriebenen SuS die Lerninhalte / Hausaufgaben mit einem Auftrag nach Hause und brachten später das Erledigte dann wieder in die Schule zurück bzw. holten es später dann zuhause der Schule wieder ab.

Mit dem Lockdown während der Pandemie kam alles anders. Alle waren zu Hause, die Schule war offiziell geschlossen (für einige SuS, vor allem jüngere, die nicht alleine zuhause gelassen werden konnten, wurde bei Bedarf im Schulhaus eine Notbetreuung eingerichtet). Schnell konnten – vor allem für die älteren SuS – erste Angebote bereitgestellt und genutzt werden.

Nach den ersten Auswertungen der gemachten Erfahrungen während des Lockdown in der Schweiz und in anderen europäischen Staaten kann u.a. sicher Folgendes festgehalten werden (nicht abschliessend, s. auch Antworten zur Interpellation V2018 «Erfahrungen aus dem Fernunterricht an den Schulen Köniz»):

Fernunterricht

- verlangt von den SuS mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, was – u.a. altersabhängig – mehr oder weniger gut gelingt. Hier spielt nicht nur das familiäre Umfeld eine Rolle, sondern es hängt auch davon ab, wie stark selbständiges Lernen bereits im Präsenzunterricht gefördert wurde.
- kann bei SuS zu einem grösseren Lernerfolg führen, da sie die Inhalte ihrem Tempo und Niveau entsprechend verarbeiten können.
- kann die Fähigkeit zum selbstgesteuerten Lernen stärken, in dem sich die SuS selbst organisieren und im Idealfall Verantwortung für ihr Lernen übernehmen müssen.
- fordert die Eltern in einem weitaus stärkeren Mass bei der Unterstützung der Kinder zuhause als bisher.
- kann auch in bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund zu Problemen führen, sei es in Bezug auf die nur bedingt mögliche Unterstützung durch das Elternhaus oder auch hinsichtlich der vorhandenen Infrastruktur.
- führt dazu, dass das soziale und kooperative Lernen – im Präsenzunterricht allgegenwärtig – zu kurz kommt und auch keine sozialen Kontakte gepflegt werden können.

2. Online-Unterricht für SuS mit einem relevant eingeschränkten Immunsystem in der Stammklasse während der Covid-19 - Pandemie

Die DBS kann die Intention des Postulats nachvollziehen und unterstützt es, haben die Schulen doch während des Lockdown erste Erfahrungen mit dem Fernunterricht in einem grösseren Umfang machen können. Auch wurden dabei neben gewissen Vorteilen und Chancen auch vorhandene Defizite und Schwächen erkannt. Die Erkenntnis, dass für SuS mit einem relevant eingeschränkten Immunsystem das Bedürfnis besteht, aktiv am Unterricht teilnehmen und auch die sozialen Kontakte mit der Klasse und der Lehrperson in einem gewissen Masse pflegen zu können, wurde dabei allen auch wieder stärker ins Bewusstsein gerufen.

Die Könizer Schulen gaben – wo möglich – einzelne Geräte den SuS mit, damit dann zu den vereinbarten Zeiten alle miteinander kommunizieren konnten. Im Falle einer Schülerin, die der titelvermerkten Kategorie zugeordnet werden kann, trug das Mädchen via Internet der Klasse erfolgreich einen Musikvortrag vor.

In diesem Bereich steckt heute noch viel Potenzial – nicht nur in Köniz. Das so genannte «Blended Learning», das die Kombination von computergestütztem Lernen (z.B. über das Internet) und klassischem Unterricht umschreibt, steckt aktuell aber in den meisten Ländern noch in den Kinderschuhen.

Einerseits fehlt es an der notwendigen Infrastruktur, andererseits fehlt es auch an entsprechenden Lehrmitteln und Unterstützung der Lehrpersonen. Dass die Umsetzung der Lerninhalte des bisher auf dem interaktiven Präsenzunterricht fussenden Unterrichts auf eine elektronische Ebene mit einem grossen Aufwand von Seiten der Lehrpersonen verbunden ist, leuchtet ein. Hier muss die Frage der Leistbarkeit des Zusatzaufwandes durch die Lehrpersonen ins Zentrum gerückt werden. Gemäss Auskunft der BKD müssen entsprechende Anfragen in Bezug auf Entlastungsmöglichkeiten der Lehrpersonen individuell betrachtet werden. Entsprechende Anfragen können auf dem Dienstweg (LP – SL – BSS – Kanton) unter Beilage einer ärztlichen Bescheinigung und einer Krankschreibung mit der entsprechenden Empfehlung ans Inspektorat gerichtet werden. Dieses beurteilt dann von Fall zu Fall über allfällige Entlastungsmöglichkeiten.

In den Könizer Schulen wird derzeit Office 365 mit «Teams» verwendet, das die Bedürfnisse während des Lockdown abdecken konnte und über das IZ administriert wird.

Die im Postulat erwähnte Kommunikationslösung «Vediamo» bringt für Köniz keinen grossen Nutzen, da die von einem Drittanbieter verwalteten Geräte mit grösster Wahrscheinlichkeit Probleme mit den vorhandenen Schnittstellen verursachen würden. In Köniz werden über die Active Directory Lösung das Access Management, die Integration der SuS-Geräte in die physische Umgebung (WLAN) sowie der Zugang gesteuert. Geräte, die von ausserhalb kommen, verursachen hier Probleme, die im Vorfeld, verbunden mit einem erheblichen Aufwand, gelöst werden müssten. Hinzu kommt, dass das bei

«Vediamo» verwendete «Skype for Business» veraltet ist und gemäss Ankündigung von Microsoft per 31.07.2021 eingestellt und durch Teams ersetzt wird.

Bei den derzeit noch eingesetzten alten Notebooks gibt es allerdings Einschränkungen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Geräte, sei es von der Prozessorleistung her oder auch in Bezug auf die Multimediafähigkeit. Eine Besserung wird hier erst die Umsetzung der 1to1 – Lösung bringen. Startend mit den 7. Klassen werden ab diesem Sommer Geräte angeschafft, die den SuS abgegeben werden und nach 3 Jahren (nach der 9. Klasse) dann für 2 Jahre an die 5./6. Klassen weitergegeben werden. Damit wird ein 5-jähriger Lebenszyklus der Geräte erreicht.

Ebenfalls wird ab diesem Sommer die Leistung der Bandbreite in den Schulen massiv erhöht. Mit der bisherigen Lösung der Swisscom (Schulen ans Internet) stand pro gesamter Schule eine maximale Bandbreite von 100 Mbit (best effort) zur Verfügung, was sich bei einer starken Beanspruchung des Netzes durch lange Ladezeiten und verzögerten Bildaufbau ("tröpfchenweise") etc. bemerkbar machte. Neu steht hier den Schulen eine Bandbreite von 1 Gbit zur Verfügung. Ebenfalls ist man daran, die in grossen Schulen teilweise noch problembehaftete WLAN-Abdeckung zu verbessern, damit die Schulen in diesem Bereich besser für die Zukunft gerüstet sein werden.

3. Online-Unterricht für Kinder mit schweren chronischen Erkrankungen nach der Covid-19 - Pandemie

Als Lösung für einen praktikablen Online-Unterricht mit schweren chronischen Erkrankungen nach der Covid-19 – Pandemie kommt eigentlich nur die z.T. bereits heute praktizierte Handhabung in Frage.

Für die wenigen SuS (durchschnittlich ca. 2-3 Fälle pro Jahr), die von einer schweren chronischen Erkrankung betroffen sind, werden zwecks Teilnahme am Präsenzunterricht oder an Teams-Sitzungen Geräte, die via IZ ins Schulnetzwerk eingebunden sind, temporär abgegeben. Zusammen mit dem Rahmenvertrag von Educa (Office 365) und dem Betrieb des Netzwerkes durch das IZ kann damit gleichzeitig auch die Frage des Datenschutzes gelöst werden.

Die Unterstützung der Lehrpersonen ist ein derzeit noch offener Punkt, der aber von Seiten der BKD gelöst werden muss. Hier wird jeder Fall einzeln betrachtet und dann entschieden. Von der Lehrerschaft darf aber sicher behauptet werden, dass hier die Bereitschaft zur Unterstützung von chronisch kranken SuS vorhanden ist. Allerdings müssen vor einer institutionalisierten Unterstützung der betroffenen SuS die flankierenden (Entlastungs-)Massnahmen von Seiten des Kantons geklärt sein.

Solange keine flächendeckende 1to1 – Lösung (ab 5. Klasse) besteht, bedarf es pro Schuleinheit (Sternenberg, Wangental, Schliern, OZK, Buchsee, Spiegel, Hessgut, Steinhölzli, Wabern Dorf/Wandermatte/Zündhölzli und Wabern Morillon) zusätzlicher Infrastruktur.

Es müssten angeschafft werden: 2 Notebooks (1x für Lehrperson, 1x für SuS), 1 externe Kamera, 1 externes Mikrofon.

4. Finanzen

Die oben beschriebene Beschaffung würde pro Schuleinheit Kosten von rund CHF 1'400.- auslösen (Total: CHF 14'000.-). Angedacht ist, dass das benötigte Material bei einem grösseren Bedarf in einer Schuleinheit bei anderen Schulen ausgeliehen werden könnte. Die Frage der Finanzierung ist derzeit in Abklärung (z.B. Spezialfinanzierung Teilautonome Volksschule Köniz).

5. Fazit

Der Gemeinderat empfiehlt dem Parlament, das Postulat als erheblich zu erklären, und aufgrund der getätigten Abklärungen gleichzeitig abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Postulat wird erheblich erklärt.

2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 7.7.2021

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Keine

Diskussion

Erstunterzeichnerin Cathrine Liechti, SP: Kinder und Jugendliche mit chronischen Krankheiten sind oft von gleichaltrigen abgeschnitten und hinken in der Schule hinterher. Gerade deshalb ist es wichtig, dass für Schülerinnen und Schüler, welche aufgrund einer chronischen Krankheit längere Zeit nicht am Unterricht teilnehmen können, eine Lösung gefunden wird. Wie im Vorstoss beschrieben, war dies in den Zeiten des Lockdowns deutlich einfacher als zuvor. Die Pandemie hat uns aufgezeigt, dass mehr möglich ist, als nur Hausaufgaben nach Hause zu bringen. Denn das ist nicht ausreichend und entspricht nicht einer Schulpflicht.

Ich danke dem Gemeinderat für die gute Aufnahme des Anliegens des Postulats, der bisher getroffenen Abklärungen und des Engagements. Die Prüfung des Postulats ist aber leider aus unserer Sicht noch nicht vollständig und bezieht sich nicht immer auf die Forderung des Postulats selber. Es ist aber erfreulich, dass Köniz an Unterrichtsformen, wie "Blended Learning" arbeitet und die IT-Infrastruktur in den Schulen verbessern möchte, wovon alle Schülerinnen und Schüler profitieren, aber auch diese mit schweren Erkrankungen. So soll es Notebooks ab der 5./6. Klasse geben. Dabei stellt sich einfach die Frage, wie es denn für Kinder mit einer schweren Erkrankung aussieht, unterhalb der 5. Klasse?

Ausserdem ist die Frage nicht wirklich geklärt, wie Lehrpersonen unterstützt werden können. Wie in der Beantwortung geschrieben wird, ist das Engagement der Lehrpersonen in solchen Fällen sehr gross. Für mich heisst das: Ob ein Kind mit einer chronischen Krankheit in den Unterricht integriert werden kann, steht oder fällt also quasi mit der Lehrperson. Und gerade da erwarte ich, dass Lehrpersonen Unterstützung erhalten. So müssen die Lehrpersonen auch unterstützt werden, wenn sie einen Antrag zu Entlastungsmöglichkeiten stellen. Denn momentan sind die Lehrpersonen für fast alles zuständig und teilweise auch beinahe etwas überfordert, mit all den Aufgaben, welche man ihnen überträgt.

Die Idee des Postulats war grundsätzlich nicht, dass Lehrpersonen eine neue Unterrichtsform mit interaktivem Präsenzunterricht auf einer elektronischen Ebene einführen müssen, sondern dass eine niederschwellige Form gefunden wird, wie Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer schweren chronischen Krankheit nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können. Dies weil sie zum Beispiel gerade im Spital sind oder einfach nicht genügend Energie haben und vielleicht nur einzelne Stunden am Unterricht teilnehmen möchten.

Aus der Postulatsantwort wird für mich nicht ersichtlich, ob zum Beispiel mit der Swisscom, welche Vedomio zur Verfügung stellt, Kontakt aufgenommen wurde und ob diese auch auf neuere Software umstellen oder ob man sich mit der Patientenschule des Inselspitals besprochen hat.

Die SP Fraktion stimmt also der Erheblicherklärung zu und weil es noch mehrere offene Punkte hat, lehnen wir die Abschreibung ab.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Ich war etwas erstaunt, was man in der Antwort nicht findet. Ich finde eigentlich alles in der Antwort, deswegen schlägt der Gemeinderat auch vor, dass man das Postulat abschreiben kann. Zum Beispiel, was passiert mit den Schülerinnen und Schülern, wenn sie nicht in der 7. Klasse, sondern in der 5. oder tiefer sind? Wir haben ja geschrieben, dass man auch bis jetzt immer individuelle Lösungen gesucht hat. Ihr dürft nicht vergessen – versteht mich nicht falsch, aber ich muss es trotzdem sagen - das sind zwei bis drei Schülerinnen und Schüler pro Jahr von 4'000 Schülerinnen und Schüler.

Ich sage nicht, dass es deswegen nicht berechtigt ist, über das Thema zu sprechen, aber wir müssen das trotzdem in Relation stellen. Und selbstverständlich findet man in einer so grossen Gemeinde wie Köniz für zwei bis drei Schülerinnen pro Jahr effektive Lösungen. Was wir schlussendlich nicht beantworten konnten, ist die Unterstützung von Lehrpersonen, wenn man dies braucht. Da ist man mit der BKD daran, denn die kranken Kinder gibt es leider nicht nur in Köniz, sondern auch in anderen Gemeinden, damit man dort kantonale Lösungen hätte.

Vediamo wurde angesprochen: Dort ist es so, wie wir geschrieben haben. Diese brauchen noch "skype for business", welches abgelöst wird, danach gibt es dann nur noch "Teams". Während des Lockdowns in der Coronapandemie, haben die Schülerinnen und Schüler über "Teams" gearbeitet, das steht zur Verfügung. Das "One to one" bei den Geräten haben wir von der 7. Klasse begonnen, danach kommt dann die 5. bis 7. Klasse, aber es hat genügend Laptops oder iPads da, damit man dort auch individuell Lösungen finden kann.

Wir wollten ja aufzeigen, wo, welche Mosaiksteinchen man daran ist zu lösen. So ist beispielsweise auch die Internetgeschwindigkeit, diese 100 Mbit, nicht wirklich grandios. Das sind ja umgerechnet 12.5 Mbit/Sekunde und wenn man an einer solchen Leitung hängt und viele Daten übertragen will, dann funktioniert dies nicht wahnsinnig gut. Deswegen ist man auch daran, dass wir bei 1 Gbit landen, das ergibt 120 Mbit/Sekunde, dann können wir schon gut Daten übertragen.

Ihr seht auch im Text, dass man wirklich schaut - man hat ja auch bis jetzt nicht Nichts gemacht - und dass man dort, bei diesen Kindern, wovon zum Glück nur sehr wenige betroffen sind, zu helfen versucht.

Wir haben auch noch den Preis erwähnt: Aus meiner Sicht ist dies ein kleiner Betrag, doch wir wollten trotzdem noch zeigen, wenn wir noch zusätzliche IT-Geräte beschaffen – spezifisch auf zwei, drei Kinder – dass dies ungefähr bei CHF 14'000 zu liegen kommt. Da sind wir auch noch daran zu schauen, ob wir dies über die Spezialfinanzierung Teilautonome Volksschule Köniz finanzieren können. Doch das sind Sachen, welche wir durch Corona gelehrt haben und innert 48 Stunden brauchen mussten.

Das Postulat ist also bis auf die wenigen Abklärungen, welche wir noch mit der BKD machen müssen, genügend beantwortet. Aus diesem Grund bitte ich euch, dass dieses abgeschrieben werden kann. Wir werden nicht mehr machen, wenn wir es nicht abschreiben, denn das, was wir sagen, dass wir es noch machen, machen wir sowieso. Noch zusätzliche Sachen abzuklären ist nicht nötig. Wir lassen es nicht liegen und sind hier dran und ich bitte euch, dass wir dies auch direkt abschreiben.

Beschluss

1. Das Postulat wird erheblich erklärt.
 2. Das Postulat wird abgeschrieben.
- (Abstimmungsergebnis: 1. einstimmig, 2. offensichtliche Mehrheit)

PAR 2021/92

V1907 Richtlinienmotion (CVP, EVP, glp, SP, Junge Grüne, Grüne) „Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz“

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

1. Ausgangslage und Stand der Arbeiten

Die Richtlinienmotion V1907 betraut den Gemeinderat mit der Erstellung einer Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz und stellt dabei vier konkrete Fragen, dies es mit dem Instrument zu beantworten gilt. Unterdessen sind die Arbeiten an der Wohnstrategie bereits weit fortgeschritten und ein Entwurf des Instruments liegt kurzum vor. Corona-bedingt haben sich die Arbeiten verzögert, insbesondere, weil ein intensiver Austausch zwischen Gemeinderat und Verwaltung sowie innerhalb der Verwaltung nötig war. Dieser gestaltete sich aufgrund der Restriktionen aufwändiger als gewünscht.

2. Aufbau der Wohnstrategie

Die Wohnstrategie folgt einem klassischen Konzeptaufbau. In einer Kaskade werden Vision, Leitsätze, Handlungsfelder und Massnahmen beschrieben. Während Vision und Leitsätze künftig alle Tätigkeiten der Gemeinde Köniz mit Bezug zur Wohnraumentwicklung beeinflussen sollen, benennen Handlungsfelder und insbesondere die Massnahmen konkrete Einflussmöglichkeiten und Handlungsanweisungen. Dabei gilt es zu beachten, dass es bei der Wohnstrategie nicht um die Formulierung und Erarbeitung konkreter Projekte geht, sondern vielmehr um die Bildung von Haltungen zu relevanten Themen und die Definition von Handlungsweisen. In diesem Sinne ist die Wohnstrategie nicht als Projekt, sondern als Prozess zu verstehen.

Das Produkt der Wohnstrategie besteht dabei aus einer Kurzfassung und einem umfangreicheren Bericht, welcher den Entstehungsprozess, die Diskussion der wichtigsten Themen sowie einen Anhang aus statistischen Grundlagen und detaillierten Massnahmenblättern beinhaltet.

3. Weiteres Vorgehen und Termine

Bei der Wohnstrategie handelt es sich um ein strategisches Instrument, welches die Haltung, Ziele und Massnahmen des Gemeinderats zur Wohnraumentwicklung von Köniz beschreibt. Dieses wurde in einem intensiven Dialog zwischen dem Gemeinderat und der Verwaltung erarbeitet und wird diese künftig im Sinne eines verwaltungsanweisenden Instruments leiten. Bevor die definitiven Dokumente erstellt werden, wird der Gemeinderat die Kurzfassung der Wohnstrategie dem Parlament im November 2021 zur Kenntnisnahme vorlegen. Danach soll die Wohnstrategie finalisiert und im ersten Quartal 2022 vom Gemeinderat als verwaltungsanweisendes Instrument verabschiedet werden.

4. Fristverlängerung

Wie oben beschrieben, haben sich die Arbeiten an der Wohnstrategie aufwändiger gezeigt, als vorerst angenommen. Daher kann der ordentliche Termin für die Abschreibung des Vorstosses nicht eingehalten werden. Die Gründe hierfür sind die erforderliche Einarbeitungszeit eines neuen, für die Wohnstrategie zuständigen Mitarbeiters bei der Planungsabteilung, Corona-bedingte Verzögerungen sowie die Absicht, die Wohnstrategie vor der Verabschiedung durch den Gemeinderat dem Parlament zu einer Konsultation vorzulegen. Daher beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung bis Ende März 2022.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 31. März 2022 verlängert.

Köniz, 23. Juni 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsantrag Beantwortung 19.8.1919 (online auf Website)

Diskussion

Erstunterzeichner Toni Eder, Mitte: Wenn wir schon beim Sparen sind, so spare ich auch an der Zeit: Ich bin einverstanden.

Fraktionssprecherin Claudia Cepeda, SP: Wir haben sie mit Spannung erwartet, die Wohnbaustrategie, welche die Haltung, die Ziele und die Massnahmen des Gemeinderates zur Wohnbauentwicklung Köniz beschreibt. Dabei spielt die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Initiative bezahlbares Wohnen in Köniz der SP eine zentrale Rolle. Wir haben heute schon viel über die Vorteile von gemeinnützigem Wohnungsbau gehört und es stimmt, Christian Burren, wir haben auch beim letzten Mal beim Geschäft Ried beispielsweise viel darüber gesprochen, doch wir sprechen immer nur und passieren tut viel zu wenig. Und auch jetzt zeigt sich wieder und es zieht sich wie einen roten Faden durch die letzten Parlamentssitzungen: Der Gemeinderat hat kein Interesse am Thema bezahlbares Wohnen und beantragt eine Verlängerung der Erfüllungsfrist der Umsetzung der Wohnbaustrategie. Die Begründung ist aus unserer Sicht fadenscheinig: Corona ist schuld. Es hätte einen intensiven Austausch zwischen Gemeinderat und Verwaltung benötigt, was durch Corona verhindert worden ist. Wir haben aber von unserer Gemeindepräsidentin verdankender Weise regelmässige ausführliche Berichte zur Corona-Situation erhalten und erfahren, dass die Gemeindeverwaltung die Herausforderung, die technischen Voraussetzungen für das Homeoffice bereitzustellen, gemeistert hat. Eine physische Präsenz ist für die Erarbeitung einer Strategie auf Papier nicht notwendig. Solange es sich um Schreibtischarbeit handelt, ist Corona kein Verhinderungsgrund, ausser es kommt zu gesundheitlichen Ausfällen.

Etwas weniger fadenscheiniger wäre die Aussage gewesen, man hätte zu wenig Ressourcen für das Thema zur Verfügung. Und was passiert, wenn die Ressourcen zu knapp sind? Man beginnt, die Themen zu priorisieren. Und was kommt in der Planung Direktion und Verkehr raus, wenn man die Themen priorisiert? Die Wohnbaustrategie, welche auch ein Umsetzungskonzept für den vom Volk überwiesenen Gegenvorschlag "bezahlbares Wohnen" beinhaltet, geniesst offenbar keine Priorität und muss hintenanstehen. Eine ehrliche Aussage wäre eigentlich, das Thema bezahlbares Wohnen ist dem Gemeinderat nicht wichtig, Volkswillen hin oder her.

Wir sind mit dieser Prioritätensetzung nicht einverstanden, aber wir haben eigentlich auch keine andere Wahl, als die Verzögerungskröte zu schlucken.

Gemeinderat Christian Burren: Nur ganz kurz, ich nehme die Schelte der SP zur Kenntnis, aber das heisst noch lange nicht, dass ich die Einschätzung der Haltung des Gemeinderates teilen würde.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 31. März 2022 verlängert.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2021/93

V1910 Richtlinienmotion (U30 Parlamentarier*innen) "Klimanotstand in der Gemeinde Köniz"
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Das Parlament hat die von 22 Parlamentarier*innen eingereichte Motion am 16. September 2019 erhebtlich erklärt.

Mit der Motion wird der Gemeinderat beauftragt, den Klimanotstand zu erklären, das Ziel der Klimaneutralität auf dem Gemeindegebiet festzulegen und die Auswirkungen aller Geschäfte auf das Klima zu berücksichtigen sowie Geschäfte mit mildernden Auswirkungen auf den Klimawandel nach Möglichkeit prioritär zu behandeln.

Die Kompetenz für die Umsetzung der Massnahmen liegt abschliessend beim Gemeinderat. Mit der Erheblicherklärung der Motion hat das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vorgegeben.

2. Stand der Umsetzung

2.1 Strategische Instrumente

Bereits in der Beantwortung des Vorstosses im September 2019 hat der Gemeinderat ein erstes klares Bekenntnis zum Klimaschutz abgegeben. Dies, indem er sich der Erklärung des Grossen Rats des Kantons Bern zur Klimapolitik in allen Punkten angeschlossen hat.

Weiter hat sich der Gemeinderat im Mai 2020 zur Klima- und Energie-Charta der Schweizer Gemeinden und Städte bekannt und diese ohne Vorbehalte unterzeichnet. Die Charta ist als klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen, zur Energiestrategie 2050 des Bundes und zu den Klimazielen des Bundesrates, d.h. Netto-Null bis 2050, zu verstehen. Für die Gemeindeverwaltung soll die Klimaneutralität früher erreicht werden. Der Gemeinderat hat in der Folge den verwaltungsinternen Klima- und Energieausschuss beauftragt, eine Paris-kompatible Klima- und Energiestrategie für Köniz auszuarbeiten. Sie wird die aktuell gültige Energiestrategie 2010-2035 ablösen.

Mit der Umsetzung der überwiesenen Motionen V1938 ("Klima-Massnahmenpaket für Köniz") und V2102 ("Klimaschutzreglement für Köniz") wird der Gemeinderat die Leitplanken und die Massnahmen zum Klimaschutz weiter konkretisieren und dem Parlament im Verlauf der nächsten zwei Jahre zur Genehmigung vorlegen.

2.2 Planung und Umsetzung konkreter Massnahmen

Neben den Arbeiten auf der strategisch-konzeptionellen Ebene ist die Gemeinde auch mit konkreten Projekten zur Reduktion der Treibhausgase unterwegs. Besonders erwähnenswert sind die Projekte für eine nachhaltige, erneuerbare Wärmeversorgung. Die vorwiegend fossile Wärmeversorgung der Gebäude verursacht rund 50% der direkten CO₂-Emissionen auf dem Gemeindegebiet.

Wärmeversorgungsplanungen:

Ganz oder teilweise abgeschlossen sind die Planungen in Niederwangen und in Wabern.

Der Bericht zur Wärmeversorgungsplanung Niederwangen konnte vom Gemeinderat im Februar 2020 genehmigt werden. Ein wesentliches Element der Wärmeversorgung bildet der Anschluss an das Fernwärmenetz der Stadt Bern. Der Synthesebericht ist online verfügbar².

Für Wabern konnte der Gemeinderat einen ersten Entwurf der Wärmeversorgungsplanung zur Kenntnis nehmen. Der Aufbau einer zentralen Wärmeversorgung wird nun geprüft.

Wärmeverbünde:

Die Wärmeversorgung in Niederwangen soll gemeinsam mit ewb aufgebaut werden mit einer Holzheizzentrale im Gebiet Rehhag und dem Anschluss an die Energiezentrale Forsthaus. Aufgrund der bereits weit fortgeschrittenen Planung des Polizeizentrums im Juch besteht hier eine hohe Dringlichkeit.

Wie vorangehend erwähnt wird in Wabern der Aufbau einer Wärmeversorgung gemeinsam mit ewb geprüft. Im Vordergrund steht die Trink- und Grundwasserwärmenutzung mit Hilfe von Wärmepumpenanlagen. Es besteht auch hier eine hohe Dringlichkeit, weil nach Möglichkeit Synergien mit der Sanierung der Seftigenstrasse bzw. der Tramverlängerung nach Kleinwabern genutzt werden sollen. Die Umsetzung des Projekts in Wabern würde die CO₂-Emissionen um ca. 11'000 Tonnen pro Jahr reduzieren, was rund 15% der CO₂-Emissionen des Könizer Gebäudesektors entspricht³.

Wärmeverbünde sind auch in anderen Gebieten der Gemeinde (Spiegel, Köniz/Liebefeld, Schliern, Niederscherli) ein Thema. Die Gemeinde ist in diese Planungen eingebunden. Die Federführung liegt unter anderem bei der Burgergemeinde Bern oder bei der BKW AEK Contracting AG (BAC).

Neben der Planung und der Umsetzung von Wärmeverbünden in den dichten Siedlungsgebieten wurden zahlreiche weitere Massnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen umgesetzt. So wurden zum Beispiel für die gemeindeeigene Fahrzeugflotte weitere Elektrofahrzeuge beschafft und gemeindeeigene Liegenschaften klimagerecht saniert.

3. Abschreibung

Der Gemeinderat hat die geforderten Punkte aus dem Vorstoss aufgenommen. Die Umsetzung ist in Arbeit. Das Parlament wird mit den Vorlagen zur Umsetzung der Motionen V2102 "Klimaschutzreglement" und V1938 "Klima Massnahmenpaket" Gelegenheit erhalten, sich zu den konkreten Vorschlägen des Gemeinderats zum Klimaschutz zu äussern.

² <https://www.koeniz.ch/wohnen/umwelt/energie/publikationen.page/323>

³ Gemäss provisorischer Klimagas- und Energiebilanz 2020.

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 11. August 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsantrag Beantwortung (online auf der Parlamentswebseite)

Diskussion

Erstunterzeichner David Müller, Junge Grüne: Zuerst einmal vielen Dank für die Aufbereitung im Zusammenhang mit dieser Motion "Klimanotstand in der Gemeinde Köniz". Leider muss ich an dieser Zusammenfassung aber auch einiges kritisieren: So ist bereits im ersten Abschnitt "Ausgangslage" die Forderung der Motion falsch bzw. unvollständig wiedergegeben. Das durch das Parlament überwiesene Ziel ist nicht einfach die Klimaneutralität, sondern ist Klimaneutralität bis 2030. Ein wesentlicher Unterschied. Die anderen beiden Punkte, nämlich die Ausrufung des Klimanotstands und die Priorisierung der Klimaschutzgeschäfte sind in der Ausgangslage korrekt aufgeführt.

Im Kapitel 2.1 "Strategische Instrumente" wird dann in Erinnerung gerufen, dass der Gemeinderat sich der Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik angeschlossen hat, nicht aber den Klimanotstand ausgerufen hat. In Bezug auf die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung, aber auch in Bezug auf die Frage der Dringlichkeit und des Ausmasses dieser Krise, ist dies in unseren Augen ein klares Versäumnis. Dass der Gemeinderat die Energie- und Klimacharta der Gemeinden und Städte unterzeichnet hat, das freut uns natürlich, allerdings reicht dies bei Weitem noch nicht. Gerade in Anbetracht der fehlenden Fortschritte auf nationaler Ebene, müssen die Gemeinden vorangehen. Ich freue mich aber trotzdem, dass der Gemeinderat dieser Charta vorbehaltlos zugestimmt hat und freue mich darum insbesondere auch, dass damit spätestens in vier Jahren auch unsere Pensionskasse ihre Gelder 100% klimaneutral anlegen wird, wie dies in der Charta aufgeführt ist. Falls ich da etwas missverstanden haben sollte, bitte ich den Gemeinderat, dies noch mitzuteilen, denn ansonsten müssten wir vielleicht doch noch einen Vorstoss machen.

Weiter bin ich natürlich gespannt auf die sich in Arbeit befindende Klima- und Energiestrategie. Ich will hier aber nochmals deutlich in Erinnerung rufen, dass das vom Parlament überwiesene Ziel "Klimaneutralität 2030" lautet. Unter Berücksichtigung des Prinzips der Klimagerechtigkeit und auch unter Berücksichtigung des Knowhows, welches in der Schweiz vorhanden ist, der bereits verursachten Emissionen durch die Schweiz und auch im Vergleich der restlichen Länder, die grossen finanziellen Möglichkeiten, welche wir hier haben, ist es unsere Pflicht, Klimaneutralität vor 2050 zu erreichen.

Schliesslich bin ich ebenso gespannt auf die Umsetzung der beiden auch in der Antwort erwähnten Vorstösse bezüglich dem Klimareglement und dem Klimamassnahmenpaket. In Anbetracht der grossen Herausforderungen, welche noch vor uns liegen, könnte eine mögliche Massnahme sein, die Praktikumsstelle in der Energiefachstelle wieder zu besetzen – das würde dann auch gut zu einem der späteren Traktanden passen.

Weiter will ich noch darauf hinweisen, dass in der Antwort zwar korrekt aufgeführt ist, dass die Beantwortungsfrist für diese Vorstösse zwei Jahre dauern. Formell ist dies zwar richtig, aber der überwiesene Vorstoss, über welchen wir hier debattieren, hat ja genau die Priorisierung von Klimaschutzgeschäften verlangt und dementsprechend erwarte ich auch eine deutlich schnellere Bearbeitung dieser beiden Vorstösse. Die aufgeführten konkreten Projekte, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Wärmeversorgung, sind natürlich für die Erreichung der Klimaziele relevant, welche auch immer diese dann sind. Ich will hier nicht im Detail auf die einzelnen Projekte, welche hier aufgeführt sind, eingehen, ich will aber vor allem an die Adresse jener, welche immer das Gefühl haben, Klimaschutz koste super viel, sagen: Nichts tun, kostet genauso, wenn nicht sogar mehr! Ich denke, mit den ganzen Unwetterschäden, welche ja auch diesen Sommer vorgefallen sind, haben wir ein Bild bekommen, wie das in Zukunft weitergehen wird. Und nicht zuletzt: Investitionen in erneuerbare Energie, sind Geschäfte, welche sich auch monetär langfristig lohnen.

Doch zurück zum eigentlichen Inhalt: Kurz zusammengefasst, zu den drei Punkten, welche die Motion gefordert hat:

1. Die Ausrufung des Klimanotstands: Der Gemeinderat ist zwar nicht untätig, die Forderung ist aber nicht erfüllt.
2. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2030: Diese Forderung ist bis jetzt klar nicht erfüllt, dort hoffen wir nach wie vor auf das Klimareglement.
3. Priorisierung der Klimaschutzgeschäfte: Hier kommt aus der Antwort des Gemeinderates nicht wirklich hervor, wie er sich positioniert. Wir erwarten hier, dass jetzt umgehend das Klimareglement und das Massnahmenpaket folgen werden und dass auch die konkreten Projekte prioritär behandelt werden.

Da es sich hier ja um eine Richtlinienmotion handelt, wird diese stillschweigend abgeschrieben. Viel mehr, als hier zu sprechen, können wir darum nicht. Uns bleibt also nichts Anderes übrig, als auf das Klimareglement und die zugehörigen Massnahmen zu hoffen, damit dort endlich mit den notwendigen Schritten vorwärts gemacht wird.

Der Vorstoss ist mittlerweile zweijährig. Dass die Forderungen dieses Vorstosses, dringlicher sind denn je, hat dieser Sommer gezeigt. Wenn wir nicht vehement handeln, werden Grossbrände, Starkniederschläge und Hochwasser etc. weiter massiv zunehmen. So darf es nicht weitergehen, wir werden uns darum weiter für ein klimaneutrales und zukunftstaugliches Köniz einsetzen. Nicht umsonst ist diese Motion ursprünglich durch die U30-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier eingebracht worden. Klimaschutz ist die Frage, welche unsere Zukunft und die Zukunft künftiger Generationen massiv beeinflussen wird.

Fraktionssprecherin Arlette Münger, SP: Wir müssen jetzt handeln, denn die Klimakrise hat schon jetzt ein grosses Ausmass erreicht. Wenn wir die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen stoppen wollen, dann gibt es kein Abwarten und schauen, was der Bund und die Kantone machen. Dann braucht es Massnahmen, an welchen sich die Menschen in Köniz orientieren können. Wir brauchen jetzt griffige Massnahmen um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Wir müssen auch gar nicht mehr darüber diskutieren, bis wann wir dieses Netto-Null-Ziel erreichen wollen, die Zeit des Diskutierens ist vorbei. Wir müssen jetzt handeln.

Ein Bekenntnis zum Klimaschutz reicht nicht aus. Ein Vertrösten auf das Klimaschutzreglement und auf das Klimaschutzmassnahmenpaket, reicht nicht. Die SP-Fraktion hätte sich vom Gemeinderat gewünscht, dass er zumindest jetzt schon etwas konkreter wird, dass er zeigt, dass er sich bewusst ist, dass uns die Zeit davonrennt und dass er bereit ist zu Handeln. Und Entschuldigung, dass Wärmeverbünde ein Thema sind und dass für die gemeindeeigene Fahrzeugflotte weitere Elektrofahrzeuge beschafft werden, das ist für uns kein Zeichen, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, wie ernst die Situation ist. Wir sind der Meinung, dass wer sich auf seiner Webseite als "Grüne Macht" im Gemeinderat bezeichnet, hier schon etwas konkreter hätte werden müssen.

Im Sommer nimmt die Hitzebelastung zu. Wir sprechen in Köniz von innerer Verdichtung, aber wir müssen gerade dort, wo Köniz dicht besiedelt ist, darauf achten, dass Grünflächen erhalten bleiben, dass nicht immer mehr versiegelte Flächen entstehen. Wir wissen alle, dass die Hitze für ältere Menschen und Kleinkinder lebensbedrohlich sein kann. Hier kann Köniz selbständig handeln und dafür sorgen, dass sich zum Beispiel auch Menschen mit eigenem Garten bewusst sind, dass es falsch ist, wenn man Grünflächen aus praktischen Gründen durch Steingärten ersetzt.

Dass der Wald ein wichtiger CO₂-Speicher ist, das wissen wir alle. Mit den Wetterextremen nehmen die Waldschäden zu und es kann weniger CO₂ gespeichert werden. Also müssen Mischwälder und Baumarten gefördert werden, welche mit Hitze und Trockenheit besser umgehen können. Auch hier kann die Gemeinde durchaus selbstständig aktiv werden und vorgehen. Vielleicht macht sie das sogar schon, dann ist es aber doppelt schade, dass der Gemeinderat die Gelegenheit nicht nutzt, um uns hierüber zu informieren.

Eine Richtlinienmotion wird stillschweigend abgeschrieben. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat darauf aufbaut, abgeschrieben wird sie ja sowieso. Die Klimakrise können wir nicht einfach stillschweigend abschreiben. Ich bitte euch darum alle, nehmt die Klimakrise ernst, denn es geht hier um unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder und den Kindern unserer Kinder. Das geht uns alle etwas an.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi: Danke für die engagierten zwei Voten. Der Vorwurf steht im Raum, dass wir als Gemeinderat den Klimanotstand nicht ausgerufen haben, doch ich denke, durch die Tatsache, dass ihr im Parlament diese Motion so überwiesen habt, war eigentlich bereits indirekt ein Ausrufen des Klimanotstandes - zumindest wurde dies so in den Medien kommuniziert.

Wir haben es geschrieben: Der Gemeinderat hat die Energie- und Klimacharta der Gemeinde und Städte unterzeichnet. Was ich euch hierzu noch sagen möchte ist, wie wir hier eigentlich unterwegs sind. Ich habe vor kurzem die neueste Klima-, Gas- und Energiebilanz 2020 der Gemeinde Köniz, welche wir alle fünf Jahre erarbeiten lassen, im Entwurf gelesen. Daraus ist vielleicht das Hauptresultat noch aufschlussreich: Knapp die Hälfte der Treibhausgase wird durch die Wärmeproduktion in Köniz verursacht, knapp 40% des CO₂-Ausstosses wird durch den Verkehr verursacht und der Rest ist Landwirtschaft, Kehrlichtverbrennung, Abwasserreinigung und Deponie. Das ist die Zusammensetzung.

Wie entwickelt sich die Treibhausgasemission in der Gemeinde Köniz? Im Jahr 2020 wurden auf Gemeindegebiet 141'000 Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestossen. 2015 – also vor fünf Jahren – waren es noch 157'000 Tonnen. Das heisst, in diesen fünf Jahren konnte eine Abnahme von 10% festgestellt werden. Das ist einerseits eine gute Nachricht, denn diese zeigt, dass es in die richtige Richtung geht. Man sieht auch, dass sich die Ölheizungen deutlich reduziert haben. Etwa die Hälfte dieses Effektes geht auf die Ölheizungen, denn diese haben ihren CO₂-Ausstoss um etwa 7'000 Tonnen pro Jahr reduziert. Da hat natürlich auch der Wärmeverbund Schliern, welcher umgesetzt worden ist, wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Aber, und das ist das andere: Dies reicht nicht, um die Klimaziele für das Jahr 2050 zu erreichen. Wenn wir im gleichen Tempo weitermachen, dann würden wir irgendwann nach 2060 dieses Ziel erreichen. Aber immerhin zeigt es: Die CO₂-Neutralität bis 2050 ist nicht unmöglich und auch das nur, wenn wir die Anstrengungen beibehalten und sogar noch verstärken, denn die jetzigen Reduktionen sind sogenannte "low hanging fruits". Das, was man einfach reduzieren kann, das wird jetzt gemacht, später jedoch wird es schwieriger.

Die Gemeindeverwaltung, da bin ich überzeugt, kann das Ziel Netto-Null auch vorher erreichen. Wir haben es schon gesagt: Beim Strom ist dieses Ziel bereits erreicht und in gewissen Bereichen können wir vermutlich bis 2030 oder 2040 das Ziel erreichen. Aber Klimaneutralität für die ganze Gemeinde bis 2030 erachte ich als nicht umsetzbar.

Dann hat David Müller noch die Kosten angesprochen: Eine Umstellung auf erneuerbare Energie und das wird notwendig, wenn wir CO₂-neutral werden wollen, das wird nicht primär Kosten verursachen, welche den Steuerhaushalt belasten, sondern das braucht Investitionen und diese Investitionen sind wirtschaftlich und zahlen sich während der Lebensdauer zurück. Ich denke hier primär an Wärmeverbünde, an E-Mobilität, wo wir wissen, dass der Betrieb und Unterhalt von Elektrofahrzeugen preiswerter, die Anschaffung aber teurer ist.

Dann noch zur Priorität: Wir behandeln diese Klimageschäfte mit hoher Priorität. Die Könizer Klima- und Energiestrategie, welche angesprochen wurde, diese liegt im Entwurf vor und wird anfangs nächstes Jahr ins Parlament kommen. Auch das Klimaschutzreglement wollen wir anfangs nächstes Jahr bereits ins Parlament bringen. Hierfür wird voraussichtlich eine Spezialkommission eingesetzt werden. Darauf basierend, kann man dann das Klimamassnahmenpaket an die Hand nehmen.

Aber – und da komme ich noch auf dich, Arlette Münger, zu sprechen – wir machen nicht nur Strategien und Reglemente, wir machen auch konkrete Sachen. Doch wie gesagt, die Treibhausgasreduktion ist nicht einfach etwas, was man von heute auf Morgen einfach so erfüllen kann. Das braucht Vorarbeiten. Aber wir machen konkrete Schritte, wir haben es zum Teil im Bericht geschrieben: Der Wärmeverbund Buchsee ist beschlossen, wir haben Wärmeverbundsplanungen in Niederwangen und in Wabern durchgeführt. Aufgrund dieser Planungen werden jetzt Wärmeverbünde an diesen beiden Standorten überprüft und der Gemeinderat wird nach den Herbstferien eine Grundsatzdiskussion über diese Wärmeverbünde und mögliche Beteiligungen dazu führen. Weitere Wärmeverbünde sind in Niederscherli, in Schliern etc. in Planung. Und die neuen Elektrofahrzeuge wurden durch Arlette Münger bereits erwähnt. All das zeigt, dass wir den Klimathemen eine hohe Priorität zumessen und wir so schnell vorwärts gehen, wie es nur möglich ist.

Vielleicht noch etwas zu den Grünflächen und Hitzewellen, das ist auch ein Thema: Das geht in Richtung Schwammstadt, was ich auch schon erwähnt habe. Es geht darum, dass Grünflächen mit Bäumen mehr Wasser speichern und wir so kühle Inseln erhalten und vor allem auch weitere kühle Inseln in Köniz schaffen können. Da sind wir ebenfalls daran, aber wie gesagt, auch das geht nicht so schnell, ich hätte es auch lieber, es würde schneller gehen.

Beschluss

Die Motion wird stillschweigend abgeschlossen.

PAR 2021/94

V1908 Postulat (SP) „Als alterspolitisch engagierte Gemeinde macht Köniz bei Socius 2 mit“
Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Mit dem Postulat V1908 vom 11. Februar 2019 wird der Gemeinderat mit der Abklärung beauftragt, ob für die Gemeinde Köniz eine Teilnahme am Programm Socius 2 der Age-Stiftung machbar wäre. Das Postulat wurde an der Parlamentssitzung vom 26. August 2019 als erheblich erklärt. **Beilage 1**

2. Bewerbung für die Teilnahme am Programm Socius 2

Der Gemeinderat reichte am 4. Dezember 2019 die Projektbeschreibung "Die Gemeinde Köniz auf dem Weg zur Caring Community (Sorgenden Gemeinschaft)" bei der Age-Stiftung ein. In dieser wird dargelegt, wie die Gemeinde Köniz Lücken in der umfassenden Sorge für ältere Menschen schliessen und die Ressourcen der Freiwilligen mit dem Bedarf von älteren und auf Unterstützung angewiesenen Menschen zusammenbringen will.

Insbesondere aus folgenden Gründen erachtet sich die Gemeinde Köniz als geeignet, zum Aufbau von vielfältigem Wissen bezüglich der Steuerung von alterspolitischen Prozessen beizutragen:

- Die Gemeinde Köniz zeichnet sich durch ein äusserst heterogenes Gemeindegebiet aus. Dieser Vielfalt wird durch den Aufbau von lokal verankerter Nachbarschaftshilfe Rechnung getragen. Deshalb können wichtige Erkenntnisse sowohl für ländliche als auch für städtische Gemeinden gewonnen werden.
- In den letzten Jahren hat sich die Gemeinde Köniz intensiv mit der Planung ihrer Alterspolitik auseinandergesetzt und im Juni 2018 das Konzept für eine altersfreundliche Gemeinde Köniz 2025 verabschiedet. Darin ist die Kultur des Sich-Sorgens und Engagierens im Sinne einer Caring Community als Vision verankert.
- Mit der neuen Stelle einer Altersbeauftragten hat die Gemeinde Köniz die Voraussetzung zur konkreten Umsetzung ihres Konzepts geschaffen.
- Gemeinderat und Parlament tragen die alterspolitische Entwicklung aktiv mit.
- In den Mitwirkungsprozessen werden Kommunikationsmethoden aus der Mediation angewendet. Damit wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass aufgrund der bestehenden Interessen und Ressourcen tragfähige Lösungen erarbeitet werden können.

Am 27. Januar 2020 teilte das Programm Socius 2 der Gemeinde Köniz mit, dass ihre Bewerbung nicht berücksichtigt worden ist. Entscheidend für die Auswahl der Projekte waren u.a. Kriterien wie die regionale Verteilung, die Breite und Vielfalt der teilnehmenden Projekte und der Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Regionen. **Beilage 2**

3. Projekt "gemeinsam altersfreundlich"

Da sich die alterspolitischen Ziele der Gemeinde Köniz inhaltlich und zeitlich mit der Aufgabenstellung von Socius 2 decken, wird nun der im Rahmen des Programms Socius 2 erstellte Projektplan trotz des abschlägigen Entscheids von Socius 2 weiterverfolgt. Indem alle Beteiligten des Altersbereichs in einem Netzwerk zusammenarbeiten und in den Ortsteilen Nachbarschaftshilfe aufgebaut wird, können die älteren Menschen in der Gemeinde Köniz in ihrer selbstbestimmten Lebensgestaltung unterstützt werden. So entsteht eine Sorgende Gemeinschaft.

Die Fachstelle Alter, Jugend und Integration bemüht sich nach der Absage des Programms Socius 2 (Age Stiftung) bei anderen Stiftungen um finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der geplanten Vorhaben.

Während des Corona-Lockdowns wurde kurzfristig das Unterstützungsangebot "Köniz hilft!" aufgebaut. Es entstand durch die Kooperation von Freiwilligen und der Gemeindeverwaltung und ermöglichte wertvolle Erfahrungen für den längerfristigen Aufbau der Sorgenden Gemeinschaft im Rahmen des neuen Projekts "gemeinsam altersfreundlich".

Mittlerweile ist die Analysephase dieses Projekts abgeschlossen und es liegen erste konkrete Vorschläge zur Deckung der Lücken vor, wie z.B. eine zentrale, professionelle Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit, dezentrale und von Freiwilligen betriebene Informations- und Anlaufstellen in den Ortsteilen und ein digitales Angebotsverzeichnis (kombiniert mit einer Broschüre). Diese Ideen werden nun im nächsten Projektschritt mit der breit abgestützten Projektgruppe sowie mit den beiden Begleitgruppen – den Ortsvereinen und Leisten einerseits und den älteren Menschen, Freiwilligen, Angehörigen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern andererseits – konkretisiert. Der Pilotbetrieb der Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit und des Netzwerks der Akteure des Altersbereichs soll im Januar 2023 starten.

4. Fazit

Der Gemeinderat hat sich gemäss Auftrag des Postulats für die Teilnahme der Gemeinde Köniz am Programm Socius 2 eingesetzt. Auch wenn die Gemeinde Köniz bei der Ausschreibung nicht berücksichtigt worden ist, so wird die mit dem Postulat angestrebte Entwicklung der Gemeinde Köniz hin zu einer Sorgenden Gemeinschaft umgesetzt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 18. August 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsgeschäft Beantwortung vom 26.8.2019 (online auf Parlamentswebseite)
- 2) Socius 2: Absage Eingabe Köniz

Diskussion

Erstunterzeichnerin Franziska Adam, SP: Vielen Dank für die Antwort des Gemeinderates und der Verwaltung.

Am 12. Juni 2019 wurde das Postulat der SP "als alterspolitisch engagierte Gemeinde macht Köniz bei Socius 2 mit" für erheblich erklärt. Laut Parlamentsunterlagen hat der Gemeinderat eine Projektbeschreibung mit dem Titel "Die Gemeinde Köniz auf dem Weg zur Caring Community" an die Age-Stiftung eingereicht. Ziel dieses Projektes war es, dass die Gemeinde Köniz Lücken in der Versorgung von älteren Menschen schliessen will und die Menschen, die Freiwilligenarbeit leisten, in ein Netzwerk einbinden möchte. Im Januar 2020 wurde seitens der Age-Stiftung mitgeteilt, dass die Könizer Bewerbung leider nicht berücksichtigt wurde. Als Kriterien für die Auswahl waren die regionale Verteilung und die Breite und Vielfalt der Projekte angegeben. Hier konnte Köniz wohl zu wenig punkten - das ist schade. Es wäre auch spannend gewesen, wenn die Bewerbung bei den Parlamentsunterlagen dabei gewesen wäre. Da wir die Einreichung nicht gesehen haben, kann auch nicht näher auf die Qualität der Einreichung eingegangen werden.

Es ist sehr positiv, dass sich die Gemeinde dazu entschlossen hat, das Thema trotzdem weiterzuverfolgen. Hier habe ich noch eine Frage: Laut Unterlagen bemüht sich die Gemeinde bei anderen Stiftungen um finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieses Projektes. War die Gemeinde erfolgreich und welche Stiftungen wurden angeschrieben?

Im August 2020 hat unter Federführung der Altersbeauftragten Rahel Huber das Projekt "gemeinsam altersfreundlich" gestartet. Es dauert fünf Jahre und hat zum Ziel, ein Netzwerk "gemeinsam altersfreundlich" zu gründen, in dem alle Akteure des Altersbereichs zusammenarbeiten und die älteren Menschen in der selbstbestimmten Lebensgestaltung unterstützt werden.

Zudem soll die lokal verankerte Freiwilligenarbeit, unter anderem Angehörige, Ortsvereine und Leiste, Freiwillige der Kirchen etc., koordiniert werden.

Als Vorstandsmitglied der Könizer Bibliotheken bin ich Teil dieser Projektgruppe. Es fand bis jetzt eine Sitzung statt und im November ist die zweite Sitzung geplant. Es ist nicht ganz einfach, all die zahlreichen Teilnehmenden einzubeziehen und zudem ist das Thema sehr breit ausgelegt. Andererseits lohnt es sich aber meiner Meinung nach, eine breite Auslegeordnung vorzunehmen und Frau Huber ist hier sicher eine sehr kompetente Ansprechperson. Leider hat das Parlament oder auch die Öffentlichkeit wenig bis keine Informationen zu diesem Projekt. Auch auf der Homepage von der Gemeinde Köniz habe ich nichts zu diesem Thema gefunden. Die SP-Fraktion fordert den Direktionsvorsteher auf, dem Parlament einmal jährlich eine kurze Zusammenfassung zum Verlauf des Projektes abzugeben, damit wir als Parlament auf dem neuesten Stand sind.

Die Gemeinde Köniz kann sich aber nicht zurücklehnen, es gibt noch viel zu tun als altersfreundliche Gemeinde – was ja übrigens auch in den Legislaturzielen steht. Ein ganz wichtiges Thema ist das Wohnen im Alter. Es gibt bereits Wohnungen für ältere Menschen wie die Genossenschaft "am Hof". Dies reicht aber noch nicht: Viele ältere Menschen sind auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen und hier besteht in Köniz, wie wir alle wissen, Handlungsbedarf. Weitere Themen sind das Generationenwohnen oder relativ neu ist auch das Wohnen im Sozialraum. Ältere Menschen möchten möglichst lange zu Hause wohnen bleiben, zum Beispiel mit Unterstützung der Spitex. In Zukunft benötigt es weniger Altersheime, aber Pflegeheime wird es noch immer brauchen. Diese müssen sich auch gegen aussen öffnen, damit die Hemmschwelle für die Bewohnerinnen und Bewohner kleiner wird, dieses Angebot wahrzunehmen. Ein positives Beispiel ist das Domicil Schöneegg, das neben Wohnen für ältere Menschen in Wohngruppen, Ferienbetten und einen Mittagstisch und Abendessen, auch eine Kita anbietet.

All dies ist nicht gratis zu haben. Köniz als Caring Community hat hier einen Auftrag, weiter innovativ und engagiert die ältere Bevölkerung einzubeziehen. Es gibt zahlreiche Projekte die zum Thema Alter laufen: Die Berner Fachhochschule forscht zum Beispiel zur Unterstützung für betreuende Angehörige oder in der Stadt Bern läuft ein Projekt für Betreuungsgutscheine für ältere Menschen. Köniz muss nicht alles alleine entwickeln, es gibt bereits viel Knowhow das übernommen werden kann. Das Netzwerk "gemeinsam altersfreundlich" kann jedoch eine wichtige Funktion in Köniz übernehmen, um der älteren Bevölkerung eine Stimme zu geben und als Koordinations- und Ansprechstelle für die Gemeinde dienen.

In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion der Abschreibung in Bezug des Projektes Socius 2 zu. Wir wünschen uns aber, dass das Thema Alter weiterhin einen grossen Stellenwert in der Gemeinde Köniz hat.

Fraktionssprecherin Dominique Bühler, Grüne: Die Grüne-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für ihr Engagement zum Thema altersfreundliche Gemeinde. Die demografische Alterung findet statt. Es ist darum umso wichtiger, dass die Altersangebote in der Gemeinde ausgebaut und verbessert werden. Umso mehr bedauern wir, dass die Bewerbung der Gemeinde für Socius 2 nicht in Betracht gezogen wurde. Der fachliche Austausch wäre eine Chance für die Gemeinde gewesen. Es erfreut uns aber, wie in der heutigen Vorlage zu lesen ist, dass der Gemeinderat die Entwicklung zu einer sorgenden Gemeinschaft trotzdem angehen wird. Die Antwort des Gemeinderates erachten wir aber eher als kurz und diese lässt bei uns einige Fragen offen.

Aus der heutigen Vorlage, wie auch aus der Antwort zur Petition am 26.08.2019 geht nicht hervor, was genau umgesetzt wird. Es werden verschiedene Ideenansätze aus der Erfahrung des Unterstützungsangebots "Köniz hilft!" beschrieben, aber Konkretes wurde noch nicht festgelegt. Das erstaunt uns irgendwie, denn es ist ja bereits ein Projektbeschrieb bei Socius 2 eingereicht worden. Im Weiteren startet der Pilotbetrieb erst im Jahr 2023 - auch das hat uns verwundert, denn mit dem Projekt "Köniz hilft!" hat der Gemeinderat gezeigt, dass er Projekte in einem sehr schnellen Tempo umsetzen kann. Wir verstehen natürlich, dass das gesamte Projekt "gemeinsam altersfreundlich" eine grosse Kiste ist. Es werden viele Themen behandelt und die Mitarbeit einer Vielzahl von Akteuren ist notwendig. Diese Koordination ist verständlicherweise keine leichte Aufgabe und bedingt eine gute Aufarbeitung. Wir hoffen aber trotzdem, dass der Gemeinderat alles daransetzt, um so schnell wie möglich aus der Konzeptphase hinaus zu kommen und in die Praxis umzusteigen. Auch die Kosten für die Umsetzung sind nicht klar. In der Antwort zur Petition, behandelt am 26.08.2019, haben wir erfahren, dass die Kostenschätzung erst gemacht werden kann, wenn ein detailliertes Konzept vorliegt. In der heutigen Vorlage sind die Kosten auch nicht ersichtlich und es ist auch unklar, was passiert, wenn keine weiteren Stiftungsgelder gefunden werden können.

Hier haben wir uns gefragt, ob sich der Gemeinderat insgeheim erhofft, dass es doch eine Steuererhöhung gibt. Wir finden, in der heutigen Finanzlage muss bei allen Projekten unbedingt mehr Finanztransparenz geschaffen werden.

Und noch einige Sätze zum Ablehnungsschreiben, welches wir als Anhang erhalten haben: Wir können hierzu keine Meinung abgeben, da uns weder das Bewerbungskonzept vorliegt, noch wir die ganzen Hintergründe zum Entscheid haben. Das Ablehnungsschreiben hat bei uns aber ein Fragezeichen hinterlassen, ob das Projekt denn auch genügend konkret dargelegt worden ist.

Wir bedanken uns nochmals bei allen Involvierten, welche sich bemühen, unsere Gemeinde altersfreundlich zu gestalten. Früher oder später werden wir alle davon profitieren können. Die Grüne-Fraktion wird dem Gemeinderat folgen und das Postulat erheblich erklären.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Zuerst zu den Punkten, welche die Postulantin erwähnt hat: Ich komme sehr gerne mit diesem Thema ins Parlament, ob das aber jährlich sein muss, das muss man dann noch anschauen. Es wäre auch geplant, dass man zur gegebenen Zeit auch kommt, ich werde aber heute Abend nicht einen Monat oder ein Datum festlegen, wann dies sein wird. Wir haben aber auch nichts zu verstecken, man ist wirklich dran, das kann ich euch versichern. Auch wenn wir diesen Zuspruch nicht erhalten haben.

Betreffend anderer Stiftungen, da habe ich keine Liste vor mir, auf welcher ich nachlesen könnte, wo man nachgefragt hat. Aber das darf problemlos bei der Altersbeauftragten Rahel Huber angefragt werden.

Es wurde noch erwähnt, ob die Qualität der Bewerbung genügend oder vielleicht fehlerhaft gewesen war. Ich kann euch sagen, dass dies noch durch Jürg Neiger erstellt worden war. Die Meisten kennen ihn noch, er war in diesen Sachen von mir aus gesehen ein Profi und ich habe dies auch durchgelesen. Ich habe in meinem Leben viele Anträge gestellt - nicht nur beim schweizerischen Nationalfonds - und ich fand, dies war ein sehr guter Antrag. Die Bewerbung war qualitativ gut, es hatte einfach viele Bewerbungen und jemand gewinnt und die anderen halt eben nicht.

Dann zu Dominique Bühler: Ja, wir haben eine kurze Antwort gegeben. Es ging um die Abschreibung und wir haben das gemacht, was im Postulat erwähnt worden war, da müssen wir keinen Roman dazu schreiben. Und man sei verwundert, dass es langsam vorwärtsgehe, doch wir haben von der Postulantin auch gehört, dass eine breite Auslegeordnung wirklich Sinn macht, damit es nicht eine schnelle Übung wird. Von daher erachtet es der Gemeinderat als gerechtfertigt, dass man sich dort diese Zeit nimmt. Gewisse Verzögerungen hatten wir im vergangenen Jahr, das habe ich auch schon erwähnt. Ob sich der Gemeinderat erhofft, mehr Geld durch eine Steuererhöhung zu erhalten, na ja, da bin ich der Falsche, welchen ihr hier fragt.

Wir wollen, dass wir all das, was wir mit diesem Projekt machen können, trotzdem erreichen - auch mit dem Versuch, dass wir Drittmittel bekommen. Das ist unser klares Ziel. Frau Huber ist hier sehr engagiert und ich bin auch während der ganzen Legislatur aktiv gewesen. Die Alterspolitik war sogar ein Wahlversprechen, bevor ich Gemeinderat worden bin, da mich dies 30 Jahre als Arzt beschäftigt hat. Da profitieren wir alle, sowohl die Betroffenen, wie auch die Gemeinde.

Bezüglich der Qualität des Projektantrags habe ich bereits Auskunft gegeben. Wer diesen sehen möchte, darf sich melden, das ist nicht das Problem. Ich habe gedacht, dass Dominique Bühler diesen schon mal gesehen hat, du hattest doch schon einmal einen Austausch mit Frau Huber. Wir verstecken gar nichts, das kann man zeigen, wenn es interessiert.

Dann danke ich für die Diskussion und danke euch auch für die Abschreibung dieses Postulats.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2021/95

V1909 Postulat (SVP-Fraktion) „Verstärkte Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz“

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Postulat V1909 "Verstärkte Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz" wurde am 11.02.2019 eingereicht. Die Antwort des Gemeinderates wurde an der Parlamentssitzung vom 26.08.2019 behandelt. Das Postulat wurde erheblich erklärt.

Der Gemeinderat hat sich inzwischen vertieft mit den im Vorstoss aufgeführten Fragen auseinander-gesetzt. Im Legislaturplan hat der Gemeinderat sich zum Ziel gesetzt, ein kompetenzbasiertes Perso-nalentwicklungskonzept zu erarbeiten und entsprechende Massnahmen zu initiieren.

In der Personalstrategie 2021-2025 und der darin aufgeführten Stossrichtung bezüglich ganzheitliche Personalentwicklung zeigt der Gemeinderat auf, wie er unter anderem die Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz stärken und ausbauen will. Die Personalentwicklung umfasst alle Berufslebens-phasen.

Erste konkrete Umsetzungsschritte sind bereits beschlossen, wie zum Beispiel das neue Nachwuchs-ausbildungskonzept vom 30.06.2021, welches Teil des Gesamtkonzepts Personalentwicklung der Gemeinde Köniz ist und die Berufslebensphase "Ausbildung" zum Inhalt halt. Die Umsetzung dieses Konzepts erfolgt nun laufend.

2. Verstärkte Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz

Angebot Lehrberufe

Die Gemeinde bietet attraktive und zeitgemässe Ausbildungsplätze in unterschiedlichen Lehrberufen und Einsatzgebieten an. Dieses Angebot erfolgte in der Vergangenheit allerdings häufig aufgrund isolierter Entscheide von Einzelpersonen, welche sich stark in diesem Thema engagierten. Was fehlte, war und ist eine längerfristige und vor allem gemeinsame Ausrichtung bezüglich Nachwuchsförde-rung, welche auf allen Ebenen der Gemeinde Köniz und im gleichen Masse getragen und gestützt wird. Das Lehrstellenangebot funktionierte so lange Zeit gut, wie es sich mit den Mitarbeitenden und ihren Kapazitäten vereinbaren liess. Wenn aber Personen mit grossem Engagement zugunsten der Lernenden die Gemeinde verliessen und weder die Stellvertretung noch die Nachfolge geregelt war, entstand mehrmals ein Vakuum und der Ausbildungsplatz, später die gesamte Lehrstelle, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies zeigt sich beispielsweise im kaufmännischen Bereich. Diese Lehrstellen wurden in den letzten drei Jahren um ein Drittel reduziert. Einerseits erfolgte dieser Schritt, weil die Auswahl an geeigneten Bewerbenden laufend zurückging und dieser Lehrberuf deutlich weni-ger nachgefragt wurde, andererseits aufgrund des Wegfalls von Einsatzmöglichkeiten in der Verwal-tung wie vorangehend erwähnt. In den Tagesschulen konnten jedoch seit dem Jahr 2015 sechs neue Ausbildungsplätze für Fachpersonen Betreuung geschaffen und auch der Lehrberuf Zeichner/in EFZ kann zwischenzeitlich wieder angeboten werden. Im handwerklichen Bereich ist es zudem möglich, die zweijährige Lehre Unterhaltspraktiker/in EBA zu absolvieren. Die Gesamtzahl der rund 25 Lehr-stellen ist über die vergangenen 10 Jahre immer etwa gleichgeblieben.

Damit die Gemeinde Köniz künftig in weiteren Lehrberufen Ausbildungsplätze anbieten kann, wird wie folgt vorgegangen:

- Ausbildungsangebot wird von der Personalabteilung in Zusammenarbeit mit den Bildungskoo-ordinatoren/innen und den Organisationseinheiten festgelegt;
- die Überprüfung hat jeweils bis Ende März zu erfolgen, so dass die Anpassungen frühzeitig dem Gemeinderat beantragt werden können und für die Umsetzung genügend Zeit bleibt;
- die Überprüfung hat zudem nach bedarfs-, sozial- und organisatorisch-orientierten Überlegun-gen zu erfolgen.

Zusätzliche Ausbildungsplätze

Das Ausbildungsangebot der Gemeinde Köniz orientiert sich am Bedarf der künftigen Fachkräfte, die im Gemeindeumfeld mittel- und längerfristig benötigt werden. Berufslehre oder Praktikum sind der

Beginn der beruflichen Laufbahn, mit zunehmender Berufserfahrung und gezielten Weiterbildungen werden (Fach-)Karrieren ermöglicht. Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt wird ebenso berücksichtigt.

Um die anstehenden Herausforderungen, wie z.B. das Schaffen von zusätzliche Ausbildungsplätzen in der Nachwuchsausbildung gerüstet zu sein, wird die Berufsbildung in der KÖNIZ neu strukturiert (siehe auch Beilage 2). Mit detaillierten Beschreibungen der Funktionen sowie dem Zuordnen der entsprechenden Stellenprozente bei den jeweiligen Mitarbeitenden wird eine klare und transparente Organisation geschaffen. Sobald diese Basis vorhanden ist, wird es möglich sein, das Ausbildungsangebot gemäss den obgenannten Kriterien anzupassen bzw. auszubauen.

Zusätzliche Praktikumsplätze

Bei dieser Anstellungs-/Ausbildungsform ist eine Zusammenfassung unter demselben Begriff kaum möglich, da Praktika in sehr vielen Varianten und Bildungsstufen vorkommen – vom Praktikum zur Berufserkundung über das Hochschulpraktikum oder im Rahmen einer Aus- und Weiterbildung bis hin zum Praktikum der Arbeitsintegration. Im Gegensatz zur beruflichen Grundbildung, wo einheitliche gesetzliche Grundlagen vorhanden sind, müssen die zahlreichen Praktikumsstypen je einzeln betrachtet werden. Zum Teil sind übergeordnete Richtlinien vorhanden (z.B. bei Hochschul- und Ausbildungspraktika im Sozialbereich), bei anderen Praktikumsstypen muss der Betrieb die entsprechenden Rahmenbedingungen festlegen (z.B. Praktika zum Kennenlernen eines bestimmten Arbeitsgebietes (kaufmännisch, technisch, handwerklich etc)). Einem Praktikum liegt jedoch immer eine Form von Ausbildung und der Erwerb von Praxiserfahrung zugrunde, weshalb die Praktika auch im Nachwuchsausbildungskonzept erwähnt werden. Aufgrund der erwähnten Vielfalt sind hierzu jedoch weiterführende und typenspezifische Praktikums-Spezifikationen notwendig. Die Steuerung der Praktikumsstellen erfolgt neu in der Personalabteilung unter Einbezug der Abteilungen. Damit wird es möglich sein, auch kurz- und mittelfristig zusätzliche Praktikumsplätze anbieten zu können.

Aktuell werden nebst dem Praktikum im Rahmen der beruflichen Grundbildung folgende Praktika angeboten:

Name	Organisationseinheit	Beschäftigungsgrad (gesamt)
Praktikant/in Raumplanung	Raumplanung	100.00
Praktikant/in Sozialberatung	Sozialberatung	100.00
Praktikant/in Mandatsführung	Mandatsführung	100.00
Praktikant/in Heilpädagog. Sonderklassen	Heilpädagogische Sonderklassen	400.00
Praktikant/in Tagesschule (3x75%)	Bereitstellung Tagesschulen	225.00
Praktikant/in Schulsozialdienst	Schulsozialdienst	50.00
Praktikant/in JUK (3x80%)	Offene Kinder- u. Jugendarbeit JUK	240.00
Praktikant/in DZ Landschaft	Landschaft u. Grünanlagen	100.00
Praktikant/in Siedlungsentwässerung u. Gewässerschutz	Siedlungsentwässerung u. Gewässerschutz	100.00
Praktikant/in Individualverkehr	Individualverkehr	60.00

Weiterbeschäftigung von Lernenden

Die Möglichkeit Lehrabgänger/-innen weiter zu beschäftigen, hatte bis jetzt nicht oberste Priorität.

Die Gemeinde KÖNIZ will hier im Rahmen der Personalentwicklung die Bedürfnisse der Lehrabgänger/-innen vermehrt berücksichtigen. Die Berufsbildung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, mindestens die Hälfte der Lehrabgänger/-innen pro Lehrberuf nach der Ausbildung in einem Berufspraktikum oder einer regulären Anstellung weiter zu beschäftigen, gute Leistungen und einwandfreies Verhalten vorausgesetzt. Das Berufsbildungsgesetz legt die Basis, dass Lehrabgänger in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies kann sowohl betriebsintern wie auch -extern erfolgen.

Die Gemeinde KÖNIZ wird das zukünftige Reporting auf den folgenden Qualitätsmerkmalen aufbauen:

- Anzahl erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse
- Gelungener Eintritt in und Bestehen im Arbeitsmarkt
- Aufbau von Einsatzmöglichkeiten, um mindestens 50% der Lehrabgänger/-innen in der Gemeinde KÖNIZ weiterbeschäftigen zu können (in den letzten Jahren lag der Anteil noch unterhalb dieser Zielgrösse).

Weiterbildungsmöglichkeiten für Führungspersonen und Fachkräfte

Personalentwicklungsmassnahmen werden heute bei der Gemeinde Köniz auf sehr unterschiedliche Art und Weise, mit unterschiedlichen Instrumenten und Zielen umgesetzt. Mit einem Personalentwicklungskonzept sollen die entsprechenden Möglichkeiten ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Mit dem Personalentwicklungskonzept wird auch klar erkennbar sein, welche Weiterbildungswege sinnvoll und zielgerichtet unterstützt werden. Hier ist zudem wichtig, dass neben den klassischen und einfach umsetzbaren off-the-job Massnahmen auch interne on-the-job Weiterentwicklungsmassnahmen angeboten werden. Mitarbeitende müssen jedoch auch gewillt sein, in ihre persönliche Weiterentwicklung zu investieren (Leistungsmotivation) und im Gegenzug muss die Gemeinde entsprechendes Entwicklungspotential für eine aktuelle oder zukünftige Funktion klar erkennen.

Herausforderungen bei den aktuellen Personalentwicklungsfragen werden so weit als möglich zielführend gelöst und führen zu einem laufenden Ausbau und Einfließen in das neue Personalentwicklungskonzept. Insofern ist auch sichergestellt, dass sich bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den benötigten Führungspersonen und Fachkräften entwickeln können und diese Entwicklungen mit den richtigen Massnahmen verstärkt unterstützen werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 09.08.2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) 2019-08-26_T11_V1909_Verstärkte Aus- Weiterbildung (Online auf Parlamentswebseite)
- 2) Künftige Struktur Berufsbildung Köniz

Diskussion

Erstunterzeichner Reto Zbinden, SVP: Dieses Mal bin ich von dieser Antwort doch sehr enttäuscht. Zuvor habe ich ja gesagt, es muss nicht immer lang sein, doch hier hätte ich nun definitiv mehr erwartet. Darum nehme ich es auch vorweg: Ich beantrage, dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Ich schaue kurz zurück: Der Vorstoss, welcher damals eingereicht wurde, hatte eine sehr breite Unterstützung. Er wurde durch 33 von 38 Anwesenden unterzeichnet und dann an der Sitzung vom 26.08.2019 einstimmig erheblich erklärt. Und auch der Gemeinderat hat diesen Vorstoss eigentlich positiv aufgenommen. Ich hatte daher wirklich grosse Hoffnung, dass dieser etwas auslöst. Heute stehe ich darum etwas ernüchtert da.

Ich habe an der Sitzung bemängelt, dass die Antworten sehr dünn ausgefallen sind. Leider ist auch in der heutigen Antwort nicht viel mehr enthalten. Ich habe wirklich noch selten eine solche Antwort auf ein einstimmig erheblich erklärtes Postulat gesehen. Ich hoffe, wir können hier nicht daraus schliessen, dass dem Gemeinderat die Aus- und Weiterbildung so unwichtig ist. Die Antwort muss nicht immer ausführlich sein, sie kann durchaus auch kurz und knapp und gut sein. Aber hier fehlt doch einiges und es sind auch viele Ziele darin, welche noch nicht erfüllt sind. So fehlt zum Beispiel auch ein verbindliches Bekenntnis und es sind zum Teil auch konkrete Fragen nicht wirklich beantwortet worden. All das fehlt und dadurch zeigt sich, dass dieses Postulat auch durchaus berechtigt ist.

Die Aus- und Weiterbildung und auch die Weiterbeschäftigung von selber ausgebildeten Lernenden hat bis jetzt keine grosse Priorität in der Gemeinde Köniz genossen – leider. Das räumt der Gemeinderat sogar selber ein. Wir erfahren, dass Ausbildungsplätze nur angeboten worden sind, wenn dies den jeweiligen Führungspersonen wichtig war. Fand ein Stellenwechsel statt und der Nachfolger oder die Nachfolgerin wollte dies nicht mehr, dann hat man dies gestrichen.

Dies ist für eine Gemeinde, welche eine Vorbildfunktion einnehmen sollte, sehr enttäuschend. Mit dem in Aussicht gestellten Personalentwicklungskonzept würde ein solches Bekenntnis, dies zu verbessern, nun vorliegen, aber ich finde leider nichts im Anhang, es wurde nichts mitgeliefert, nicht einmal ein Auszug daraus. Ich vermute mal, dieses besteht noch gar nicht.

Dann geht es weiter mit den Legislaturzielen 7.5 und der Massnahme 7.5.3, welche in der Antwort immer wieder erwähnt wird und dort haben wir auch in anderen Dokumenten des Parlaments gesehen, dass diese nicht erfüllt worden sind. Das zeigt auf, dass seit der Einreichung des Postulats nicht viel gegangen ist. So erstaunt es auch nicht, dass der Anteil Lernende im gesamten Personalbestand mit 4.5% sehr tief ist. Dabei würde es noch sehr viele Möglichkeiten geben: Handwerkliche Berufe könnte man anbieten, man könnte zum Beispiel auch in der Abfallentsorgung Lernfelder anbieten, man könnte in grünen Berufen Lernende ausbilden - das sind nur einige Beispiele.

Es geht dann noch weiter mit der Weiterbeschäftigungsquote: Diese ist ebenfalls sehr tief, auch das hat der Gemeinderat selber eingestanden. Ich sehe es so: Bildet das Personal doch selber aus, anstatt Teures extern einzukaufen und dieses danach erst ein halbes Jahr einarbeiten zu müssen, bis diese die Verwaltung überhaupt etwas kennen. Lernende aus der eigenen Gemeinde würden die Verwaltung bereits kennen und die Abläufe wären bereits klar, es wäre auch viel einfacher, diese in eine neue Funktion einzuarbeiten.

Aber auch hierzu findet man in der Antwort leider noch keine konkreten Massnahmen, dabei sind doch seit der Einreichung des Postulats bereits zwei Jahre vergangen. Was machen wir jetzt mit dieser Situation? Vielleicht nie mehr ein Postulat machen - das vielleicht als Hinweis an neue Parlamentsmitglieder, denn scheinbar erreicht man mit einem Postulat nicht viel Befriedigendes. Aber jetzt hier wieder eine Motion zu schreiben und zu fordern, dass der Anteil der Lernenden jährlich um 0.5% zu erhöhen ist, scheint auch nicht zielführend. Darum habe ich die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben: Der Gemeinderat hat ja in der Antwort die Wichtigkeit herausgestrichen und anerkannt und auch die Beilage 2 zum Beispiel, diese Neuaufteilung, die hat mir sehr gefallen. Es geht also etwas, es ist für mich einfach noch viel zu wenig handfest und zu wenig spürbar. Darum beantrage ich, das Postulat nochmals stehen zu lassen. Es ist ein guter Zeitpunkt hierfür, die neue Legislatur steht bevor, es gibt durch den Gemeinderat auch wieder eine Legislaturplanung, ob es noch derselbe ist oder ein neuer, werden wir sehen. Ich finde es halt sehr wichtig, dass hier konkrete Ziele zur Verbesserung von Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden der Gemeinde hineinkommen. Mit der Nichtabschreibung dieses Postulats hoffe ich, dass wir diese Aus- und Weiterbildung beim Gemeinderat auf dem Radar behalten können und er sich selber verbindliche konkrete Ziele setzen wird.

Dann erwarte ich auch – falls ihr mir folgt und helft dieses stehen zu lassen – dass in der Antwort das nächste Mal ein Auszug aus diesem Personalentwicklungskonzept beiliegen wird. Und zwar über alle Bereiche, welche die Aus- und Weiterbildung betreffen.

Dann geht es noch weiter: Wir haben noch die Motion "Überarbeitung des Personalrechts", welche noch in der Beantwortung ist. Mir wäre es ein grosses Anliegen, dass die Aus- und Weiterbildung, falls es dort allenfalls zur Überarbeitung kommen würde, angemessen berücksichtigt würde. Ich danke euch, wenn ihr mir helft, dieses Postulat nicht abzuschreiben und es so stehen lasst und beim Gemeinderat so die Aus- und Weiterbildung auf dem Radar bleibt.

Fraktionssprecher Andreas Lanz, EVP-glp-Mitte: Die EVP-glp-Mitte-Fraktion unterstützt das Anliegen der SVP. Bei der Ausbildung hat die öffentliche Hand auch Vorbildfunktion gegenüber privaten Firmen und Unternehmungen. Zudem hilft es, den Nachwuchs für Gemeindeangestellte sicherzustellen, wenn man Ausbildung betreibt. Eine gute Weiterbildung kann auch dazu beitragen, dass gute Mitarbeitende der Gemeinde erhalten bleiben, weil sie eben so die Chance kriegen, sich weiterzuentwickeln und dank dieser Weiterbildung, welche die Gemeinde ermöglicht und unterstützt, neue anspruchsvollere Aufgaben zu übernehmen.

Es steht die Frage im Raum, ob das Postulat abgeschrieben werden soll oder nicht. Reto Zbinden hat uns mit seinen Argumenten überzeugt. Wir werden das Postulat nicht abschreiben.

Soweit zum Inhaltlichen, nun habe ich noch zwei Bemerkungen an die SVP: Liebe Mitglieder der SVP-Fraktion, ihr merkt, wir finden euer Anliegen sinnvoll. Ihr müsst euch aber auch bewusst sein, dass ihr mit dem, was dieses Postulat verlangt, auch Kosten verursacht. Das ist nicht kostenlos zu bekommen. Gleichzeitig gegen eine befristete Steuererhöhung zu sein und dann einen Ausbau von Leistungen in der Gemeindeverwaltung zu verlangen, erachten wir doch als gewissen Widerspruch.

Natürlich kann man hoffen, dass man durch eine verstärkte Aus- und Weiterbildung langfristig Geld sparen kann, doch man muss sich auch bewusst sein, dass es kurzfristig etwas kosten wird, bis alles bereitgestellt ist. Und die zusätzliche Ausbildung von Lehrlingen, wenn das gewünscht und gemacht wird, wird zuerst einmal einige Jahre lang etwas kosten. Vielleicht etwa so lange, bis eine befristete Steuererhöhung auslaufen würde.

Zum Zweiten: Wir würden es sehr begrüßen, wenn die SVP-Fraktion bei kurzfristigen Anfragen anderer Parteien, wie wir dies heute erlebt haben, betreffend Unterstützung für ein Anliegen etwas flexibler reagieren würde, als dies in jüngster Vergangenheit geschehen ist.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti, SP: Auch die SP-Fraktion dankt der SVP-Fraktion für diesen Vorstoss, wir unterstützen das Anliegen sehr und wir danken gleichzeitig dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung.

Ich bin selber Berufsbilderin im Kinderspital Bern und habe dort jeden Tag mit der Ausbildung von Pflegefachpersonen zu tun. Ich weiss genau, dass Berufsbildung Knochenarbeit ist, mit schwierigen Momenten, wo es auch mal Tränen und Förderpläne gibt, aber schlussendlich auch mit sehr vielen schönen Momenten, mit Lernerfolgen und guten Abschlüssen.

Ein gutes Ausbildungsangebot gibt es nicht gratis, es ist ein grosser Arbeitsaufwand und eine sehr grosse Leistung, welche dahinter steckt und entsprechend kostet dies auch. Damit sind wir beim Stichwort Finanzen, wie dies mein Vorredner schon sehr schön zusammengefasst hat. Ich kann mich dem gleich anschliessen. In meinem Beruf ist dies etwas einfacher, als in der Gemeinde Köniz, denn hier werden die Betriebe für die Aus- und Weiterbildung vom Kanton bezahlt, mit gewissen Vorgaben, wie viele Ausbildungstage geleistet werden müssen. Dies ist aber in der Gemeinde Köniz anders: Für eine gute Aus- und Weiterbildung braucht es finanzielle Mittel von der Gemeinde, welche man auch als freiwillig anschauen kann.

Die SP-Fraktion begrüsst aber, dass Köniz das Ausbildungsangebot dem Bedarf von Fachkräften anpassen will. Dies ist wichtig, damit Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger auch einen geeigneten Job finden und nicht einfach um der Ausbildung willen ausgebildet werden. Selber komme ich aus einer ganz anderen Branche, in welcher bis im Jahr 2030 bis zu 30'000 Fachkräfte fehlen werden. Ich glaube, da sind wir in der Gemeinde Köniz in einer etwas anderen Situation.

Die SP Köniz begrüsst, dass die Gemeinde Köniz die Berufsbildung neu strukturiert und in der Personalstrategie 2021-2025 die Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz stärken und ausbauen will. Wir sind gespannt darauf.

Die SP-Fraktion begrüsst eine gute Aus- und Weiterbildung und freut sich auf die kommende Personalstrategie. Wir geben in diesem Sinne dem Gemeinderat einen Vertrauensvorschuss, dass die Personalstrategie so umgesetzt wird, wie in den Parlamentsunterlagen beschrieben ist.

Die SP-Fraktion stimmt somit mehrheitlich der Abschreibung zu.

Reto Zbinden, SVP: Zuerst will ich mich noch entschuldigen, denn ich bin wirklich etwas kurzfristig mit diesem Antrag gekommen, aber es war mir nach langem Überlegen wichtig, dass wir dies auf dem Radar behalten und das schaffen wir nur, wenn wir dies jetzt nicht abschreiben. Wenn wir das jetzt abschreiben, dann ist es einfach weg und was der Gemeinderat dann wirklich macht, das bekommen wir nicht einmal mehr zu Gesicht und das finde ich schade. Aber dass es viel zu kurzfristig gekommen ist, da gebe ich dir Recht, entschuldige Andreas Lanz. Ich hoffe, ihr könnt trotzdem zustimmen, das Postulat nicht abzuschreiben.

Doch ich muss trotzdem noch etwas zum Kosten-Nutzen-Verhältnis sagen, also zu den Kosten, welche hier immer angepriesen worden sind. Ich habe es zuvor gesagt, von mir aus kommt selber ausbilden mittelfristig günstiger, als teuer einkaufen. Dass es kurzfristig einige Investitionen braucht, das ist klar, aber mittelfristig ist es finanziell sinnvoll, Leute selber auszubilden.

Dann noch etwas wegen der Steuererhöhung: Ich kann mich erinnern, dass die BDP einem Steuersatz von 1.54 damals auch nicht zugestimmt hat. Dies nur am Rande.

Vielen Dank für die Unterstützung.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Vielen Dank für eure Voten. Dem Gemeinderat ist die Aus- und Weiterbildung durchaus wichtig. Dies klang jetzt so, als wenn dies nicht der Fall wäre, aber ich glaube, wenn ihr die Antwort gelesen habt, so ist hier bereits einiges gegangen und es ist bereits einiges aufgegleist. Es ist so, in der Vergangenheit war hier nicht alles ideal, es hing stark davon ab, wer für die Lernenden auf den bestimmten Abteilungen zuständig war. Das haben wir bereits geändert. Wir haben hier den ersten Schritt gemacht, damit es klare Zuständigkeiten gibt.

Das Postulat stellt ganz viele Fragen. Es ist zum Teil eher eine Interpellation und ich bin der Auffassung, dass man diese Fragen im Bericht durchaus beantwortet hat. Wir stellen auch klar dar, dass für gewisse Sachen die ersten Schritte gemacht worden sind. Es bestehen Absichten, aber ich glaube, die wesentlichen Fragen konnten wir beantworten und wenn du, Reto Zbinden den Eindruck hast, dass wenn wir jetzt abschreiben, dann nichts mehr passiert, dann darf ich dich korrigieren und kann versichern, dass es dem Gemeinderat ein Anliegen ist und wir daran sind und nicht einfach aufhören, daran zu arbeiten, wenn das Parlament hier keinen Vorstoss mehr pendent hat.

Ich glaube, man muss im Kopf behalten: Aus- und Weiterbildung gibt es nicht gratis. Das ist effektiv so: Es ist aufwändig, sei es für die Auszubildenden, damit diese die richtige Ausbildung haben, und dann im Alltag die Lernenden zu begleiten, zu unterstützen, wo dies nötig ist. Das kann nicht einfach nebenbei erledigt werden und das wollen wir regeln, damit die Zeit da ist und nicht einfach noch zusätzlich auf das Pensum oben draufkommt. Und es ist wichtig, dass man diese Leistung dann auch angemessen entschädigt und da sind wir ja immer in der Diskussion, dass es nicht mehr Stellen geben darf.

Dann zur Weiterbeschäftigung: Ich glaube, wir wissen alle, dass wenn jemand aus der Lehre kommt, er noch nicht auf dem Niveau ist, um jeden Job zu erledigen. Und wenn wir Fachkräfte suchen, dann suchen wir in der Gemeindeverwaltung nicht Lehrabgänger, sondern suchen Leute, welche eine längere Ausbildung oder längere Berufserfahrung haben. Dort kann man den Fachkräftemangel nicht einfach so lösen. Es ist im Interesse des Gemeinderates, dass man Leute, welche in der Gemeindeverwaltung gelernt haben, durchaus auch weiterbeschäftigen kann, doch es braucht in dem Moment einfach auch noch die richtige Vakanz und die richtige Person, welche diese Stelle übernimmt. Da kann man nicht einfach das Gefühl haben, man könne das Problem damit ganz lösen.

Ich habe wirklich den Eindruck, wir haben das Postulat mit unserem Bericht beantwortet. Die Fragen wurden aufgenommen und wir sind auch offen, dass es nicht überall schon eine Lösung gibt, aber da sind wir daran, diese zu entwickeln und umzusetzen. Ich bin der Auffassung, dass mit einer Nichtabschreibung in der Sache nicht viel gewonnen wird, denn machen werden wir dies sowieso, da brauchen wir vom Parlament keine Erinnerung oder Misstrauen.

Beschluss

Die Abschreibung des Postulats wird abgelehnt.
(Abstimmungsergebnis: offensichtliche Mehrheit)

Das Parlamentsbüro wird die Erfüllungsfrist nach Rücksprache mit der federführenden Direktion neu festlegen.

PAR 2021/96

V2108 Interpellation (EVP, glp, Mitte-Fraktion) „Ist die Gemeinde auf eine ausgedehnte Strommangellage vorbereitet?“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen; Gemeindeführungsorgan

Vorstosstext

Um aus dem Alltagsbetrieb heraus auf unerwartete Notlagen und Katastrophen richtig und zeitgerecht reagieren zu können, müssen sich die Verantwortlichen aller Stufen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft entsprechend vorbereiten.

Als Teil der nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz 2020» (KNS) aktualisierte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS auch den Katalog der Gefährdungen. Als Adressaten des Gefährdungskatalogs werden explizit auch die Verantwortlichen der kommunalen Stufe genannt.

Für die KNS 2020 erarbeitete das BABS 44 Gefährdungsdossiers und Szenarien⁴. Eines dieser Gefährdungsdossiers befasst sich mit der Strommangellage. Demzufolge stellt eine Strommangellage mit dem Szenario «gross» für die Schweiz das grösste Risiko dar. In diesem Szenario wird u. a. von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Stromunterversorgung von 30 %.
- Verbrauchseinschränkungen und Kontingentierungen während 12 Wochen.
- Einschränkungen des grenzüberschreitenden Energieaustauschs über 12 Wochen.
- Temporäre Netzabschaltungen während zweier Wochen.
- Mögliche unkontrollierte Stromausfälle.

Somit ist die uneingeschränkte und ununterbrochene Stromversorgung für die Endverbraucher*innen nicht mehr sichergestellt. Die Wirtschaft wird eine solche Mangellage aus eigener Kraft nicht überwinden können. Die Eintretenswahrscheinlichkeit ist in etwa vergleichbar mit einer Influenza-Pandemie, nämlich ca. alle 30 Jahre. Das monetarisierte Schadensausmass wird für eine Strommangellage aber als noch grösser geschätzt.

Eine schweizweite Strommangellage wird unweigerlich auch die Gemeinde Köniz treffen und mit ihr unmittelbar alle ihre Bewohner*innen sowie die gesamte Wirtschaft. Alle auf genügend elektrische Energie ausgerichteten Lebensbereich werden erheblich beeinträchtigt.

Daher wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Verfügt die Gemeinde Köniz über eine allgemeine und aktuelle Risikoanalyse hinsichtlich Katastrophen und Notlagen?**
- 2. Verfügt die Gemeinde Köniz über ein ausgearbeitetes und aktuelles Konzept und Planungen, wie sie in einer Strommangellage gemäss dem Szenario «gross» in ihrem Aufgaben- und Kompetenzbereich handeln will, in Bezug auf:**
 - Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung?
 - Die Aufrechterhaltung von Wasserversorgung und -entsorgung (inkl. Löschwasser)?
 - Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung?
 - Die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit der Bevölkerung und der Wirtschaft bei einem Ausfall der allgemeinen Kommunikationsmittel wie Fest- und Mobilfunknetz sowie dem Internet?
 - Die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs?
 - Die Versorgung der gemeindeeigenen Fahrzeugflotte mit genügend Treibstoff?
 - Den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr?
 - Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Verwaltungsaufgaben?
- 3. Sollten die Risikoanalysen oder Vorsorgepläne nicht oder nur teilweise vorhanden sein, wird der Gemeinderat gebeten auszuführen:**
 - Weshalb er darauf verzichtet hat bzw. weshalb diese nicht vollständig erarbeitet wurden?
 - Welche finanziellen und personellen Ressourcen notwendig wären, um für die Gemeinde Köniz eine umfassende Gefahrenanalyse für Katastrophen und Notlagen durchzuführen, die entsprechenden Vorsorgepläne zu erstellen und diese aktuell zu halten?
 - Welche finanziellen und personellen Ressourcen notwendig wären, um für die Gemeinde Köniz eine Gefahrenanalyse hinsichtlich einer Strommangellage mit dem Szenario «gross» durchzuführen, die entsprechenden Vorsorgepläne zu erstellen und diese aktuell zu halten?

Erstunterzeichner: Roland Akeret, glp Köniz
Zweitunterzeichner: Luc Brönnimann, glp Köniz

⁴ Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS:
<https://www.babs.admin.ch/de/aufgabenbabs/gefaehrdrisiken/natgefaehrdanalyse/gefaehrdossier.html#ui-collapse-79> (aufgerufen am 27.02.2021).

Eingereicht

15. März 2021

Unterschrieben von 13 Parlamentsmitgliedern

Roland Akeret, Luc Brönnimann, Lydia Feller, Iris Widmer, Markus Bremgartner, David Müller, Toni Eder, Katja Niederhauser, Simon Stocker, Franziska Adam, Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Andreas Lanz

Antwort des Gemeinderates

1. Verfügt die Gemeinde Köniz über eine allgemeine und aktuelle Risikoanalyse hinsichtlich Katastrophen und Notlagen?

Ja. Die Gemeinde stützt sich für die Risikoanalyse auf die Gefahrenanalyse des Kantons ab. Die Gefahrenanalyse wurde 2015 umfassend überarbeitet, die letzte Aktualisierung durch den Kanton fand im 2018 statt, die Verifikation durch die Gemeinde im 2019. Die aktuelle Gefahrenanalyse ist auf dem [Geoportal des Kantons](#) aufgeschaltet.

Zudem verfügt die Gemeinde über einen Risikokatalog; dieser wurde anfangs 2021 aktualisiert.

2. Verfügt die Gemeinde Köniz über ein ausgearbeitetes und aktuelles Konzept und Planungen, wie sie in einer Strommangellage gemäss dem Szenario «gross» in ihrem Aufgaben- und Kompetenzbereich handeln will:

Die Gemeinde verfügt über kein umfassendes Konzept für Strommangellagen gemäss Szenario "gross". Sie verfügt im Rahmen der Vorsorge für die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen über Konzepte und Einsatzdossiers in verschiedenen, durch eine Strommangellage betroffenen Bereiche. Zur Sicherstellung des Betriebs während Strommangellagen bzw. Stromausfällen hat die Gemeinde zudem für einzelne Gemeindedienste, die Feuerwehr, den Zivilschutz und das Gemeindeführungsgorgan (GFO) konkrete Vorkehrungen getroffen damit diese weiter funktionieren können.

- Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung?
 - Mit der Kantonalisierung der Gemeindepolizei sind viele Aufgaben und Kompetenzen an den Kanton übergegangen. Im Ressourcenvertrag mit Police Bern sind die Zuständigkeiten, Aufgaben und Leistungen festgehalten.
- Die Aufrechterhaltung von Wasserversorgung und -entsorgung (inkl. Löschwasser)?
 - Trink- und Löschwasserversorgung: Die Gemeinde verfügt über ein Konzept zur Trinkwasserversorgung in Notlagen (TWN). Im Rahmen der Überprüfung der Könizer Katastrophenorganisation durch den Kanton im 2018 wurde das Konzept auf seine Praxistauglichkeit überprüft (Szenario Trinkwasserverschmutzung) und für gut befunden.
 - Das Gegenstück zur Wasserversorgung, die Siedlungsentwässerung, wäre von einer Strommangellage auch teilweise betroffen. Die Abwasserentsorgung würde in einer Strommangellage durch den Ausfall der Pumpanlagen nur noch bedingt funktionieren. Zwar würde es zu keinen unmittelbaren Überschwemmungen führen aber es ist mit Gewässerverschmutzungen und Geruchsbildungen zu rechnen. Der personelle Aufwand für die Sicherstellung der vitalen Dienstleistung in der Überwachung und im Unterhalt würde sich massgeblich erhöhen.
- Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung?
 - Die Gemeinde verfügt über die folgenden Konzepte/Grundlagen im Bereich Gesundheitsversorgung:
 - Pandemieplanung: Die Pandemieplanung wurde 2009 erarbeitet, die Überarbeitung war für 2020 vorgesehen, konnte wegen der Corona-Pandemie aber dann nicht angegangen werden. Aufgrund der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie wird die Überarbeitung nun etwas umfassender erfolgen müssen. Es hat sich gezeigt, dass die Gemeinde in der eigentlichen Pandemiebewältigung nur eine marginale Rolle spielt.

- Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die so genannten vitalen Leistungen der Gemeinde (Bsp. die Wasserversorgung, die Abfallentsorgung, die Strassenreinigung, etc.) aufrechtzuerhalten.
- Evakuierungsplanung: Diese beinhaltet eine Übersicht über die Evakuationsinfrastruktur in Schulhäusern, Turnhallen und Zivilschutzanlagen.
 - Listen: Könizer Ärzte; Kontaktdaten des Samariterversins Niederscherli und Umgebung; Mahlzeitendienste/Mittagstische; Beratungs- und Betreuungsstellen, etc..
- Die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit der Bevölkerung und der Wirtschaft bei einem Ausfall der allgemeinen Kommunikationsmittel wie Fest- und Mobilfunknetz sowie dem Internet?
 - Ein wesentlicher Teil der Information der Bevölkerung wird in einer Strommangellage durch die nationalen Medien (SRF; SRF Regionaljournal) erfolgen.
 - Konzepte der Gemeinde:
 - Kommunikation in Krisenfällen; Kommunikationskonzept: Die wichtigsten Elemente sind in diesem Konzept festgehalten. Für die direkte Kommunikation mit der Bevölkerung steht der Gemeinde im Moment nur die Information mit Plakaten, Flugblättern und über mobile Lautsprecher zur Verfügung.
 - Notfalltreffpunkte: Die Verbesserung der direkten Information und Kommunikation mit der Bevölkerung ist schweizweit ein Thema. Dazu wird aktuell ein Netz an sogenannten Notfalltreffpunkten aufgebaut. Der Kanton Bern hat dazu ein [Konzept](#)⁵ erarbeitet; die Gemeinden sollen dieses in ihrem Hoheitsgebiet bis Ende 2023 umsetzen. Die Gemeinde Köniz wird Projekt im 2022 angehen. Die für die Konzeption, Einführung und Betrieb notwendigen Ressourcen werden im Budget 2023 aufgenommen.
 - Die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs?
 - Ein wesentliches Element der Versorgung mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs liegt in der Eigenverantwortung der einzelnen Bürgerin, des einzelnen Bürgers. Mit einem Notvorrat können kleinere Unterbrüche in der Versorgung ohne Probleme überwunden werden. Die Gemeinde hat das Thema z.B. im Köniz Innerorts bereits mehr als einmal aufgenommen.
 - Mit dem Konzept für die Trinkwasserversorgung in Notlagen hat die Gemeinde eine Grundlage für Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit dem wichtigsten Lebensmittel.
 - Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit weiteren lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sowie die Verteilung der Waren ist auch in Katastrophen und in Notlagen in erster Linie Sache der Privatwirtschaft. Die Rolle des Staats und damit der Gemeinde bleibt subsidiär. Die Gemeinde Köniz wäre aber in der Lage, eine Notverteilung über die Standorte für die Trinkwasserverteilung (Trinkwasserversorgung in Notlagen) zu betreiben.
 - Die Versorgung der gemeindeeigenen Fahrzeugflotte mit genügend Treibstoff?
 - Die Gemeinde verfügt im Werkhof der Gemeinde an der Muhlernstrasse 101 über eine notbetriebstaugliche Tankstelle. Damit ist auch sichergestellt, dass die Gemeindefahrzeuge ohne Netzstrom betankt werden können, von höchster Wichtigkeit für die vitalen Leistungen, insbesondere auch die Einsatzformationen von Feuerwehr und Zivilschutz.
 - Den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr?
 - Die Grundlagen für die den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr sind im Handbuch KOVE (Koordination des Verkehrswesens im Hinblick auf Ereignisfälle) des Bundesamts für Verkehr festgehalten. Basierend auf den Rechtsgrundlagen definiert das darin enthaltene Konzept für die Aufrechterhaltung des Verkehrs in Katastrophen und Notlagen die Arbeitsteilung zwischen den Akteuren im Verkehrswesen. Die SBB sind die beauftragte Organisation für die Systemführung im Schienenverkehr. Die PostAuto AG ist die beauftragte Organisation für die Systemführung im öffentlichen, regionalen Personenverkehr (RPV) und im öffentlichen Ortsverkehr (OV) auf der Strasse (Bus und Tram).

⁵ https://www.bevoelkerungsschutz.sites.be.ch/bevoelkerungsschutz_sites/de/index/fuehrung/fuehrung/ntp.html

- Beim motorisierten Individualverkehr ist der Kanton verantwortlich für das Verkehrsmanagement auf Kantons- und Gemeindestrassen sowie den sicheren Betrieb und den Unterhalt der Kantonsstrassen. Die Zuständigkeit der Gemeinde beschränkt sich auf den Unterhalt und den sicheren Betrieb der Gemeindestrassen. Der Strassenunterhalt der Gemeinde Köniz ist als so genannt vitale Leistung definiert (Pandemieplanung), für eine Strommangellage würde dies ebenso gelten.
- Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Verwaltungsaufgaben?
 - Für die Hauptstandorte der Gemeindeverwaltung (Landorfstrasse 1; Muhlernstrasse 101; Sägestrasse 65, Stapfenstrasse 13) liegen keine Konzepte zur Sicherstellung des Betriebs während einer Strommangellage bzw. während eines Stromausfalls vor. Im Risikokatalog der Gemeinde ist dieses Szenario erfasst; als Massnahmen soll u.a. zusätzliche Notstrominfrastruktur beschafft werden. Viele Verwaltungsaufgaben sind auch während einem Stromausfall gewährleistet; z.B. Erfassung von Neuzuzügern auf Papier.
 - Der Standort der Feuerwehr an der Sägestrasse 42 verfügt über eine Notstromversorgung zur Sicherstellung des Betriebs der Feuerwehr und Teilen der Verwaltung. Die Bereitstellungsanlage des Zivilschutzes unter der Schulanlage Blindenmoos in Schliern mit den Kommandoposten von Zivilschutz und Gemeindeführungsorgan ist mit einem Notstromaggregat ausgerüstet und kann so auch ohne Strom vom Netz mehrere Tage funktionieren.

3. Sollten die Risikoanalysen oder Vorsorgepläne nicht oder nur teilweise vorhanden sein, wird der Gemeinderat gebeten auszuführen:

- Weshalb er darauf verzichtet hat bzw. weshalb diese nicht vollständig erarbeitet wurden?
 - Mit der Verordnung über Katastrophen und Notlagen (VKaNo) hat der Gemeinderat den Auftrag für Vorbereitungsmaßnahmen zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen dem Gemeindeführungsorgan (GFO) übertragen. Das GFO hat diese Vorbereitungen in Form von sogenannten Einsatzdossiers für die einzelnen Fachbereiche dokumentiert. Die Einsatzdossiers sind, mit Ausnahme der Pandemieplanung soweit aktuell.
 - Wenn man die Einsatzdossiers mit den Risiken aus der Gefahrenanalyse abgleicht, bestehen in einzelnen Fällen noch Lücken die es zu füllen gilt. Gerade bei den Strommangellagen und bei Stromausfällen ist dies der Fall.
 - Das GFO hat die Erarbeitung dieser Grundlagen aktuell sistiert, weil der Kanton den Leitfaden für Notfallplanungen überarbeitet. Die ersten Muster-Vorlagen sollten diesen Herbst zur Verfügung stehen; die Muster-Vorlage "Versorgung (Not)-Strom" ist für 2022 angekündigt.
 - Mit der Überarbeitung der Einsatzdossiers bzw. deren Überführung in die Mustervorlagen soll im 2022 gestartet werden.
- Welche finanziellen und personellen Ressourcen notwendig wären, um für die Gemeinde Köniz eine umfassende Gefahrenanalyse für Katastrophen und Notlagen durchzuführen, die entsprechenden Vorsorgepläne zu erstellen und diese aktuell zu halten?
 - Für die umfassende Gefahrenanalyse braucht es keine zusätzlichen Ressourcen, diese liegt vor und ist aktuell.
 - Für die Erstellung bzw. die Überarbeitung und Ergänzung der entsprechenden Vorsorgepläne (inkl. Notfalltreffpunkte und Strommangellage), abgestützt auf die Mustervorlagen des Kantons kann der Ressourcenbedarf im Moment nur geschätzt werden. Es muss aber mit insgesamt rund 500 - 600 Stunden gerechnet werden. Pro Vorsorgeplanung ist dies im Durchschnitt eine Woche Arbeit.
 - Die Überarbeitung kann durch die Mitglieder des GFO erfolgen. Aufgrund der begrenzten Ressourcen dauert eine umfassende Überarbeitung rund drei bis vier Jahre.
 - Wenn die Überarbeitung und Ergänzung der Einsatzdossiers möglichst zeitnah erfolgen soll, ist eine 50% Stelle während einem Jahr notwendig. Dafür braucht es eine qualifizierte Fachperson mit Erfahrung in der Vorsorgeplanung. Es muss mit Kosten (inkl. Personalnebenkosten) von rund CHF 70'000.- gerechnet werden.

- Die nachfolgende laufende Aktualisierung sollte ohne zusätzliche Ressourcen im Rahmen der Tätigkeiten des GFO sichergestellt werden können.
- Welche finanziellen und personellen Ressourcen notwendig wären, um für die Gemeinde Köniz eine Gefahrenanalyse hinsichtlich einer Strommangellage mit dem Szenario «gross» durchzuführen, die entsprechenden Vorsorgepläne zu erstellen und diese aktuell zu halten?
 - Die notwendigen Ressourcen für die Erstellung der Vorsorgepläne bei einer Strommangellage sind in den vorangehenden Ressourcenschätzungen inbegriffen.

Köniz, 18. August 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Keine

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichner Roland Akeret, glp: Besten dank der Verwaltung und dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Wir alle profitieren von einer stabilen Stromversorgung. Wie stark ein Stromausfall ins tägliche Leben eingreift, haben eventuell schon einige von uns erlebt. Ich kann mich noch gut an den Sturm Lothar im Jahr 1999 erinnern, welcher hier in Köniz zu grösseren Stromausfällen geführt hat. Der Unterbruch war aber glücklicherweise lokal und zwar konnte ich bei meiner Arbeitgeberin, der damals noch existierende Stadtpolizei Bern, noch warm duschen gehen. Unsere sichere und flächendeckende Stromversorgung hängt ganz zentral vom europäischen stabilen Gleichgewicht zwischen Stromerzeugung und Verbrauch zusammen oder ab. Diese Netzstabilität ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Dass diese Stabilität aber immer gewährleistet ist, darauf können wir uns nicht verlassen. Wie in der Interpellation ausgeführt, ist zirka alle 30 Jahre statistisch mit einer ausgedehnten Strommangellage zu rechnen. Das solche Szenarien nicht nur reine Statistik sind, das zeigt uns die laufende Corona Pandemie. In der Bewältigung von Notlagen und Katastrophen müssen sich alle Stufen des Staatswesens entsprechend vorbereiten. Das beginnt bei uns allen als Bürgerinnen und Bürger mit dem Notvorrat. Weiter müssen Gemeinden, Kanton und Bund auf ihren Stufen ihre Vorbereitungen treffen. Und bei den Vorbereitungen auf Stufe Gemeinde sind auch wir als Parlament in der Verantwortung und darum haben wir von der Mitte-Fraktion auch diese Interpellation eingereicht. Die Antwort des Gemeinderates ist sehr ausführlich und zeigt auf, dass die Gemeinde auf eine grosse Strommangellage nur ungenügend vorbereitet ist. Es wird zwar erwähnt, dass Konzepte und Dossiers für verschiedene von einer Strommangellage betroffenen Bereiche vorhanden sind, ob und in welchem Umfang eine Strommangellage bei der konkreten Ereignisbewältigung diese beeinträchtigen würden, davon lesen wir aber nichts.

Bezüglich Trinkwasser sind wir glücklicherweise auf das Szenario Wasserverschmutzung gut vorbereitet. Auch gibt es ein Konzept zur Notversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser. Ob dabei aber auch an eine Strommangellage gedacht worden ist, erfahren wir nicht und auf das Thema Löschwasser wird gar nicht erst eingegangen. Ich will mir nicht vorstellen, was ablaufen würde, wenn zum Beispiel im nächsten Januar in einer Phase eines flächendeckenden Blackouts irgendwo auf Gemeindegebiet ein Grossbrand ausbrechen würde und die betroffene Bevölkerung dann in Notunterkünften untergebracht werden müsste. Hirngespinnste? Erhoffe dir das Beste, rechne mit dem Schlimmsten.

Klaren Wein wird uns dann beim Abwasser eingeschenkt: Hier müssen wir mit Gewässerverschmutzung und Geruchsbildung rechnen. Dabei dürfte die Geruchsbildung aber das kleinste Problem sein. Erfreulich ist doch die Tatsache, dass die Gemeinde bis ins Jahr 2023 Ressourcen für Notfalltreffpunkte budgetieren möchte und dass für die gemeindeeigene Fahrzeugflotte genügend fossiler Treibstoff zur Verfügung stehen würde. Wie sieht es aber aus, wenn die Fahrzeugflotte dereinst vollständig elektrifiziert ist?

Gemäss Gemeinderat sind mit Ausnahme der Pandemieplanung alle vorhandenen Einsatzdossiers aktuell, was sehr erfreulich ist. Offenbar hat aber eine interne Analyse ergeben, dass für verschiedene Risikobereiche solche Dossiers fehlen. Und das ist bei der Strommangellage und bei Stromausfällen der Fall. Das Erarbeiten dieser fehlenden Dossiers, würde mit den vorhandenen Ressourcen etwa drei bis vier Jahre dauern. Für ein zeitnahes Erstellen rechnet der Gemeinderat mit 50 Stellenprozenten für die Dauer eines Jahres.

Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die Gemeinde für ihre Bevölkerung und die Wirtschaft auch in Notlagen und Katastrophen möglichst gut vorbereitet ist. Die vorliegende Antwort zeigt aber auf, dass das noch nicht der Fall ist. In diesem Sinne hat diese Interpellation ihren Zweck erfüllt und darum bin ich auch mit der Antwort zufrieden. Nicht befriedigt ist aber die Mitte-Fraktion mit dem Vorbereitungsgrad der Gemeinde auf Notlagen und Katastrophen und um diesen Missstand schnellstmöglich zu beheben, haben wir eine Motion eingereicht.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2021/97

V2115 Interpellation (EVP-glp-Mitte-Fraktion) „Kann eine geschickte Behebung des Schutzraumdefizits Köniz endlich zu einem Hallenbad verhelfen?“

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

In der Gemeinde Köniz gibt es heute kein für die breite Bevölkerung zugängliches Hallenbad.⁶ Köniz steht damit schlecht da: wie im «Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept Köniz»⁷ festgehalten ist, kommen im gesamtschweizerischen Vergleich auf 40'000 Einwohnerinnen und Einwohner zwei Hallenbäder oder Lehrschwimmbecken. Obschon ein Hallenbad auch von Sport- und Ortsvereinen gewünscht wird, ist angesichts der Finanzlage von Köniz offensichtlich, dass die Gemeinde ein Hallenbad in absehbarer Zeit nicht mit eigenen Mitteln realisieren können.

Um der Schutzraumbaupflicht gemäss Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG)⁸ nachzukommen und das Schutzraumdefizit in Köniz zu beheben, sind Investitionen der öffentlichen Hand oder privater Hauseigentümer*innen notwendig.⁹ Da der Bedarfsfall für die Nutzung von Schutzräumen glücklicherweise sehr selten eintritt, kommt der Nutzung von Schutzräumen in normalen Zeiten eine grosse Bedeutung zu: Gefragt sind multifunktionale Schutzräume, die in normalen Zeiten einen möglichst grossen Nutzen bringen und im Bedarfsfall innert kurzer Frist zur Verfügung stehen.

Der Gemeinderat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten und zu erörtern, ob in Köniz Synergien zwischen der Erfüllung der Schutzraumbaupflicht bzw. der Bereitstellung anderer Notfallräume (z. B. eines Notspitals) und der Bereitstellung eines Hallenbads oder anderer raumabhängiger Angebote mit öffentlichem Nutzen hergestellt werden können:

1. Wo in der Gemeinde Köniz besteht heute ein Schutzraumdefizit? Wie wirken sich die vom Gemeinderat geplanten Überbauungsprojekte auf das Schutzraumdefizit aus? Welche Summen müssen investiert werden, um das Schutzraumdefizit zu beheben?
2. Besteht die Möglichkeit, ein Hallenbad so zu bauen, dass es im Bedarfsfall als Schutzraum im Sinne des BZG oder anderweitig als Notfallraum genutzt werden kann?

⁶ Das Lehrschwimmbad Niederwangen ist in erster Linie für den obligatorischen Schwimmunterricht und den Schulsport reserviert und nur wenige Stunden pro Woche für die Öffentlichkeit zugänglich.

⁷ https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/5688/2014-12-08_T06_VO1209_Bewegungsraum-Sportanlagekonzept.pdf

⁸ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/887/de>

⁹ Letztere können auch Ersatzbeiträge leisten.

Wenn ja, welche Vor- und Nachteile hätte eine solche doppelte Nutzung (z. B.: Hallenbäder und Schutzräume benötigen sanitäre Einrichtungen; der Betrieb eines Hallenbads kann bei Bedrohungslagen, die den Bezug von Schutzräumen erfordern, sofort eingestellt werden; Hallenbäder und Schutzräume können unterirdisch gebaut werden)?

3. Welche Standorte in Köniz kämen für den Bau eines Hallenbads, welches im Bedarfsfall als Schutzraum oder anderweitig als Notfallraum genutzt werden könnte, in Frage (z. B. unterirdische Fläche im Rappentöri)?
4. Welche anderen Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um einen Schutzraum oder einen anderen Notfallraum so zu gestalten, dass er in normalen Zeiten möglichst grossen öffentlichem Nutzen hat?
5. Wie kann die Gemeinde darauf hinwirken, dass multifunktionale Schutzräume mit öffentlichem Nutzen tatsächlich erstellt werden (z. B. im Rahmen einer Überbauungsordnung, wie sie derzeit für das Rappentöri-Areal erarbeitet wird)?
6. Besteht die Möglichkeit, ein Hallenbad oder ein anderes raumabhängiges Angebot mit öffentlichem Nutzen, direkt oder indirekt mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, wenn dieses in einem Schutzraum oder einem anderweitigen Notfallraum untergebracht ist (Abgeltung der Bereithaltung eines Schutz- oder Notfallraums)?

Köniz, Mai 2021

Eingereicht

25. Mai 2021

Unterschrieben von 10 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Roland Akeret, Matthias Müller, Markus F. Bremgartner, Andreas Lanz, Tanja Bauer, Sandra Röthlisberger, Beat Biedermann, Katja Niederhauser-Streiff, Toni Eder

Antwort des Gemeinderates

- 1. Wo in der Gemeinde Köniz besteht heute ein Schutzraumdefizit? Wie wirken sich die vom Gemeinderat geplanten Überbauungsprojekte auf das Schutzraumdefizit aus? Welche Summen müssen investiert werden, um das Schutzraumdefizit zu beheben?**

Im Quartier Spiegel-Liebefeld ist der Bilanzwert am tiefsten, lediglich auf rund 77%.
Aktuell liegt dieser Wert im Durchschnitt über die ganze Gemeinde bei rund 105%.
Die Schutzplatzbilanz soll bei 120% liegen. Es fehlen folglich aktuell rund 6'500 Schutzplätze.
→ Details in der Beilage 1 "Schutzplatzbilanz"

In der Vergangenheit wurde es in Köniz offenbar verpasst, bei grösseren Bauprojekten die nötigen Schutzplätze (zB. öffentliche Schutzräume) zu bauen bzw. die Bauherrschaft zum Bau zu verpflichten. Die "120%-Bilanz-Regel" wird insbesondere bei neu eingereichten Baugesuchen (>38 Zimmer) zur Beurteilung der Schutzraumbaupflicht bzw. -befreiung relevant.

In grossen Bauvorhaben wie beispielsweise in Tiefgaragen können nahezu problemlos x-tausend "Öffentliche Schutzräume /-plätze" geplant werden, wobei in Friedenszeiten diese Räume ja anderweitig genutzt werden können, ganz und/ oder teilweise. Hierzu können pro Schutzplatz entsprechende Entnahmen aus dem Ersatzbeitragsfonds beantragt und erwartet werden.
(Kantonale Bevölkerungsschutzverordnung, KBSV; 8.4.3 Entnahmen aus dem Ersatzbeitragsfonds; 8.4.4. Verwendung der Ersatzbeiträge)

Der planerische Wert eines Schutzplatzes in einem öffentlichen Schutzraum wurde in den vergangenen Jahren bei rund CHF 1'800.- genannt (KBSV Art. 89). Dieser Wert wäre auch derjenige Betrag, welcher zur Entnahme aus dem Ersatzbeitragsfonds beim Kanton Bern beantragt werden kann.

Die Investitionssumme der fehlenden rund 6'500 Schutzplätze multipliziert mit der Annahme von CHF 1'800.- je Schutzplatz in einem öffentlichen Schutzraum (Tiefgarage, Multifunktionalgebäude, Halle, Eissporthallen, usw.) ergibt die Summe von CHF 11'700'000.-, was zumindest den möglichen und zu beantragenden Rückflusswert aus dem Ersatzbeitragsfonds beziffert.

- 2. Frage 2 Besteht die Möglichkeit, ein Hallenbad so zu bauen, dass es im Bedarfsfall als Schutzraum im Sinne des BZG oder anderweitig als Notfallraum genutzt werden kann? Wenn ja, welche Vor- und Nachteile hätte eine solche doppelte Nutzung (z. B.: Hallenbäder und Schutzräume benötigen sanitäre Einrichtungen; der Betrieb eines Hallenbads kann bei Bedrohungslagen, die den Bezug von Schutzräumen erfordern, sofort eingestellt werden; Hallenbäder und Schutzräume können unterirdisch gebaut werden)?**

Der Gemeinderat kann Synergien mit einer Mehrfachnutzung von solchen Räumen (auch anteilsweise) erkennen. Wie in Antwort zu Frage 1 dargestellt, sind schweizweit andere ähnliche Projekte seit Jahren erstellt und funktionieren bestens (zB. Tunnel in Luzern, Tiefgaragen, usw.). Wir kennen dies beispielsweise aus der Tiefgarage "Stapfen, Köniz".

Eine intensivere Mehrfachnutzung ist seit Jahren in Worb etabliert. Dort wird die Eishalle mit einem Hallen- und Freibad kombiniert, unter welchen eine grosse Schutzanlage des Zivilschutzes erstellt wurde. Offenbar werden dort jeweils Garderoben mehrfach verwendet. Auch befindet sich in der Anlage eine vermietbare Kollektiv-Unterkunft (Zusatzeinkünfte), sowie der Führungsstandort der Zivilschutzorganisation Worb-Bigenthal.

Ein weiteres Beispiel ist die Anlage unterhalb des Eisstadions Allmend Bern (Wankdorf) welche mehrfach genutzt wird. Auch in Grindelwald wird eine solche Anlage mehrfach genutzt.

- 3. Welche Standorte in Köniz kämen für den Bau eines Hallenbads, welches im Bedarfsfall als Schutzraum oder anderweitig als Notfallraum genutzt werden könnte, in Frage (z. B. unterirdische Fläche im Rappentöri)?**

Es macht Sinn, dass die ergänzenden, aktuell fehlenden Standorte zentral gesucht werden. Das grösste Defizit ist im Quartier Spiegel-Liebefeld zu vermerken. Hier liegt die Schutzplatzbilanz auf lediglich 77%.

Eine Neuzuteilung der Bürgerinnen und Bürger in den entsprechenden Schutzraum obliegt der Zivilschutzorganisation und kann problemlos angepasst werden. Daher kann ein möglicher neuer Standort auch ausserhalb eines Quartieres entstehen. Die Zuweisungsplanung wird dann entsprechend mutiert.

Der Standort sollte sicher zentral sein. Aufgrund der Synergien, würde sich die Weiermatt (angrenzende Fläche an Badi anbieten). Auch der Standort Rappentöri wäre allenfalls denkbar.

Wobei auch weitere Interessenten hinzugezogen werden müssen. So sind Platzbedarf mindestens der Feuerwehr sowie der Zivilschutzorganisation bereits bekannt. Hier wären Parkmöglichkeiten, Aufenthaltsräume und Materialmagazine gefragt, was ebenfalls nach einer Mehrfachnutzung deutet.

- 4. Welche anderen Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um einen Schutzraum oder einen anderen Notfallraum so zu gestalten, dass er in normalen Zeiten möglichst grossen öffentlichem Nutzen hat?**

Der Bau von Tiefgaragen exemplarisch bei mittleren bis grösseren Bauvorhaben wie etwa eine Überbauung, ein Fussballplatz, ein Hallenbad, ein Eissportzentrum, ein Einkaufscenter, ein Werkhof, usw. jeweils mit entsprechender Verpflichtung der Eigentümer zum Bau von Schutzplätzen in öffentlichen Schutzräumen.

- 5. Wie kann die Gemeinde darauf hinwirken, dass multifunktionale Schutzräume mit öffentlichem Nutzen tatsächlich erstellt werden (z. B. im Rahmen einer Überbauungsordnung, wie sie derzeit für das Rappentöri-Areal erarbeitet wird)?**

Mit Voraussicht und langsichtiger Planung von Grossprojekten und Anwendung des geltenden Rechts (da die Schutzplatzbilanz unter 120% liegt = Verpflichtung zum Schutzraum-Bau).

Eine Mehrfachnutzung und/ oder die Multifunktionalität machen aus Sicht des Zivilschutzes bei entsprechendem Bauvorhaben Sinn, namentlich dort wo >1'000 und mehr Schutzplätze in öffentlichen Schutzräumen erreicht werden können.

6. Besteht die Möglichkeit, ein Hallenbad oder ein anderes raumabhängiges Angebot mit öffentlichem Nutzen, direkt oder indirekt mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, wenn dieses in einem Schutzraum oder einem anderweitigen Notfallraum untergebracht ist (Abgelattung der Bereithaltung eines Schutz- oder Notfallraums)?

Beim Bau von öffentlichen Schutzräumen kann ein entsprechender Betrag aus dem Ersatzbeitragsfonds, siehe Antwort zu Frage 1, beim Kanton beantragt werden (KBSV, Art. 88 und Art. 89; Beitrag: CHF 1800.- pro Schutzplatz).

Köniz, 11. August 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Schutzplatzbilanz Gemeinde Köniz
- 2) Kantonale Bevölkerungsschutzverordnung, KBSV

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichner Casimir von Arx, glp: Vielleicht haben sich einige unter euch beim Lesen des Interpellationstitels gefragt, worum es hier genau geht. Zugegeben: Der Zusammenhang zwischen Zivilschutz und Hallenbädern ist nicht alltäglich. Wie ihr aber aus der Antwort des Gemeinderats sehen konntet, ist dieser Zusammenhang gar nicht so abwegig. Aber der Reihe nach.

Gemäss Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz besteht eine Schutzraumbaupflicht. In der Antwort des Gemeinderats lesen wir, dass wir in Köniz diese Pflicht derzeit nicht erfüllen: Es fehlen 6'500 Schutzplätze. Die Zahl der Schutzplätze in unserer Gemeinde ist damit knapp 12 Prozent zu gering.

Wie konnte es so weit kommen? Der Gemeinderat schreibt dazu Folgendes: "In der Vergangenheit wurde es in Köniz offenbar verpasst, bei grösseren Bauprojekten die nötigen Schutzplätze (z.B. öffentliche Schutzräume) zu bauen bzw. die Bauherrschaft zum Bau zu verpflichten." Vielleicht habt Ihr es gemerkt: Der Gemeinderat verwendet in diesem Satz eine Passivkonstruktion mit "wurde". Diese Satzkonstruktion bietet sich an, wenn man nicht sagen möchte, wer es denn genau war, der in Vergangenheit die Einhaltung der Schutzraumbaupflicht "verpasste". Ich gehe davon aus, dass "in der Vergangenheit" sich auf einen Zeitraum bezieht, wo noch keines der heutigen Gemeinderatsmitglieder im Amt war.

Kommen wir aber zurück zum eigentlichen Thema: Der Kanton Bern verfügt über einen sog. Ersatzbeitragsfonds. Dort kann man, wie der Gemeinderat schreibt, pro zu erstellendem Schutzplatz CHF 1'800 beantragen. Für 6'500 Schutzplätze gäbe das die stolze Summe von CHF 11.7 Mio. Das ist doch ein nennenswerter Betrag.

Nun haben es Schutzplätze an sich, dass man sie glücklicherweise äusserst selten für den Ernstfall braucht. Trotzdem müssen sie vorhanden sein. Umso wichtiger ist es, dass man die Schutzplätze so baut, dass sie in normalen Zeiten – also fast immer – für eine andere Nutzung gebraucht werden können. Und hier kommt nun das Hallenbad ins Spiel: Diese andere Nutzung muss nämlich so sein, dass man sie im Ernstfall sofort einstellen kann. Es würde beispielsweise keinen Sinn ergeben, die Schutzräume in normalen Zeiten als Lebensmittellager oder als Spital zu nutzen, denn auch in Notlagen braucht man Lebensmittellager und Spitäler.

Auf den Betrieb eines Hallenbads hingegen kann man in einer Notlage ohne Weiteres verzichten. Man muss einfach schauen, dass die Schutzplätze instandgehalten werden, damit sie im Ernstfall einsatzbereit sind.

Wie wir in der Antwort des Gemeinderats lesen können, wird in Worb eine solche Synergie zwischen einer Zivilschutzanlage, einem Hallenbad, einem Freibad und einer Eishalle genutzt. Eine solche Mehrfachnutzung sollten wir auch in unserer Gemeinde anstreben, wenn wir das Schutzraumdefizit beheben wollen, was wir ja sowieso machen müssen. Der Gemeinderat nennt als mögliche Standorte die Wiese neben der Badi und das Rappentöri-Areal.

Natürlich kann man mit CHF 11.7 Millionen noch kein Schwimmbad bauen – jedenfalls kein Richtiges. Die 50-Meter-Schwimmhalle im Neufeld kostet, so meine ich, CHF 52 Mio., falls dieser Wert noch aktuell ist. Aber durch die Synergie zwischen der Bereitstellung von Schutzplätzen und dem Betrieb interessanter Infrastrukturen, wie eines Hallenbads, kann die Erstellung des Hallenbads vergünstigt werden. Angesichts unserer Finanzlage ist aber klar, dass nicht die Gemeinde der Investor wäre.

Als Interpellant erkläre ich mich von der Antwort befriedigt. Sie zeigt allerdings auch auf, dass der Gemeinderat den Grundgedanken der Interpellation weiterverfolgen sollte. Ich könnte mir daher vorstellen, demnächst einen entsprechenden Auftrag nachzureichen: Der Gemeinderat soll genauer untersuchen, wo und wie er eine Synergie zwischen der Erstellung der fehlenden Schutzplätze und dem Bau eines Hallenbads oder einer Anlage auch für weitere Sportarten herbeiführen kann. Der Gemeinderat könnte ja zum Beispiel mal bei der Migros, die ja schon Erfahrung mit Hallenbädern hat, anfragen, ob sie das Rappentöri als Standort für ein weiteres Hallenbad sehen würde. Man sagt ja, dass sich sonst auch andere Detailhändler für die Flächen im Rappentöri interessieren. Das einfach so als Gedanke.

David Burren, SVP: Ich will nicht zu viel sagen, das Thema Schutzraum ist vermutlich so verschlafen und verstaubt, dass es ziemlich in Vergessenheit geraten ist. Das Thema ist nicht Alltagskost und das spricht eigentlich auch für sich und zeigt, dass die Schweiz punkto Sicherheit und Schutz gut aufgestellt ist. Eine Mehrfachnutzung von Schutzraum ist sicher auch in den Augen unserer Fraktion wann immer möglich anzustreben. Ob die Lösung in Kombination mit einem Hallenbad die richtige Lösung ist, da will ich mich nicht weiter dazu äussern. Im Gegensatz zu anderen Interpellationen - wir kommen noch dazu, bei der es um die Abgabe von Bauland geht - ist die Antwort hier ziemlich ausführlich und mit einer ganzen Verordnung im Anhang gespickt. Bei dieser Antwort kommt bei mir der leichte Verdacht auf, ob dies vielleicht beinahe ein bestellter Vorstoss ist. Es ist wohl erwünscht, dass das Thema Schutzraum aufs politische Parkett kommt.

Offensichtlich ist die Problematik mit dem Schutzraumdefizit einfach in Vergessenheit geraten und könnte für die Gemeinde in Zukunft zu einer finanziellen Zeitbombe werden. Ich denke nämlich, dass es auch in guter Kombination mit einem Drittprojekt, nicht möglich sein wird, Schutzraumplatz für CHF 1'800 aus dem Kantonalen Fonds zu erstellen. Auf unsere Gemeinde könnten so erhebliche Kosten zukommen, weil die fehlenden 6'500 Schutzplätze werden die Gemeinde sicher strukturell und finanziell vor grosse Herausforderungen stellen. Ich weiss auch nicht, ob dieses Thema Schutzraumdefizit nur ein Könizer Problem ist oder in Köniz ein Problem daraus gemacht wird und andere Gemeinden das so gar nicht kennen. Wenn das nicht nur in Köniz ein Problem ist, dann müsste in meinen Augen auf Kantonsebene die nicht mehr ganz zeitgemässe 120%-Regelung in der Schutzplanbilanz nach unten angepasst werden. Unsere Kantonsvertreter könnten dort ja einmal aktiv werden.

Ich hoffe, der zuständige Gemeinderat findet Lösungen auch ohne Hallenbad, um diese mit dieser Interpellation aktivierte Zeitbombe zu entschärfen, bevor diese explodiert.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2021/98

V2116 Interpellation (EVP-glp-Mitte-Fraktion) „Entwicklung des Morillonguts oder: Wie viele Planungen kann die Gemeinde parallel vorantreiben?“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Anfang April wurde bekannt, dass nach einem Besitzerwechsel die Villa und der Park auf dem Morillongut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.¹⁰ Damit werde die Möglichkeit geschaffen, die angrenzende Baulandfläche mit über 100'000 Quadratmetern zu entwickeln. Gemäss Aussage des zuständigen Gemeinderats hätte es dort Platz für Wohnraum für bis zu 3'500 weitere Einwohnerinnen und Einwohner. Die Grundeigentümerschaft zeigt Interesse daran, die gültige Überbauungsordnung für diese Freifläche zusammen mit der Gemeinde nach heutigen Planungsgrundsätzen weiterzuentwickeln.

Indes hat der Gemeinderat aufgrund Überlastung der Verwaltung diverse Planungsprojekte sistiert, darunter auch die Beplanung der erwähnten Bauzone (Sistierung bis Ende 2023). Offenkundig besteht also eine gewisse Notwendigkeit, (wachstumsfördernde) Planungen in Köniz zu priorisieren und die sinnvolleren gezielt voranzutreiben. Dies scheint auch der Gemeinderat so zu sehen, wie er in einer Medienmitteilung¹¹ vom 17. Mai schreibt:

«Köniz ist eine Gemeinde, die wächst. Damit sich die Gemeinde weiterentwickeln kann, sind Investitionen notwendig. Angesichts der angespannten Finanzlage muss sich Köniz aber die Frage stellen, wann und über welchen Zeitraum hinweg die Gemeinde in grosse Vorhaben investieren will.»

Der Gemeinderat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Hat die Gemeindeverwaltung (insbesondere die Planungsabteilung und Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte) realistischerweise genug Ressourcen, um alle anstehenden Arealentwicklungen, insbesondere Liebefeld Mitte, Zentrum Köniz Nord, Sägestrasse, und Planungen wie die Weiterentwicklung des Morillonguts und die Einzonung der Balsigermatte gleichzeitig voranzutreiben?
2. Gemäss Aussagen aus dem Gemeinderat werden die Gemeindefinanzen durch wachstumsbedingte Vorinvestitionen belastet, wobei sich dieses Problem nicht durch noch mehr Wachstum lösen lasse.¹² Ist es aus Sicht des Gemeinderats zielführend, wachstumsfördernde Planungen parallel voranzutreiben, zumal die zahlreichen Aufzonungen aus der OPR in Einzelvorhaben bereits Wachstum generieren werden.
3. Spielt es dem Gemeinderat bei der allfälligen Priorisierung einzelner Planungen eine Rolle, ob Infrastrukturen wie Schulraum und eine öV-Erschliessung bereits ausreichend vorhanden sind? Und hat die Siedlungsentwicklung an erschlossenen Zentrumsanlagen Vorrang gegenüber einer Siedlungserweiterung am Siedlungsrand?
4. Inwiefern sind Planungen und der daraus erwachsende Schulraumbedarf sowie weitere notwendige Vorinvestitionen zeitlich und punkto Finanzplanung aufeinander abgestimmt? Werden in Planungsgeschäften diese Zusammenhänge aufgezeigt?
5. Wäre es nicht vernünftig, das Planungsgeschäft Einzonung Balsigermatte, das nota bene mit erheblichen rechtlichen und anderen Risiken (u. a. Archäologie, Einzonung) behaftet ist, längerfristig zu sistieren?

Köniz, 25. Mai 2021

Sandra Röthlisberger

¹⁰ <https://www.derbund.ch/villa-und-park-hinter-dem-zaun-werden-oeffentlich-821022729987>

¹¹ <https://www.koeniz.ch/aktuell/medieninformation/medieninformation.page/1018/news/9027>

¹² <https://www.derbund.ch/wieso-koeniz-am-finanziellen-abgrund-steht-864755753411>

Eingereicht

25. Mai 2021

Unterschrieben von 11 Parlamentsmitgliedern

Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Vanda Descombes, David Müller, Roland Akeret, Matthias Müller, Markus F. Bremgartner, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Katja Niederhauser-Streiff, Toni Eder,

Antwort des Gemeinderates

- 1. Hat die Gemeindeverwaltung (insbesondere die Planungsabteilung und Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte) realistischerweise genug Ressourcen, um alle anstehenden Arealentwicklungen, insbesondere Liebefeld Mitte, Zentrum Köniz Nord, Sägestrasse, und Planungen wie die Weiterentwicklung des Morillonguts und die Einzonung der Balsigermatte gleichzeitig voranzutreiben?**

Bei Arealentwicklungen haben die verschiedenen Abteilungen unterschiedliche Funktionen und Rollen. Die Planungsabteilung hat grundsätzlich genügend personelle Ressourcen, um die im Vorstoss genannten Arealentwicklungen entsprechend der Auslösung im Gemeinderat in Abstimmung mit den verschiedenen Grundeigentümerschaften zu bearbeiten. In den übrigen einzubeziehenden Abteilungen (Bsp. Umwelt und Landschaft, Gemeindebetriebe, Verkehr und Unterhalt) sind die Ressourcen für Planungen knapper und können nicht einfach auf Abruf im gewünschten Ausmass zur Verfügung gestellt werden.

Die in der Frage erwähnten Areale (mit Ausnahme des Zentrums Köniz Nord) sind entsprechend den Aufträgen aus dem behördenverbindlichen Richtplan hinsichtlich der planerischen Umsetzung zu prüfen und in die grundeigentümergebundene Grundordnung umzugliedern. Zusätzliche, nicht vorgesehene Aufträge, Bestellungen und Zusatzleistungen können zu Überlastungen, Priorisierungen und/oder zeitlichen Verzögerungen führen. Gleichzeitig ist es auch planungsimmanent, dass solche Entwicklungen im heutigen Umfeld von unterschiedlichen (und wechselnden) Interessen und neuen rechtlichen Vorgaben auf der Terminachse kaum zuverlässig planbar sind. Zusätzlich verschärft wird diese Situation durch die Arbeitsauslastung der kantonalen Fachstellen. Dies ermöglicht oder bedingt sogar mehrere Planungen parallel zu bearbeiten.

Auf der anderen Seite ist zu beachten, dass die Schaffung planungsrechtlicher Grundlagen für ein Areal ein erster wichtiger Schritt ist, anschliessend aber auch die anderen Abteilungen (v.a. Infrastrukturen und Liegenschaften) für die Umsetzung über die entsprechenden Ressourcen verfügen müssen. Die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte ist für die vielen herausfordernden Zusatzleistungen der Gemeinde eher knapp mit Personalressourcen ausgestattet und wurde in der Vergangenheit für die Aufgabenerfüllung durch entsprechende Ressourcen aus der Planungsabteilung unterstützt, was andererseits zu Engpässen bei den Projekten der Planungsabteilung geführt hat. Gleichzeitig kann auch festgehalten werden, dass, während diese Fachstelle beim Liebefeld Mitte, dem Zentrum Köniz Nord, beim Juch-Hallmatt oder beim Ried eine zentrale Rolle einnimmt, sie bei der Sägestrasse, bei der Weiterentwicklung des Morillonguts oder bei der Entwicklung in Kleinwabern aufgrund des heutigen Planungsstandes (noch) keine Rolle spielt.

- 2. Gemäss Aussagen aus dem Gemeinderat werden die Gemeindefinanzen durch wachstumsbedingte Vorinvestitionen belastet, wobei sich dieses Problem nicht durch noch mehr Wachstum lösen lasse.¹³ Ist es aus Sicht des Gemeinderats zielführend, wachstumsfördernde Planungen parallel voranzutreiben, zumal die zahlreichen Aufzonungen aus der OPR in Einzelvorhaben bereits Wachstum generieren werden.**

Das Wachstum und die effektive Realisierung von Hochbauten liegen nur beschränkt im Einflussbereich der Gemeinde (z.B. grosse Nachfrage nach Wohneigentum, Aktivitäten von Investorinnen und Investoren, tiefe Zinsen).

¹³ <https://www.derbund.ch/wieso-koeniz-am-finanziellen-abgrund-steht-864755753411>

Die Planungen der Gemeinde fördern nicht das Wachstum, sondern sie lenken das (durch Wirtschaft, Demografie und Gemeindeattraktivität) entstehende Wachstum an die richtigen Orte und stellen wichtige Rahmenbedingungen und Voraussetzung für die Entwicklung dar. Auch veränderte Bedürfnisse lösen einen zusätzlichen Flächen- und Infrastrukturbedarf sowie Anpassungen an bestehenden Grundordnungen aus.

Das finanzielle Ergebnis der Gemeinde verbessert sich nicht proportional mit den Wachstumszahlen. Dies hat unter anderem mit Sprungkosten für Infrastrukturen (Vorinvestitionen) aber auch mit zusätzlich geforderten Leistungen und veränderten Bedürfnissen zu tun. Die Gemeindeausgaben würden also steigen, selbst wenn es kein zusätzliches Bevölkerungswachstum gäbe. Die steigende Bevölkerungszahl verschärft in einzelnen Politikbereichen vielleicht die finanziellen Herausforderungen, doch sie ist nicht die Hauptursache für die Kostensteigerungen. Auf der anderen Seite kann zusätzliches Wachstum dazu führen, dass die bereits vorhandenen Infrastrukturen effizienter genutzt werden. Das Bevölkerungswachstum steht zudem in keinem direkten Zusammenhang mit der Grösse der Bauzonenreserven, sondern viel mehr mit der demografischen Entwicklung, der allgemeinen Entwicklung von Wirtschaft sowie der Attraktivität der Gemeinde Köniz (z.B.: Bildungsangebot, Nähe zur Natur und Stadt, Verkehrserschliessung). Wichtig ist, dass die Gemeinde die mögliche Entwicklung durch die Raumplanung innerhalb der gewünschten Leitplanken unterstützt.

Weiter gilt es zu beachten, dass das Reservepotenzial an Baumasse und somit Nutzungswachstum in Köniz immer (viel) grösser gewesen war und ist, als das effektive Wachstum benötigt hat. Während einzelne Areale über mehrere Jahrzehnte in der Bauzone praktisch unüberbaut bleiben (z.B. Morillon, Juch), beginnen bei anderen Arealen nach der Volksabstimmung schon bald die Bauarbeiten (z.B. Thomasweg oder Bächtelenpark). Es ist sinnvoll, dass man bei Gebieten und Arealen, welche eine sehr gute Erschliessung und Lagequalität aufweisen, die Planungsinstrumente für eine mögliche Entwicklung aufbereitet. Diese Grundsätze sind im kommunalen Richtplan der Gesamtgemeinde festgehalten, die entsprechenden Areale mit Entwicklungspriorität ausgewiesen und somit auch Auftrag an die Behörde, hierbei die Grundlagen für eine Entwicklung zu schaffen. So ist zum Beispiel in Massnahmenblatt S2-01-01 die Entwicklung in Wabern, Balsigergut in direkter Abhängigkeit mit der Verlängerung der Tramlinie 9 behördenverbindlich festgesetzt. Mit gleicher Verbindlichkeit ist auf der anderen Seite zum Beispiel im Massnahmenblatt S3-02-02 festgehalten, dass sich die Rahmenbedingungen an das unbebaute Restgebiet der Überbauungsordnung Morillon geändert und spezifische UeO-Aussagen und -Inhalte – wie z.B. Verlängerung Tramlinie 3 ins Morillon mit neuer S-Bahnhaltestelle Morillon nicht mehr opportun sind oder gesamtheitlich überprüft und aktualisiert werden müssen. Andere Massnahmen aus dem Richtplan der Gemeinde wurden hingegen planungsrechtlich mit der Ortsplanungsrevision oder mit Einzelvorhaben (z.B. Carba Nord, Areal Station Köniz, Rappentöri) bereits umgesetzt.

3. Spielt es dem Gemeinderat bei der allfälligen Priorisierung einzelner Planungen eine Rolle, ob Infrastrukturen wie Schulraum und eine ÖV-Erschliessung bereits ausreichend vorhanden sind? Und hat die Siedlungsentwicklung an erschlossenen Zentrumsanlagen Vorrang gegenüber einer Siedlungserweiterung am Siedlungsrand?

Ja. Bereits das kantonale Recht (Richtplan und Baugesetz resp. -verordnung) macht strenge Vorgaben bezüglich ÖV-Erschliessung und Siedlungsentwicklung resp. Siedlungserweiterungen. Im kommunalen Richtplan sind Entwicklung und Bedarf an Infrastrukturanlagen aufeinander abgestimmt.

Wie oben erläutert, gibt es einen wichtigen Zusammenhang zwischen guter Erschliessung, Lagequalitäten und prioritären Entwicklungsgebieten. Wenn am Siedlungsrand entwickelt werden soll (z.B. Ried), dann muss die entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden. Auf der anderen Seite gibt es leider auch keinen zwingenden Entwicklungsschub, wenn eine Planungsgrundlage auf eine mögliche Verkehrsinfrastruktur ausgerichtet wird (z.B. UeO Morillon mit dem ursprünglich vorgesehenen ÖV-Umsteigeknoten), dann aber diese dannzumal vorgesehene Tramlinienverlängerung der Linie 3 (Weissenbühl) mit S-Bahnstation beim Morillongut aufgrund übergeordneter Entscheide nie realisiert werden und somit der Impuls für eine grössere Entwicklung fehlt (vgl. Richtplanblatt S3-02-02). Es ist also wichtig, dass die Abstimmung von Siedlung und Verkehr auf allen Planungsebenen (Kanton, Region und Gemeinde) gut koordiniert ist und die Entwicklungsschwerpunkte bei gut erschlossenen Gebieten im Umfeld von S-Bahnstationen und ÖV-Knoten gesetzt werden, wie das der Kantonale, der Regionale und der Kommunale Richtplan so vorsehen.

4. Inwiefern sind Planungen und der daraus erwachsende Schulraumbedarf sowie weitere notwendige Vorinvestitionen zeitlich und punkto Finanzplanung aufeinander abgestimmt? Werden in Planungsgeschäften diese Zusammenhänge aufgezeigt?

Im Rahmen der jährlichen Aktualisierung des Investitionsplans hat die Finanzabteilung den Auftrag, Sitzungen mit den hauptbetroffenen Abteilungsleitungen bezüglich Planung und Infrastrukturrealisierung einzuberufen, welche ihre Investitionen und Vorhaben zeitlich und räumlich aufeinander abstimmen. Die per Sommer 2021 aktualisierte Schulraumplanung zeigt den Bedarf zukünftiger Entwicklungen auf und soll weiter bearbeitet einen integrierten Bestandteil der Investitionsplanung bilden. Die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte koordiniert zudem die Investitionsplanung bei Grossprojekten.

In Planungsgeschäften werden jeweils im Raumplanungsbericht das mögliche Entwicklungspotenzial an Bewohnenden sowie Arbeitsplätzen und zwingend notwendige Infrastrukturen aufgezeigt. Wenn die vorgesehene Entwicklung für sich alleine gesehen genügend gross ist oder im näheren Umfeld der Schulraum knapp ist, sind die Abteilung Bildung, soziale Einrichtung und Sport als Bestellerin und die Gemeindebauten als Ausführende darum besorgt, dass entsprechender Schulraum geschaffen wird und bei Bedarf entsprechender Raum planungsrechtlich gesichert wird (z.B. Thomasweg oder Ried).

Die Planung resp. die rechtzeitige Bereitstellung des Schulraumes ist nicht ganz trivial, da sich der Bedarf an Schulraum aufgrund veränderter pädagogischer Rahmenbedingungen im Rahmen des Lehrplans (z.B. Gruppenräume, integrierter Unterricht), veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse (z.B. Ganz-/Tagesschule) und/oder anderen Arbeitsanforderungen (z.B. Vorbereitungsräume für Lehrpersonen) in relativ kurzer Zeit ändern können und zusammen mit dem ordentlichen Sanierungsbedarf vielfach grössere Investitionen auslösen können, als das eigentliche Bevölkerungswachstum zur Kostenentwicklung beim Schulraum beiträgt. Schwierigkeiten für die Schulraumplanung treten insbesondere dort auf, wo die Entwicklungen nicht wie erwartet stattfinden und gleichzeitig kaum Raumreserven vorhanden sind.

5. Wäre es nicht vernünftig, das Planungsgeschäft Einzonung Balsigermatte, das notabene mit erheblichen rechtlichen und anderen Risiken (u. a. Archäologie, Einzonung) behaftet ist, längerfristig zu sistieren?

In Kleinwabern entsteht eine hocheffiziente Erschliessungsanlage, welche eine hohe Standortgunst generiert und ein entsprechender Entwicklungsdruck aufkommen wird. Sowohl auf kantonaler, wie regionaler Ebene, ist dieser Standort ein Entwicklungsschwerpunkt von hoher Bedeutung und die Rolle des ÖV-Knotens mit dem umliegenden Entwicklungsgebiet im Agglomerationsraum Bern zentral.

Es wäre kaum zu rechtfertigen, wenn auf die hohen Investitionen der öffentlichen Hand (Bund, Kanton und Gemeinde) in die Verkehrsinfrastruktur nicht auch die weitere Überbauung in Kleinwabern folgen würde. Die Entwicklung in Kleinwabern ist aber nicht nur durch die Einzonung der Balsigermatte geprägt, sondern auch durch das Gebiet des bestehenden Zentrums Kleinwaberns sowie die Entwicklung der Freifläche zwischen Nesslerenweg und METAS-Areal. Die Entwicklung dieser drei Gebiete stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem ÖV-Knoten und die Umsetzung ist auf Richtplanstufe verbindlich festgesetzt. So ist zum Beispiel in diesem behördenverbindlichen Instrument der Gemeinde festgehalten, dass das Gebiet Nesslerenweg / METAS (Massnahme S3-01-01) erst für Wohnnutzung umgezont werden kann, wenn die Sport- und Freizeitanlagen planungsrechtlich beim Siedlungserweiterungsgebiet S2 Balsigergut sichergestellt sind.

Weiter ist zu beachten, dass die abgeschlossene Ortsplanungsrevision die mögliche Einzonung der Balsigermatte vorausblickend berücksichtigt und die Fläche im Sinne der damaligen Motionär*innen in der Bauzonenbilanz durch Auszonungen von schlechter erschlossenen Gebieten kompensiert und bereits vollzogen hat. Der Gemeinderat beabsichtigt zudem in einer ersten Etappe auf der Balsigermatte das Gebiet im nahen Umfeld des künftigen ÖV-Knotens mit einer Bautiefe und den Sportanlagen dem Parlament resp. der Stimmbevölkerung zur Einzonung zu beantragen, wodurch wesentliche Risiken minimiert werden können.

Köniz, 11. August 2021

Der Gemeinderat

Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

Diskussion

Erstunterzeichnerin Sandra Röthlisberger, glp: Danke, dass ihr zu so später Stunde noch dieser Mitte-Vorstossflut zuhört, ich gehe davon aus, dass es für heute der Letzte ist.

Die EVP-glp-Mitte-Fraktion hat diesen Vorstoss eingereicht, weil der Könizer Wachstumstrieb zunehmend Unbehagen auslöst. Vor dem Hintergrund der Finanzlage einerseits, andererseits, weil bei den zwei grossen Siedlungslücken Morillon und der Balsigermatte die Weichen gestellt werden. Vorerst die Planungsweichen.

Wir danken dem Gemeinderat für diese informative Antwort. Wir lernen viel über die Sachzwänge der Planung, über die Planung, die sich nicht planen lässt und darüber, dass eine Gemeinde wie Köniz zum Wachstum getrieben ist. In Kurzform: Wegen der demografischen Entwicklung und dank dem Wirtschaftswachstum wachsen gut erschlossene Orte mit gutem Bildungsangebot. Köniz befindet sich mitten im Speckgürtel. Das löst nicht nur bei Veganern Fragen aus.

Frage 1, zu den Ressourcen: Wir lesen, dass das Planungsamt genügend Personalressourcen habe, um all diese Planungen zeitverschoben voranzutreiben. Engpässe gebe es nur bei den flankierenden Planungen Verkehr, Umwelt etc. und bei den Kantonalen Fachstellen. Was ist nun aber mit den 19 sistierten Planungsprojekten? Wieso werden diese nicht genannt? Laufen diese nun wieder?

Frage 2, zu den Sprungkosten, also zu den Vorinvestitionen in Infrastrukturen: "Mehr Leute bedeuten auch mehr Leistungen, Sie brauchen Schulhäuser und Angebote wie Tageschulen." Diese Ursache benennt unsere Gemeindepräsidentin im Bund-Interview mit dem Titel "Wieso Köniz am finanziellen Abgrund steht" vom Mai 2021. Nun lesen wir aber in dieser Antwort, dass die Gemeindeausgaben auch bei einem Null-Wachstum steigen würden. Die steigende Bevölkerungszahl sei nicht die Hauptursache für die Kostensteigerung. Diese These ist aus unserer Sicht etwas gewagt. Aber vermutlich werden wir das nicht herausfinden. Seitens Gemeinderat ist klar, dass er die Areale und Gebiete mit sehr guter Erschliessung und Lagequalität für die Entwicklung aufbereiten muss. Der kommunale Richtplan sieht das vor. Nun ist es etwas einfach, all die Planungsinstrumente und entsprechenden Verbindlichkeiten aufzuzeigen. Es ist nicht einfach alles schon da und muss nur noch "umgegossen" werden, um dieses schöne Wort zu bemühen. Umstände ändern sich und Planungsinstrumente altern schlecht.

Wir sehen dies zum Beispiel beim Morillongut: Dort wird entgegen der Richtplanung weder ein zusätzliches Tram noch eine S-Bahn-Station erstellt. Darum braucht es eine Änderung der ÜeO. Als Planungsbehörde hat Köniz hier durchaus Handlungsfelder.

Dies bringt mich zu Frage 3, zu den Priorisierungen: Siedlungserweiterung passiert im Umfeld von S-Bahnstationen und ÖV-Knoten. Priorität haben also Lagequalität und Verkehr. Ob das Vorhandensein von Schulrauminfrastruktur auch wichtig ist, dieser Frage ist der Gemeinderat ausgewichen. Aber vielleicht liegt die Antwort auf der Hand: Es spielt in der übergeordneten Planung keine Rolle. Verkürzt: Bund und Kanton planen hocheffiziente Erschliessungsinfrastrukturen am Könizer Siedlungsrand, dies schafft wiederum Priorität für die Siedlungsentwicklung. Die Gemeinde muss sich dann bemühen, dass genügend Schulraum an zentralen Lagen vorhanden ist.

Zwei mögliche Ansätze von kommunaler Priorisierung aus unserer Sicht:

- Ganz generell müsste die Arbeitsnutzung im Gleichschritt mit Wohnnutzung wachsen. Trotz dem aktuell hohen Investorendruck im Wohnungsbau: Wenn Köniz vor allem bei den Bevölkerungszahlen wächst und nicht bei den Arbeitsplätzen, führt dies zu einer überproportionalen Belastung der Verkehrsinfrastruktur, da diese ungleichmässig ausgelastet sind und kommunale Schulinfrastrukturen übermässig nötig werden – von der finanziellen und steuerlichen Situation mal abgesehen. Auch dort muss man natürlich das Arbeitsplatzwachstum unterscheiden zwischen Bundesverwaltung und privaten Ansiedlungen. Da sind wir übrigens noch auf die Beiträge der FDP gespannt, wenn die Standortförderung ihr Steckenpferd ist.
- Entwicklungen muss man dort priorisieren, wo Infrastrukturen bereits vorhanden sind. Infrastrukturen, welche man dadurch besser auslastet. Dort, wo gemischte Nutzungen Wohnen und Arbeiten

gut funktionieren, dort, wo Brachflächen mit abgeschriebenen Liegenschaften darauf warten, dass etwas geschieht, dort, wo quasi Ortsreparatur passieren kann. Wir finden, dass Areale wie diese rund um den Bahnhof Köniz und Liebefeld Mitte Priorität haben sollten. Klar ist: Grüne Wiesen sind einfacher zu beplanen und zu bebauen. Aber genau die Möglichkeit der "Grünen Wiese" schwächt die notwendige Aufwertung der innenliegenden Areale. Darum braucht es aus unserer Sicht klar eine Priorisierung auf die Entwicklungsprojekte.

Frage 4, zu den Abstimmungen der Planungen im IAFP: Soweit die Prognosen zu Bevölkerungswachstum, Schülerinnenzahlen und Planungsfortschritt überhaupt fassbar und aufeinander abstimmbare sind, funktioniert der IAFP-Prozess gut. Bei den Raumplanungsberichten würde der erwartete Bevölkerungszuwachs aufgezeigt - das ist gut - noch besser wäre es, wenn die Schülerprognose ebenfalls aufgezeigt würde. So wie die ganze transparente Darlegung der kommunalen Folgekosten bei Planungsgeschäften generell.

Frage 5, Einzonung der Balsigermatte: Mit der Tramverlängerung und dem ÖV-Knoten, wird in Kleinwaben erheblicher Entwicklungsdruck erzeugt. Auch hier scheint alles schon eingeleitet. Bei einer möglichen Einzonung der Balsigermatte ist die Gemeinde als Planungsbehörde im Lead. Dass die Einzonung etappenweise erfolgen soll und die Sportanlagen zusammen mit der Arbeitsnutzung in der ersten Tranche liegen, weist auf ein salamitaktisches Vorgehen hin. Ich zitiere: "wodurch wesentliche Risiken minimiert würden". Wir fragen uns, welche Risiken?

Zum Schluss: Die Antworten auf die Interpellation sind für mich nur teilweise befriedigend, weil der Gemeinderat den politischen Fragen zum Morillongut und zur Balsigermatte aus dem Weg geht. Die sachlichen Fragen sind hingegen sehr aufschlussreich beantwortet, dafür danke ich bestens.

Christina Aebischer, Grüne: Die Grüne-Fraktion dankt der Interpellantin für die Fragen und dem Gemeinderat für die ausführlichen Antworten. In einigen Punkten gibt es uns definitiv etwas mehr Klarheit, wie der Gemeinderat die Priorisierungen der Planungen angeht, in anderen bleiben noch einige Fragen offen.

Bei Frage 1 freut es uns zu erfahren, dass die Planungsabteilung grundsätzlich genügend personelle Ressourcen hat. Dass es hingegen in anderen Abteilungen eher knapp ist und die notwendigen Ressourcen nicht im gewünschten Ausmass zur Verfügung gestellt werden können, ist natürlich suboptimal und zieht die Frage nach sich, wie zwischen den Abteilungen Personalressourcen eigentlich aufgeteilt werden und ob da ein Ausgleich für grössere und komplexere Planungsvorhaben geschaffen werden müsste.

Der knappe Schulraum ist in verschiedenen Könizer Ortsteilen ein Thema und das wird in Frage 3 und 4 abgefragt. Es freut uns zu lesen, dass die Schulraumplanung im Sommer 2021 aktualisiert worden ist und wir gehen davon aus, dass wir diese irgendwann noch zu sehen bekommen, insbesondere, weil wir sehr hoffen, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird und die Planungsinstrumente für diese Schulraumplanung verbessert wurden. Dass Schulraumplanung nicht trivial ist, das können wir völlig nachvollziehen, aber ganz so kurzfristig, wie es hier angetönt wird, sehen wir dies eigentlich auch nicht, denn neue Bedürfnisse kommen nicht so kurzfristig daher. Die Tendenz, dass auch Familien in der Stadt und in Stadtnähe bleiben, ist jetzt auch schon über ein Jahrzehnt bekannt, dank der Bevölkerungsstatistik sind Generationenwechsel in Quartieren absehbar und der Bevölkerungszuwachs in neuen oder neu verdichteten Quartieren kann man auch abschätzen. Und auch die zusätzlichen Raumbedürfnisse, wegen den pädagogischen Anforderungen, fallen nicht vom Himmel, sondern werden Jahre im Voraus gerade auch auf kantonaler Ebene diskutiert und beschlossen, da erwarten wir in Zukunft etwas mehr Voraussicht.

In der Frage 5 erhält man Einblick in ganz konkrete Planungen, so wie sie zumindest der Grünen Fraktion noch nicht bekannt waren. Dass der neue ÖV-Knotenpunkt einen Sachzwang schafft, das liegt auf der Hand und ihr kennt unsere Haltung zu dieser überdimensionierten Tramwendeschleife und des, aus unserer Sicht nicht so einfach zu tragenden Risikos dieser Planung. Aber das führe ich hier nicht nochmals aus. Für uns war es interessant zu lesen, dass jetzt aber offenbar definitiv die Wohnnutzung ins Nessleren-METAS-Gebiet verschoben worden ist, wo die ZöN zur Bauzone werden muss und andererseits beim Balsigergut im Bereich ÖV-Knoten Sport- und Freizeitanlagen geplant sind, aktuell noch Landwirtschaftszone.

Wir bedanken uns für diese Klarheit und freuen uns auf die Diskussion und sind auf die nächsten Schritte gespannt, denn das ist ja trotz Sachzwang alles noch nicht in Stein gemeisselt und hat noch nicht sämtliche Hürden genommen.

Abschliessend vielleicht noch, dass die übergreifende Frage, wie viele Planungen die Gemeinde parallel vorantreiben kann und im Prinzip auch wie sie priorisiert, wenn sie priorisieren muss, auf Basis der Planungsprozesse sauber dargelegt worden ist, das ist für uns auch klar nachvollziehbar und dafür bedanken wir uns. Aber die Strategie und die Vision des Gemeinderates, wie er die Entwicklung in Köniz vorantreiben will und wohin er Köniz entwickeln wird, die sehen wir weniger deutlich, als wir dies gerne gehabt hätten. Und wie die Vorrednerin schon gesagt hat, es ist und bleibt unklar, auf Basis welcher Kriterien, welche Projekte sistiert oder verschoben worden sind und das hätten wir hier gerne gesehen.

Tanja Bauer, SP: Auch die SP-Fraktion fand dieses Thema wichtig und hat mit grossem Interesse die Antworten des Gemeinderates gelesen. Uns haben zum Teil mehr die Fragen erstaunt und wie die Mitte-Rednerin erwähnt hat, die sehr kritische Haltung zu diesen zwei Entwicklungen. Es gibt einen Konsens und zwar ist dieser nicht nur kommunal, sondern auch kantonal. Wir haben nämlich jahrelang darüber diskutiert, dass wir nicht irgendwo auf der grünen Wiese, also irgendwo draussen bauen wollen, sondern dass wir eben die Landschaft schonen wollen und wir haben dies auch in ganz vielen Planungsinstrumenten so festgelegt, auch übergeordnet. Das heisst, man soll nicht mehr irgendwo wachsen können, sondern eben in den Zentren, welche bereits erschlossen sind. Die Ortsplanungsrevision hat dies nochmals in Köniz detailliert festgehalten und das war ein Konsens. Das sind zwei grosse, wichtige Entwicklungsgebiete in Köniz. Es ist daher etwas irritierend, dass jetzt ständig solche Querschüsse kommen, dass man dort die Infrastruktur nicht vorantreiben soll.

Wenn man so etwas nicht macht - denn es ist berechnet darauf, wie viel Wohnraum, es brauchen wird, wie viele Arbeitsplätze, wie viel Infrastruktur - dann führt das automatisch auch zu einer Knappheit, wenn das dort nicht erstellt wird. Was nicht heissen soll, dass irgendetwas erstellt werden soll, aber die Planungen sind sehr, sehr wichtig und es sind grosse Planungen für die Region Bern. Das sehen wir eher als Chance, als dass wir dies jetzt kritisch beurteilen würden.

Gleichzeitig wichtig ist aber, dass die bestehende Infrastruktur, wie es der Gemeinderat beschreibt, nicht nur ausgelastet ist, sondern auch ausgebaut wird und wir denken hier speziell auch an den ÖV, bei welchem die Bevölkerung beispielsweise schon lange "ja" zur Tramlinienerweiterung 5 gesagt hat, aber auch an die Frage wie denn das ganze Morillon und Zieglerareal erschlossen werden soll. Auch hier müssen wir bereits zu denken beginnen. Das Ziegelspital, dort wird gebaut, die Stadt Bern ist dort daran. Das ist ein grosses Gebiet und dort muss man gut überlegen, wie dies mit dem ÖV erschlossen wird. Es geschieht vielleicht nicht mehr, wie einmal angedacht, mit dem Tram, aber wer weiss? Man muss dies wieder öffnen und überlegen, wie man hier eine gute Erschliessung realisiert. Und anhand dieses Beispiels sieht man auch, dass es eben nicht nur für die neuen Gebiete entwickelt wird, sondern es gibt ganze Quartiere, welche heute noch nicht erschlossen sind, zum Beispiel das Gurtenbühl, welches davon profitieren kann. Die Entwicklung und die Verbesserung der Infrastruktur nützt auch immer den bestehenden Quartieren und diese Entwicklung kann man nur machen, wenn eben neue Sachen entwickelt werden.

Aber das gleiche gilt auch für den Schulraum oder für die Sportplätze oder für weitere öffentliche Infrastrukturen, wo man eigentlich nur dann bauen kann, wenn wir dort eine Entwicklung machen und welche für die ganze Bevölkerung sehr gut ist.

Der Schulraum Wabern: Ja, es wäre unglaublich schön, man wüsste immer schon im Vorfeld, was alles benötigt wird. Es ist beinahe unmöglich, dies im Bereich der Schulraumplanung lange voraus zu sagen. Aber wir wissen, dass solche Ortsteile oder Quartiere wie Wabern für Familien sehr attraktiv geworden sind. Man muss selbstverständlich weiterhin die Infrastrukturen ausbauen. Dort wünschen wir uns, dass diese Entwicklung als Chance betrachtet wird und dass man den Schulraum entsprechend mitdenkt und nicht jeweils im Nachhinein irgendwo eine kleine Einheit anbaut, sondern, dass man dies auch mitentwickelt und ausbaufähig gestaltet.

Am Schluss gibt es von uns aus gesehen auch Potential für bezahlbaren Wohnraum, wenn so grosse Entwicklungsprojekte da sind und auch für mehr öffentlichen Raum. Auch das kann in diesen Gebieten entstehen. Und das bedeutet am Schluss Lebensqualität, welche stadtnah ist und dass man für jene, die heute schon da sind und für jene, die dort zukünftig wohnen oder arbeiten werden oder auch einfach nur ihre Freizeit verbringen, etwas sehr Gutes bauen kann. Vor diesem Hintergrund finden wir diese eher kritischen Voten gerade auch zur Balsigermatte etwas irritierend.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

PAR 2021/99

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 2129 Dringliche Motion (SP, Grüne, Junge Grüne) "Stromgelder (Konzessionsabgaben) zur erfolgreichen Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmassnahmen in der Gemeinde Köniz"
- 2130 Interpellation (SVP) "Werden Eigenleistungen aktiviert und wenn ja, in welchem Umfang?"
- 2131 Motion (EVP-glp-Mitte Fraktion) Zeitverzugsloses Überarbeiten von Einsatzdossiers und Treffen von ergänzenden Massnahmen zum Bewältigen von Katastrophen und Notlagen"

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff: Das Parlamentsbüro hat sich vor der Sitzung getroffen und die Dringlichkeit der Motion 2129 gewährt. Bei der Interpellation 2130 wurde die Dringlichkeit abgelehnt.

Wie immer werdet ihr anschliessend an die Sitzung per E-Mail über die Vorstösse informiert und könnt eure Mitunterzeichnung bekannt geben.

Diskussion

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Casimir von Arx hat an der Parlamentssitzung vom 30. August darum gebeten, dass der Gemeinderat eine Begründung nachliefert, warum er zum Planungsbeschluss "Umverteilung in der beruflichen Vorsorge stoppen" im IAFP den Indikator und den Sollwert weggelassen hat. Casimir von Arx hat auch von einer möglichen Verletzung des Reglements gesprochen.

Wie ich schon an der letzten Sitzung geäussert habe, ist eigentlich zu diesem Thema schon alles gesagt worden. Weil jedoch eine Reglementsverletzung im Raum steht, erläutere ich aber gern nochmals und nehme dabei ausdrücklich Bezug auf unser IAFP-Reglement.

Wichtig ist mir zuerst der Hinweis auf die Definition von "Produkt": Nach Artikel 2 des Reglements umfasst ein Produkt "Leistungen, die von Verwaltungseinheiten an andere Verwaltungseinheiten oder nach aussen erbracht werden." Die Leistungen der Pensionskasse sind für die Gemeinde und ihre Mitarbeitenden wichtig, aber sie sind kein Produkt im Sinne des IAFP-Reglements. Es wäre ein Fehler, im IAFP Ziele und Indikatoren zu nennen, die sich auf etwas beziehen, was ausserhalb des jeweiligen Produkts liegt. In diesem Zusammenhang betone ich nochmals, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass das Parlament selbst diesen Planungsbeschluss gar nicht hätte beschliessen dürfen. All dies wurde schon mehrmals gesagt und das sind natürlich auch die Gründe dafür, weshalb der Indikator im IAFP zu diesem Planungsbeschluss nicht dargestellt ist. Es wäre nämlich ein Fehler, beim Produkt "Personaldienstleistungen" einen Indikator zu zeigen, der ausserhalb dieses Produkts liegt.

Zum Vorwurf, der Gemeinderat habe seine Begründungspflicht verletzt, kann ich noch etwas ergänzen: Es ist richtig, dass der Gemeinderat laut Artikel 10, Absatz 2, des IAFP-Reglements über eine allfällige Abweichung vom Planungsbeschluss berichten muss. Gemeint ist hier primär aber, dass der Gemeinderat erklären muss, warum er abgewichen ist von dem, was inhaltlich verlangt ist. Wir haben schon mehrfach aufgezeigt – ich erinnere da auch an den Bericht, welcher noch vor den Sommerferien im Parlament traktandiert war – dass der Gemeinderat das inhaltliche Anliegen aufgenommen hat. Er hat mit anderen Worten den Planungsbeschluss akzeptiert, obschon er das gar nicht hätte tun müssen. Weil man sich inhaltlich in den Gremien der Pensionskasse gefunden hat – wir sprechen von diesen CHF 10 Mio., welche nicht mehr im IAFP aufgeführt sind, weil die Pensionskasse diesen Betrag für den Tafelwechsel selber stemmen kann – ist es auch möglich gewesen, den Planungsbeschluss inhaltlich zu erfüllen. Mit dem sind wir zufrieden, weil die Lösungen liegen ganz im Interesse der Pensionskasse, ihrer Versicherten, des Gemeinderats, des Parlaments und letztlich auch im Interesse der Steuerzahlenden.

Mit dem allem habe ich, mit etlichen Wiederholungen, nochmals etwas zu diesem Planungsbeschluss und zur Begründungspflicht gesagt.

Reto Zbinden, SVP: Ich hatte dem Gesamtgemeinderat am 25. Mai 2021 einige Fragen gestellt und diese am 21. Juni nochmals wiederholt. Es ging um diese Trinkwassergeschichte. Nun habe ich immer noch nichts gehört, weshalb ich nachfragen wollte, ob ich hier noch eine Antwort erhalten werde oder ob dies untergegangen ist. Die Fragen wären im Protokoll vom 25. Mai 2021, auf Seite 261, festgehalten.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Ich kann Reto Zbinden kurz eine Antwort geben: Ich habe dies nochmals angeschaut und du hast dort verschiedene Fragen an den Gesamtgemeinderat gestellt. Ich bin davon ausgegangen, dass Hansueli Pestalozzi diese Fragen beantwortet hatte. Es ist üblich, dass der zuständige Gemeinderat direkt antwortet und wir nicht als gesamtes Gremium hier Fragen beantworten. Ansonsten können wir dies anschliessend noch kurz zusammen anschauen.

Parlamentspräsidentin Katja Niederhauser-Streiff: Damit schliesse ich die heutige Sitzung um 23.00 Uhr. Ich wünsche allen, die haben, ganz schöne Herbstferien, geniesst es und erholt euch gut.

Im Namen des Parlaments

Katja Niederhauser-Streiff
Parlamentspräsidentin

Pascal Arnold
Stellvertreter Leiterin Fachstelle Parlament